

2016

POSTBANK KONZERN
ZWISCHENBERICHT ZUM 30. JUNI 2016

DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN

		01.01. – 30.06.2016	01.01. – 30.06.2015 ¹
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	1.764	1.713
Verwaltungsaufwand	Mio €	-1.484	-1.283
Ergebnis vor Steuern	Mio €	166	251
Konzerngewinn	Mio €	141	238
Cost Income Ratio gesamt			
	%	86,7	82,6
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	4,7	7,7
nach Steuern	%	4,0	7,2
Ergebnis je Aktie²			
	€	0,64	1,09

		30.06.2016	31.12.2015 ¹
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	147.927	150.611
Kundeneinlagen	Mio €	102.219	102.341
Kundenkredite	Mio €	93.165	92.821
Risikovorsorge	Mio €	961	923
Eigenkapital	Mio €	7.097	7.172
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) regular phased-in	%	13,1 ³	13,8 ⁴
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) fully phased-in	%	11,5 ³	11,5 ⁴
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) regular phased-in ⁵	%	3,9	4,1
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) fully phased-in ⁵	%	3,3	3,4
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	18,73	14,76
Langfristrating			
Fitch	Ausblick	BBB+ evolving	BBB+ evolving

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

²Basierend auf 218,8 Millionen Aktien

³Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns zum 30. Juni 2016

⁴Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015

⁵Den Berechnungen liegen die regulatorischen Anforderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 vom 10. Oktober 2014 zugrunde.

INHALT

01	UNSER KUNDENGESCHÄFT	
	ENTWICKLUNGEN IM ERSTEN HALBJAHR 2016	4
02	ZWISCHENLAGEBERICHT	
	WIRTSCHAFTSBERICHT	8
	NACHTRAGSBERICHT	15
	CHANCENBERICHT	16
	RISIKOBERICHT	18
	PROGNOSEBERICHT	40
03	ZWISCHENABSCHLUSS	
	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	44
	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT	46
	VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT	47
	BILANZ	48
	EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	49
	VERKÜRZTE KAPITALFLUSSRECHNUNG	50
	ERLÄUTERUNGEN – NOTES	51
	BESCHEINIGUNG NACH PRÜFERISCHER DURCHSICHT	79
04	WEITERE INFORMATIONEN	
	REGULATORISCHE ANGABEN	80
	FINANZKALENDER 2016	

ENTWICKLUNGEN IM ERSTEN HALBJAHR 2016

PRIVAT- UND FIRMENKUNDEN MIT ANHALTEND HOHER KREDITNACHFRAGE

Die Postbank konnte ihr Neugeschäft im Bereich der Ratenkredite sowie der Firmenkundenkredite im ersten Halbjahr 2016 auf hohem Niveau weiter ausbauen und rund 245.000 neue Kunden gewinnen.

Bei Girokonten setzt sich Erfolgsweg fort

Den Bestand privater Girokonten konnte die Postbank im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant halten und blieb mit 5,25 Millionen privaten Girokonten zum 30. Juni 2016 unangefochten größter Anbieter im deutschen Markt. Einen Zuwachs verzeichneten wir bei den auf privaten Girokonten gehaltenen Sichteinlagen, diese stiegen um etwa 1,9 Mrd € auf knapp 31,0 Mrd €. Mit knapp 200.000 neu eröffneten privaten Girokonten im ersten Halbjahr 2016 stellte die Postbank abermals ihre Vertriebskraft unter Beweis.

Spargeschäft in Niedrigzinsumfeld mit rückläufigem Trend

Die Höhe der Einlagen im Kerngeschäft der Postbank blieb mit 102,2 Mrd € im Vergleich zum Vorjahresende nahezu unverändert. Dabei ging das auf Sparprodukte entfallende Volumen mit 44,2 Mrd € um rund 1,9 Mrd € bzw. 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr moderat zurück. Die Postbank SparCard Rendite plus, ein klassisches und transparentes Sparprodukt in Kartenform, ist seit Mitte 2014 das Fokusprodukt unseres Sparangebots. Das Sparvolumen dieses Sparprodukts stabilisierte sich per 30. Juni 2016 bei rund 7,8 Mrd €.

Ratenkreditgeschäft wächst erneut stärker als der Markt

Das Ratenkreditneugeschäft verzeichnete im ersten Halbjahr 2016 erneut eine erfreuliche Entwicklung – mit einer Steigerung um ca. 0,3 Mrd € bzw. 22,0 % konnte der Vorjahreswert erneut übertroffen werden. Damit wächst das Neugeschäft der Postbank weiterhin stärker als der Markt. Die Bundesbank weist für die ersten fünf Monate des Jahres 2016 einen Zuwachs der Konsumentenkredite um 5,3 % für alle deutschen Banken aus. Auf Basis des starken Neugeschäfts konnte der Bestand an Ratenkrediten bei unveränderter Portfolioqualität weiter gesteigert werden und lag am 30. Juni 2016 mit 6,5 Mrd € um gut 0,7 Mrd € bzw. 5,7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Mit einem Anteil von etwa 0,5 Mrd € bzw. 35,8 % am gesamten Ratenkreditneugeschäft kam dem Vertriebskanal Internet erneut besondere Bedeutung zu. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum konnten vor allem der Vertrieb unter der Marke DSL Bank mit einem Plus von 88,1 Mio € bzw. 26,4 % und der Filialvertrieb mit einem Zuwachs von 57,3 Mio € bzw. 17,3 % das Neugeschäftsvolumen maßgeblich steigern.

Bausparen: leicht rückläufiges Neugeschäft, steigender Anteil als Finanzierungsinstrument

Die beantragte Bausparsumme erreichte im ersten Halbjahr 2016 ein Volumen von rund 4,8 Mrd € und lag spürbar unter dem Vorjahresniveau. Getragen wurde das Geschäft maßgeblich von der Postbank Finanzberatung mit 2,7 Mrd €. Das Neugeschäft der Postbank Filialen ging leicht auf 1,1 Mrd € zurück. Im Kooperationsgeschäft (DSL & BHW) konnte das Neugeschäftsvolumen auf 0,8 Mrd € ausgebaut werden.

Im anhaltenden Niedrigzinsumfeld konnte der Anteil der Finanzierertarife am Gesamtumsatz gesteigert werden. Dies unterstreicht den hohen Stellenwert des Bausparens als Finanzierungsbaustein. Auch im Segment der Spartarife hat BHW auf das anhaltende Niedrigzinsniveau reagiert und das Produktportfolio angepasst.

Unsere Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse wurde in einer aktuellen Studie zum Thema Kundenzufriedenheit von FOCUS-MONEY (Ausgabe 20/2016) zum wiederholten Male (wie bereits in Ausgabe 21/2015) mit dem Gesamturteil „Sehr gut“ bewertet.

Positive Entwicklung in der Baufinanzierung fortgesetzt

Das im Vorjahr bereits erfreulich hohe Niveau im Neugeschäft der privaten Baufinanzierung wurde im ersten Halbjahr 2016 durch die Einführung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie im zurückliegenden April leicht beeinflusst. Dennoch betrug das Neugeschäftsvolumen inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen knapp 5,5 Mrd € und lag damit sogar leicht, nämlich um etwa 0,1 Mrd €, über dem entsprechenden Rekord-Vorjahreswert. Auf das unter der Marke BHW akquirierte Neugeschäft inklusive Zuteilungsauszahlungen entfielen dabei über 2,2 Mrd €. Im Vermittlergeschäft, in dem die Postbank mit der Marke DSL Bank als „Partnerbank der Finanzdienstleister“ positioniert ist, lag das Volumen bei 3,2 Mrd €. Das gute Neugeschäft wurde trotz regulatorisch hoher Anforderungen für das private Baufinanzierungsgeschäft durch einen engagierten Vertrieb getragen. Einen zusätzlichen positiven Beitrag leistete die erfolgreiche Verzahnung der digitalen Kontaktaufnahme mit der persönlichen Finanzierungsberatung; hierin deutet sich das vorhandene Wachstumspotenzial an.

Der Bestand an Baufinanzierungen – inklusive erworbener Fremdportfolios – lag am 30. Juni 2016 bei rund 67,2 Mrd € und damit um etwa 0,4 Mrd € unter dem Wert am Ende des Vorjahres. Wie in den vergangenen Jahren machten unsere Kunden auch in diesem Jahr umfangreich von vereinbarten Sondertilgungsrechten Gebrauch und nutzten ihre monetären Mittel verstärkt zur Darlehenstilgung. Eine weitere Ursache für den Rückgang des Baufinanzierungsbestands liegt im natürlichen Abbau des Portfolios der BHW Niederlassung in Italien als Folge der Einstellung des Neugeschäfts im Jahr 2012.

Verhaltenes Wertpapier- und Vorsorgegeschäft

Die Situation an den Kapitalmärkten und das niedrige Zinsniveau wirkten sich negativ auf das Wertpapiergeschäft aus. Das Neugeschäft mit Investmentfonds sank im Vergleich zum Vorjahr um knapp 8,6 % auf gut 0,9 Mrd €. Insgesamt betrug das verwaltete Volumen 13,5 Mrd € und konnte damit auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums gehalten werden. Die neue Produktlinie PB Privat Rente Zukunft wird weiter dem aktuellen Marktumfeld angepasst und bietet trotz des Niedrigzinsumfelds attraktive Renditemöglichkeiten durch kapitalmarktorientierte Altersvorsorgemodelle.

Beim Absatz im Sachversicherungsgeschäft mit unserem Kooperationspartner HUK-COBURG konnte die Postbank von effizienteren Beratungsprozessen und einer Angebotsoptimierung profitieren.

Neugeschäft im Geschäftsfeld Firmenkunden setzt positive Entwicklung fort

Die langfristige strategische Ausrichtung des Firmenkundengeschäfts auf den deutschen Mittelstand in Verbindung mit einer risikobewussten Kreditpolitik belebte das Firmenkundengeschäft bei weiterhin geringer Risikovorsorge. Das um etwa 40 % auf mehr als 2,6 Mrd € gesteigerte Neugeschäft mit Firmenkundenkrediten sorgte für ein Bestandswachstum auf 15,7 Mrd €.

In der Gewerblichen Immobilienfinanzierung fokussiert sich die Postbank unter Beibehaltung ihrer konservativen Vergabepolitik auf die Finanzierung von Bestandsimmobilien für professionelle Immobilieninvestoren. Das Neugeschäft zeigte im ersten Halbjahr 2016 ein deutliches Wachstum von 30 % auf 1,8 Mrd €, sodass der Kreditbestand auf über 6,9 Mrd € gesteigert werden konnte.

Im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr steigerte die Postbank im ersten Halbjahr 2016 in ihrer Hauptzielgruppe deutscher Mittelstand erneut die Zahl der abgewickelten Transaktionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5 Millionen auf 393 Millionen. Das Anlagevolumen der Geschäfts- und Firmenkunden lag zum 30. Juni 2016 mit 7,9 Mrd € erwartungsgemäß auf dem vergleichbaren Vorjahreswert von 8,0 Mrd €. Die PB Factoring GmbH konnte ihre Position als Marktführerin verteidigen und erneut das Bestandsvolumen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 182 Mio € auf 342 Mio € steigern.

Um ihre mittelständischen Kunden speziell bei ihren Investitionen in die Digitalisierung zu unterstützen und bei dieser Transformation als zuverlässiger Partner zur Seite zu stehen, hat die Postbank ein Sonderkreditprogramm „Digitalisierung im deutschen Mittelstand“ mit einem Volumen von 500 Mio € aufgesetzt.

Financial Markets sichert Margen des Kundengeschäfts

Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern sowie die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns zu steuern.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus der Anlage von Geldmarktaktiva im Umfeld von Negativzinsen. Die Postbank ist bemüht, ihre Geldmarktaktiva durch Bestandswachstum im Kreditgeschäft zu reduzieren, und richtet auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz besonderes Augenmerk auf die Disposition der kurzfristigen Geldmarktanlagen. Dabei unterstützt der Bereich die Bemühungen zur weiteren Risikoreduktion und zum Abbau der Bilanzsumme mit dem Ziel der Verbesserung relevanter regulatorischer Kennzahlen. Im Jahresvergleich konnten die Forderungen an Kreditinstitute erfolgreich um 4,0 Mrd € auf 11,9 Mrd € reduziert werden.

Non Core Operating Unit erfolgreich im Risikoabbau

Die Bestände in der Non Core Operating Unit konnten gegenüber dem 31. Dezember 2015 weiter reduziert werden. Die diesem Segment zugeordneten Aktiva, die im Wesentlichen aus ausgewählten Finanzanlagebeständen, bestimmten Auslandsaktivitäten und nicht mehr im Vertrieb befindlichen Produkten aus dem Kundengeschäft bestehen, reduzierten sich von 9,0 Mrd € auf 7,2 Mrd €.

Der Abbau der zum Teil hochverzinslichen Passiva setzte sich mit der Verringerung von 25,8 Mrd € am Jahresende 2015 auf 23,4 Mrd € per 30. Juni 2016 durch Fälligkeiten von Repo-Geschäften sowie besicherten und unbesicherten Emissionen weiter fort.

ZWISCHENLAGEBERICHT ZUM 30. JUNI 2016

WIRTSCHAFTSBERICHT

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft wuchs in der ersten Jahreshälfte 2016 sehr verhalten. In den Industrieländern insgesamt schwächte sich die Konjunktur im Vergleich zum Vorjahr etwas ab. Dagegen blieb sie in den Emerging Markets weitestgehend konstant. Innerhalb der Gruppe der aufstrebenden Volkswirtschaften gab es aber weiterhin sehr große Unterschiede. Hohe Wachstumsraten erzielten vor allem Länder, die als Importeure von dem niedrigen Ölpreis profitieren. Schwach entwickelten sich hingegen Volkswirtschaften, die von Rohstoffexporten abhängig sind oder unter schweren strukturellen Problemen litten.

In den USA entwickelte sich die Wirtschaft mäßig. Zu Jahresbeginn wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur schwach um annualisiert 1,1 % gegenüber dem Vorquartal. Im zweiten Quartal zeigten sich dann Anzeichen einer konjunkturellen Belebung. Gebremst wurde das Wachstum vor allem durch die Unternehmensinvestitionen, die insbesondere im Energiesektor deutlich zurückgingen. Der private Verbrauch verlor etwas an Schwung, blieb aber wichtigster Wachstumstreiber. Verbesserungstendenzen zeigten sich hingegen beim Außenhandel, der die Konjunktur nicht weiter belastete. Trotz der enttäuschenden konjunkturellen Entwicklung hielt der positive Trend am Arbeitsmarkt an. Die Erwerbstätigkeit nahm weiter zu, wenn auch nicht mit dem hohen Tempo des Vorjahres. Zugleich fiel die Arbeitslosenquote auf das niedrigste Niveau seit mehr als acht Jahren.

Die konjunkturelle Erholung im Euroraum hat sich fortgesetzt. Im ersten Quartal 2016 wuchs das BIP um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Im zweiten Quartal dürfte die Wachstumsrate den vorliegenden Informationen zufolge aber wieder deutlich gesunken sein. Wachstumsimpulse gingen vor allem vom privaten Verbrauch aus, der von dem niedrigen Ölpreis und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit profitierte. Zudem zogen die Bruttoanlageinvestitionen spürbar an. Dagegen belastete der Außenhandel das Wachstum leicht, da die Importe infolge der regen Binnennachfrage etwas schneller stiegen als die Exporte. Aufgrund des im Vorjahresvergleich nochmals deutlich gesunkenen Ölpreises lag die Inflationsrate im ersten Halbjahr auf einem sehr niedrigen Niveau und fiel zeitweilig sogar in den negativen Bereich.

Die deutsche Wirtschaft setzte ihren Aufschwung in den ersten sechs Monaten 2016 fort. Im ersten Quartal wuchs das BIP mit 0,7 % im Vergleich zum Vorquartal. Starke Impulse gingen dabei von den Ausrüstungs- und den Bauinvestitionen aus, wobei letztere in hohem Maße von der außergewöhnlich milden Witterung profitierten. Der private Verbrauch wurde vor dem Hintergrund kräftig steigender Realeinkommen erneut spürbar ausgeweitet und erwies sich damit als zuverlässige Stütze der Konjunktur. Auch der Staatsverbrauch wurde – nicht zuletzt begründet durch steigende Ausgaben im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom – weiter erhöht. Nur der Außenhandel sorgte aufgrund kräftig steigender Importe für leicht dämpfende Impulse. Im Vergleich zum ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres hat sich das Wachstum im zweiten Quartal aber offensichtlich deutlich abgeschwächt. Während der private

Verbrauch weiter gestiegen sein sollte und wohl auch vom Außenhandel positive Impulse ausgegangen sind, dürften die Bruttoanlageinvestitionen in einer Gegenbewegung zu dem teils witterungsbedingten Schub im Vorquartal spürbar gesunken sein. Der insgesamt solide konjunkturelle Aufschwung wirkte sich in der ersten Jahreshälfte positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück, zugleich beschleunigte sich der Beschäftigungsaufbau. Trotz der recht günstigen Entwicklung der Wirtschaft wies die Stimmung in den deutschen Unternehmen dennoch auf eine leichte Skepsis hin. Der ifo-Geschäftsklimaindex gab zu Jahresbeginn spürbar nach, konnte diesen Rückgang nachfolgend aber wieder ausgleichen. Die potenziellen Auswirkungen der Entscheidung des Referendums im Juni 2016 in Großbritannien zum Austritt aus der Europäischen Union (EU) konnten sich in den Umfrageergebnissen bisher noch nicht niederschlagen.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, im Euroraum und in den USA blieb hinter unseren im Konzernlagebericht 2015 geäußerten Erwartungen zurück.

Die Verwerfungen im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsstaaten nahmen in der ersten Jahreshälfte 2016 wieder leicht zu. Die Renditeaufschläge italienischer, spanischer und portugiesischer Staatsanleihen gegenüber Bundesanleihen weiteten sich jeweils aus, dies jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Am stärksten betroffen waren portugiesische Staatsanleihen, deren Risikoaufschläge auf das höchste Niveau seit Anfang 2014 stiegen. Ursachen dieser Entwicklung waren die anhaltende Wachstumschwäche des Landes in Kombination mit einem weiterhin hohen Staatsdefizit sowie der Unklarheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung. Ein deutlich mäßiger Anstieg der Risikoaufschläge ergab sich bei italienischen Staatsanleihen, die ihrerseits unter der nur schwachen konjunkturellen Erholung, den Problemen im Bankensektor des Landes sowie der allgemeinen politischen Verunsicherung in Europa, nicht zuletzt infolge der Entscheidung des Referendums im Juni 2016 in Großbritannien zum Austritt aus der EU, litten. Dagegen stiegen die Risikoaufschläge für spanische Staatsanleihen nur sehr mäßig an. Zwar hat der spanische Staat weiterhin große Probleme mit einem nachhaltigen Abbau der zu hohen Neuverschuldung. Jedoch profitierte der spanische Kapitalmarkt von der anhaltend kräftigen konjunkturellen Erholung sowie von dem Ergebnis der Ende Juni durchgeführten Neuwahlen, auch wenn diese noch keine Klärung der zukünftigen Mehrheitsverhältnisse im Parlament erbrachten. Trotz der Ausweitung der Risikoaufschläge gaben die Renditeniveaus in Spanien und Italien im Verlauf des ersten Halbjahres als Folge des allgemeinen Rückgangs der Kapitalmarktzinsen und der nochmals expansiveren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) nach. Bei den zehnjährigen Staatsanleihen fielen die Renditen bis zur Jahresmitte in die Nähe ihrer im Frühjahr 2015 erreichten historischen Tiefststände. Dagegen zogen die Renditen langlaufender portugiesischer Staatspapiere auch in absoluter Betrachtung spürbar an.

Die Geldpolitik der EZB war im ersten Halbjahr 2016 nochmals deutlich expansiver. Im März 2016 hatte die Europäische Zentralbank ein breites Maßnahmenpaket geschnürt, um die Kreditvergabe anzuregen und die Inflationsrate wieder an ihre Zielgröße von knapp 2 % heranzuführen.

Der Einlagensatz wurde um zehn Basispunkte auf $-0,40\%$ gesenkt, der Hauptrefinanzierungssatz um fünf Basispunkte auf $0,00\%$ und der Spitzenrefinanzierungssatz ebenfalls um fünf Basispunkte auf $0,25\%$. Das monatliche Volumen des EZB-Anleiheankaufprogramms wurde mit Wirkung zum April 2016 um 20 Mrd € auf 80 Mrd € aufgestockt. In dessen Rahmen erwirbt die EZB seit Juni 2016 erstmals auch Anleihen von Unternehmen, die nicht dem Bankensektor zuzurechnen sind. Zudem schreibt sie im Quartalsrhythmus vier neue, zielgerichtete Langfristtender (TLTRO-2) mit einer Laufzeit von je vier Jahren aus. Der erste dieser Tender wurde im Juni 2016 aufgelegt. Vorzeitige Tilgungen können dabei frühestens nach Ablauf von zwei Jahren vorgenommen werden. Über TLTRO-2 können die Banken – theoretisch – insgesamt Mittel in Höhe von bis zu 30% ihres Bestandsvolumens an bestimmten Krediten aufnehmen. Der zu entrichtende Zinssatz entspricht zunächst dem im Zeitpunkt der Mittelaufnahme jeweils geltenden Hauptrefinanzierungssatz. Bei Erfüllung bestimmter Kriterien bei der Kreditvergabe kann er aber bis auf den jeweils gültigen Einlagensatz gesenkt werden. Die US-Notenbank hielt ihren Leitzins aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung und der anhaltend niedrigen Inflation konstant in der Spanne zwischen $0,25\%$ und $0,50\%$.

Infolge der nochmals expansiveren Geldpolitik im Euroraum gaben die Geldmarktsätze weiter nach. Der 3-Monats-Euribor lag Mitte 2016 mit $-0,29\%$ um $0,16$ Prozentpunkte niedriger als Ende 2015.

Die Kapitalmarktzinsen gingen im Verlauf des ersten Halbjahres stark zurück. Hierzu trugen vor allem die neuerlichen expansiven Maßnahmen der EZB bei, die aufgrund einer entsprechenden Erwartungshaltung des Marktes bereits im Vorfeld der Entscheidung die Renditen kräftig sinken ließen. Gefördert wurde der Rückgang zudem durch die zögerliche Haltung der US-Notenbank, die die avisierte und erwartete Straffung ihrer Geldpolitik aufgrund der unsicheren konjunkturellen Lage immer weiter hinausschob. Zum Ende des zweiten Quartals kamen die Sorgen der Marktteilnehmer über den Ausgang des britischen Referendums über die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union (EU) hinzu. In der Folge fiel die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen am 14. Juni erstmals unter die Null-Prozent-Grenze. Nach der Entscheidung des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU folgte dann ein weiterer Abwärtsschub. Bis zur Jahresmitte gab die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen auf $-0,13\%$ nach. Damit lag sie um $0,76$ Prozentpunkte niedriger als Ende 2015.

Mit zusätzlichen expansiven Maßnahmen der EZB hatten wir zum Zeitpunkt des Konzernlageberichts 2015 gerechnet. Hinsichtlich der langfristigen Renditen hatten wir, entgegen der tatsächlichen Entwicklung, keine stärkeren Veränderungen erwartet.

Branchensituation

Die nochmals ausgeweitete Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, steigende regulatorische Erfordernisse und der wachsende Druck zur Lösung des Problems notleidender Kredite bei italienischen Banken dürften im ersten Halbjahr 2016 die dominierenden Themen für den europäischen Bankensektor gewesen sein.

Die European Banking Authority (EBA) hatte im ersten Quartal 2016 die Banken informiert, die sie ihrem diesjäh-

rigen Stresstest unterziehen wird. Die EZB hatte den Kreis der in den Test einzubeziehenden Banken um eine Reihe von Instituten, die unter ihrer direkten Kontrolle stehen, erweitert. Der Stresstest für diese Banken soll aber weniger ausführlich sein, und die Ergebnisse will die EZB nicht für jedes Institut separat veröffentlichen. Die Ergebnisse des gesamten Stresstests werden voraussichtlich am 29. Juli bekannt gegeben werden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hatte den 15 national systemrelevanten deutschen Banken Anfang März ihre jeweiligen individuellen SREP-Puffer (SREP – Supervisory Review and Evaluation Process) übermittelt, die diese zusätzlich zu den Mindestkapitalanforderungen aus Säule I vorhalten müssen. Dieser Zuschlag variiert je Institut zwischen 50 und 150 Basispunkten und muss in Form von hartem Kernkapital (CET1 – Common Equity Tier 1 Capital) vorgehalten werden.

Anfang Juli konkretisierte das Single Resolution Board (SRB, EU-Bankenabwicklungsbehörde), dass es noch im Verlauf dieses Jahres individuelle Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities (MREL) für alle direkt von der EZB beaufsichtigten Institute sowie für 16 weitere grenzüberschreitend agierende Bankengruppen verabschiedet wird. Den einzelnen Banken wird es freigestellt, ihre MREL-Quote öffentlich zu machen.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet weiterhin den deutschen Bankenmarkt. 2015 konnten keine nennenswerten Verschiebungen zwischen den einzelnen Säulen beobachtet werden. Allerdings hatte sich die Fusion der beiden genossenschaftlichen Spitzeninstitute angebahnt, die nunmehr bis zum 1. August 2016 abgeschlossen sein soll. Sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im genossenschaftlichen Sektor waren darüber hinaus in der ersten Jahreshälfte 2016 weitere Fusionen kleinerer Institute zu beobachten. Die zunehmenden regulatorischen Erfordernisse sowie die andauernde Niedrigzinsphase dürften wichtige Treiber dieser Entwicklung sein.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die im Branchenindex Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Kreditinstitute sowie die Deutsche Postbank AG berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis März 2016 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle fünf Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Allerdings konnte nur eine Bank ihren Überschuss in beiden Abgrenzungen im Vorjahresvergleich steigern. Bei vier Instituten verschlechterte sich die Aufwand-Ertrags-Quote. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern steigerten zwei Geldhäuser. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld, der harte Wettbewerb in Deutschland sowie das volatile Marktumfeld im ersten Quartal 2016 hinterließen ihre Spuren in den Bilanzen. Jeweils vier Banken verzeichneten Rückgänge im Zinsüberschuss nach Risikovor-sorge, im Provisionsüberschuss sowie im Handelsergebnis. Die Entwicklung des Verwaltungsaufwands zeigt, dass die Kreditinstitute mehrheitlich auf Kostenkontrolle bedacht sind. Drei Kreditinstitute verringerten ihren Verwaltungsaufwand im genannten Zeitraum.

Der DAX verzeichnete im ersten Halbjahr 2016 einen Rückgang von $9,9\%$. Die Aktien der beiden im deutschen Leit-

index gelisteten Banken verbuchten im genannten Zeitraum ebenfalls Kursverluste.

Wichtige Ereignisse im Postbank Konzern (Postbank) im ersten Halbjahr 2016

Nach erfolgter Eintragung des Squeeze-out in das Handelsregister am 21. Dezember 2015 sind alle Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutsche Postbank AG kraft Gesetzes auf die Deutsche Bank übergegangen. Mit sofortiger Wirkung wurde der Handel der Postbank Aktie an allen Börsen eingestellt.

Die letzte Börsenzulassung wurde mit Ablauf des 13. Januar 2016 widerrufen. Somit ist die Deutsche Postbank AG seit dem 14. Januar 2016 nicht mehr börsennotiert.

Im ersten Halbjahr ist es der Postbank auf ihrem Weg in die Eigenständigkeit planmäßig gelungen, die Fähigkeit zur Entflechtung von der Deutschen Bank zum 30. Juni 2016 herzustellen. Wesentliche Meilensteine auf diesem Weg bildeten die Rückführung der Servicegesellschaften in die Postbank Gruppe, die Neuverhandlung von entflechtungsrelevanten einzelvertraglichen Regelungen von Leistungsbeziehungen mit der Deutschen Bank sowie die Entflechtung von gemeinsam mit der Deutschen Bank genutzten Gebäuden und gemeinsamer IT-Infrastruktur.

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Im ersten Halbjahr 2016 wurde der Fokus der Investitionen stark durch die Entflechtung mit dem Ziel der operativen Eigenständigkeit von der Deutschen Bank geprägt. Zugleich investierte die Postbank in die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, wie die Entwicklung neuer digitaler Angebote und die Schließung des Bargeldkreislaufs in den Filialen. Erfolgreich angelaufen ist ein digital gestützter Prozess zur Verbindung von persönlicher Beratung und digitalen Angeboten in der Immobilienfinanzierung, der die Förderung des Neugeschäfts in diesem Bereich zum Ziel hat. Zudem konnten weitere Vertriebscenter eröffnet werden, die den Kunden das gesamte Leistungsspektrum der Postbank unter einem Dach anbieten.

Vergleichbarkeit von Angaben

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurden die vom 1. April 2014 bis zum 31. Dezember 2015 in der PBC Banking Services GmbH gebündelten Servicegesellschaften (Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH) von der Postbank vollständig zurückerworben. Die aus dem Rückerwerb resultierende Erweiterung des Konsolidierungskreises hat zur Folge, dass insbesondere vormalig konzernexterne Sonstige Aufwendungen für den Bezug von Dienstleistungen von den Servicegesellschaften sowie Sonstige Erträge aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften im ersten Halbjahr 2016 aufgrund der seit dem 1. Januar 2016 bestehenden Zugehörigkeit zum Konsolidierungskreis nicht mehr in den entsprechenden Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind. Stattdessen erfasst die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Halbjahr 2016 nun insbesondere die originären Verwaltungsaufwendungen sowie die von den Servicegesellschaften erzielten Erträge aus konzernexternen Dienstleistungen im Provisionsüberschuss.

Geschäftsverlauf

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Postbank erzielte im ersten Halbjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern von 166 Mio €, welches um 85 Mio € unter dem Vorjahreswert lag. Die Veränderung im Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergibt sich insbesondere aus dem als Folge des Niedrigzinsumfelds moderat um 69 Mio € gesunkenen Zinsüberschuss und einem Rückgang des Handelsergebnisses um 16 Mio €, das in der Vergleichsperiode aufgrund marktbedingter Bewertungseffekte außerordentlich positiv ausgefallen war.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug im ersten Halbjahr 2016 entsprechend 4,7 % nach 7,7 % im Vorjahr.

Die Postbank bereinigt ihr Ergebnis vor Steuern regelmäßig um solche Effekte, die grundsätzlich einmalig auftreten, wesentlich sind und nicht zum üblichen bzw. operativen Bankgeschäft gehören. Im ersten Halbjahr zählten hierzu Aufwendungen für strategische Initiativen, die in der Vergleichsperiode für die Integration angefallen waren, Erträge aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. und außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken.

Das um wesentliche Sondereffekte bereinigte Vorsteuerergebnis verzeichnete gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 einen deutlichen Rückgang um 98 Mio € bzw. 34,0 % auf 190 Mio €. Bereinigt wurden dabei Aufwendungen für strategische Initiativen (2016: 72 Mio €, 2015: 37 Mio €), außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken (2016: 56 Mio €) sowie der Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. (-104 Mio €) im ersten Halbjahr 2016.

Der Zinsüberschuss entwickelte sich im ersten Halbjahr 2016 aufgrund der anhaltend schwierigen Marktbedingungen gegenüber dem Vorjahreswert um 69 Mio € bzw. 5,5 % rückläufig. Die weiterhin erfreuliche Entwicklung des Kreditneugeschäfts mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1.031 Mio € bzw. 12,1 % auf 9,5 Mrd € im ersten Halbjahr 2016 konnte seine Wirkung auf den Zinsüberschuss noch nicht voll entfalten und die Belastungen aus dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld nicht vollständig ausgleichen. Dies liegt einerseits an dem hohen Anteil der noch in der Bereitstellungsphase befindlichen Kreditzusagen, andererseits an in der Betrachtungsperiode ausgezahlten Krediten, deren Zinsertrag erst in den Folgeperioden voll im Zinsüberschuss wirken wird.

Der Provisionsüberschuss stieg, bedingt durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises, um 6 Mio € bzw. 1,5 % auf 398 Mio €. Durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises sorgen die ab dem 1. Januar von den Servicegesellschaften erzielten Erträge aus dem Zahlungsverkehr für konzernexterne Dienstleistungen für einen Anstieg des Provisionsüberschusses gegenüber der Vergleichsperiode.

Der im Vergleichszeitraum erzielte Provisionsüberschuss hatte von einem Einmaleffekt aus der geänderten Vereinbarung von Provisionen zur Vermittlung von Restschuldversicherungen in Höhe von 22 Mio € profitiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag im ersten Halbjahr 2016 mit 76 Mio € um 5 Mio € bzw. 6,2 % unter dem Vorjahreswert und damit weiterhin auf einem niedrigen

Niveau. Sie spiegelt die hohe Kreditqualität und das konservative Geschäftsmodell der Postbank wider. Das Privatkundengeschäft mit seinem signifikanten Anteil an hoch besicherten deutschen Immobilienfinanzierungen profitiert anhaltend von den stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, insbesondere den weiterhin guten Bedingungen am deutschen Arbeitsmarkt.

Der Verwaltungsaufwand stieg – im Wesentlichen bedingt durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises um unsere Servicegesellschaften – um 201 Mio € bzw. 15,7 % auf 1.484 Mio €. Dieser Anstieg ist in Verbindung mit den um 198 Mio € bzw. 68,8 % verringerten sonstigen Aufwendungen zu sehen, die im Vergleichszeitraum im Wesentlichen noch für den Bezug von Dienstleistungen von den Servicegesellschaften angefallen waren. Stattdessen wurden nun im ersten Halbjahr 2016 die originären Verwaltungsaufwendungen der Servicegesellschaften erfasst.

In einer gesamthaften Betrachtung des Verwaltungsaufwands und des Sonstigen Aufwands ohne Sondereffekte ergibt sich eine moderate Verbesserung der Kostenbasis um etwa 97 Mio € bzw. 6,2 % im Vergleich zum Vorjahr, was – neben den Effekten aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften – auch die Kostendisziplin der Postbank bestätigt. Der um 201 Mio € erhöhte Verwaltungsaufwand enthält hierbei Sondereffekte in Höhe von 35 Mio € aus gestiegenen Aufwendungen für strategische Initiativen und 19 Mio € aus der erstmaligen Zahlung des Beitrags zur EU-Einlagensicherung. Gegenläufig positiv wirkte der um 198 Mio € gesunkene Sonstige Aufwand, der sich – ohne die außergewöhnlichen Aufwendungen für Rechtsrisiken in Höhe von 56 Mio € – um 254 Mio € verbessert und die negative Entwicklung des Verwaltungsaufwands mehr als ausgeglichen hätte.

Die nachfolgenden Kommentierungen der einzelnen Komponenten der Ertragslage beziehen sich auf den Vergleich der Ergebnisse mit denen des ersten Halbjahres 2015 bzw. bei Angaben zur Vermögens- und Finanzlage auf den Vergleich mit den Werten zum 31. Dezember 2015.

Ertragslage

Das Ergebnis vor Steuern im ersten Halbjahr 2016 lag mit 166 Mio € um 85 Mio € bzw. 33,9 % unter dem Vorjahresergebnis. Wesentlichen Einfluss hatten das anhaltend schwierige Markt- und Zinsumfeld sowie marktbedingte Bewertungseffekte, die sich in der Vergleichsperiode außerordentlich positiv auf das Handelsergebnis auswirkten.

Die Gesamterträge profitierten von einem deutlich verbesserten Finanzanlageergebnis sowie von der infolge der Erweiterung des Konsolidierungskreises vorgenommenen Erfassung der durch die Servicegesellschaften erzielten konzernexternen Erträge, sodass die Gesamterträge um 51 Mio € bzw. 3,0 % auf 1.764 Mio € gesteigert werden konnten. Auch ohne die veränderte Erfassung der Erträge aus den Servicegesellschaften im Provisionsüberschuss hätte sich trotz der anhaltend schwierigen Marktbedingungen im Vergleich zum Vorjahr ein leichtes Wachstum der Gesamterträge ergeben.

Aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds, das für alle einlagenstarken Banken eine Herausforderung darstellt, sank der Zinsüberschuss moderat um 69 Mio € bzw. 5,5 % auf 1.183 Mio €. Die positiven Effekte aus dem erneut

gesteigerten Neugeschäftswachstum bei Baufinanzierungen, Ratenkrediten und Firmenkundenkrediten sowie dem im ersten Halbjahr 2016 erzielten Netto-Bestandswachstum konnten die negativen Effekte aus der Belastung durch das Niedrigzinsszenario nicht vollständig kompensieren.

Das Handelsergebnis sank im ersten Halbjahr 2016 um 16 Mio € bzw. 64,0 % auf 9 Mio €, vor allem aufgrund marktbedingter Bewertungseffekte, u. a. aus Devisen und Derivaten, die im ersten Halbjahr 2015 mit 39 Mio € positiv zu Buche geschlagen hatten.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen profitierte insbesondere von dem Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. und konnte deutlich um 130 Mio € bzw. 295,5 % auf 174 Mio € gesteigert werden. Neben dem positiven Ergebniseffekt aus der Visa Europe Ltd. Transaktion konnte im ersten Halbjahr 2016 durch die Reduzierung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, ein weiterer positiver Ergebniseffekt in Höhe von 22 Mio € realisiert werden.

Der Provisionsüberschuss stieg begründet durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises leicht um 6 Mio € bzw. 1,5 % auf 398 Mio €. Die Erweiterung des Konsolidierungskreises der Postbank Gruppe um die Servicegesellschaften führte dazu, dass die von den Servicegesellschaften erzielten Erträge aus der Abwicklung des Zahlungsverkehrs für konzernexterne Kunden im ersten Halbjahr 2016 den Provisionsüberschuss erhöhten. Ohne Berücksichtigung der vorgenannten Effekte im ersten Halbjahr 2016 und dem im ersten Halbjahr 2015 erzielten positiven Einmaleffekt aus der Umstellung der Vereinnahmung von Provisionen für die Vermittlung von Restschuldversicherungen in Höhe von 22 Mio € hätte der Provisionsüberschuss leicht unter dem entsprechenden Vorjahreswert gelegen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich moderat um 5 Mio € bzw. 6,2 % auf 76 Mio €. Die auf Basis des zweiten Quartals 2016 annualisierte Nettozuführungsquote – bezogen auf den Kundenkreditbestand – lag mit 15 Basispunkten trotz der im ersten Halbjahr 2015 vorgenommenen Auflösung von Risikovorsorge in Höhe von 29 Mio €, bedingt durch den Verkauf zweier Kreditportfolios, moderat unter dem sehr niedrigen Niveau des zweiten Quartals 2015 von 16 Basispunkten. Die weiterhin erfreulich geringe Nettozuführungsquote spiegelt die unverändert hohe Kreditqualität und das konservative Geschäftsmodell der Postbank wider. Das Privatkundenkreditgeschäft profitiert mit seinem signifikanten Anteil an hoch besicherten deutschen Immobilienfinanzierungen von den anhaltend stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, insbesondere den weiterhin guten Bedingungen am deutschen Arbeitsmarkt.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich – vor allem bedingt durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises, die den Verwaltungsaufwand in Höhe von 141 Mio € belastete – um etwa 201 Mio € bzw. 15,7 % auf 1.484 Mio €. Maßgeblich zu Buche schlugen darüber hinaus die mit 35 Mio € deutlich erhöhten Aufwendungen für strategische Initiativen im Zusammenhang mit der Erreichung der Eigenständigkeit sowie die erstmalige Belastung aus dem Beitrag zur EU-Einlagensicherung in Höhe von 19 Mio €.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag im ersten Halbjahr 2016 mit –38 Mio € um 60 Mio € bzw. 61,2 % über dem sonstigen Ergebnis von –98 Mio € im Vergleichszeitraum. Ohne die außergewöhnlichen Aufwendungen für Rechtsrisiken in Höhe von 56 Mio € im ersten Halbjahr 2016 wäre ein positives Sonstiges Ergebnis erzielt worden. Im Vorjahr waren im Vergleichszeitraum Sonstige Erträge aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften erzielt worden, wohingegen für den Bezug von Zahlungsverkehrs- und anderen Dienstleistungen von den Servicegesellschaften noch Sonstige Aufwendungen angefallen waren.

Das Ergebnis vor Steuern im ersten Halbjahr 2016 verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 251 Mio € um 85 Mio € bzw. 33,9 % auf 166 Mio €.

Das bereinigte Vorsteuerergebnis sank gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 um 98 Mio € bzw. 34,0 % auf 190 Mio €. Insgesamt führte das anhaltende Niedrigzinsumfeld zu einem rückläufigen bereinigten Ergebnis vor Steuern.

Nach Berücksichtigung der Ertragsteuern in Höhe von 25 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €) ergibt sich für das erste Halbjahr 2016 ein Gewinn nach Steuern von 141 Mio € nach 238 Mio € im Vorjahr.

Das Ergebnis je Aktie betrug 0,64 € gegenüber 1,09 € im Vorjahr.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern lag bei 4,7 % gegenüber 7,7 % im ersten Halbjahr 2015. Die Cost Income Ratio stieg mit 86,7 % gegenüber dem Vorjahreswert von 82,6 % um 4,1 Prozentpunkte.

Segmentberichterstattung

Das Geschäft mit Geschäftskunden, bisher dem Segment Retail Banking zugeordnet, wurde im Rahmen einer neuen Segmentierung, die seit dem ersten Quartal 2016 gilt, im Segment der Firmenkunden erfasst. Die Segmentberichterstattung wurde daraufhin rückwirkend angepasst.

Alle Vergleiche in den nachfolgenden Erläuterungen zu den Segmenten erfolgen gegenüber den rückwirkend angepassten Werten des ersten Halbjahres 2015 (siehe Note 1 des Konzernzwischenabschlusses), sofern nicht anders vermerkt.

Retail Banking

Im Segment Retail Banking sank das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem Halbjahresergebnis 2015 um 28 Mio € bzw. 7,9 % auf 327 Mio €. Bei um 53 Mio € bzw. 3,3 % gestiegenen Erträgen sowie gleichzeitig um 23 Mio € bzw. 31,9 % gesunkener Risikoversorge ist der Rückgang des Ergebnisses insbesondere auf die aufgrund der Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften und der Kosten der EU-Einlagensicherung um 39 Mio € bzw. 5,3 % gestiegenen Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen. Zusätzlich belastend wirkten sich die im Segment Retail Banking erfassten außergewöhnlichen Aufwendungen für Rückstellungen aus Rechtsrisiken in Höhe von 56 Mio € auf das Ergebnis aus.

Der Zinsüberschuss fiel mit 1.247 Mio € trotz des weiterhin margenstarken Neugeschäfts und geringerer Zinsaufwendungen um 4 Mio € bzw. 0,3 % niedriger als im Vergleichszeitraum aus. Damit hat sich das Zinsergebnis im

ersten Halbjahr 2016, unseren im Konzernlagebericht 2015 formulierten Erwartungen entsprechend, in etwa konstant entwickelt. Einerseits birgt das weiter sinkende Zinsniveau besondere Herausforderungen für die Sicht- und Spareinlagen, da die Konditionen für die Kunden nicht weiter an diese Entwicklung angepasst werden können, andererseits entstanden positive Effekte vor allem aus dem Neugeschäftswachstum bei Ratenkrediten und Baufinanzierungen.

Der Provisionsüberschuss ging moderat um 23 Mio € bzw. 6,6 % auf 325 Mio € zurück. Der Rückgang resultiert primär daraus, dass sich im ersten Halbjahr 2015 ein positiver Effekt aus der Umstellung der Vereinnahmung von Provisionen für die Vermittlung von Restschuldversicherungen in Höhe von 22 Mio € niedergeschlagen hatte.

Das Handelsergebnis, das im Wesentlichen in der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG entsteht, sank um 10 Mio € bzw. 76,9 % auf 3 Mio €. Im Vergleich wurde das erste Halbjahr 2015 durch substanziale per Saldo positive Bewertungseffekte der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände sowie der zugehörigen Zinsderivate außerordentlich positiv beeinflusst.

Das Finanzanlageergebnis wurde durch den Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. positiv beeinflusst. Die aus der Visa Europe Ltd. Transaktion erhaltene Cash-Komponente sowie der Anspruch auf nachträgliche Kaufpreiszahlung führten insgesamt zu einem positiven Effekt in Höhe von 90 Mio €. Damit lag das Finanzanlageergebnis mit 90 Mio € in derselben Höhe über dem Betrag des Vergleichszeitraums.

Die Gesamterträge konnten nach 1.612 Mio € im entsprechenden Vorjahreszeitraum um 53 Mio € bzw. 3,3 % gesteigert werden, was überwiegend auf den Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. zurückzuführen ist.

Der Verwaltungsaufwand stieg um 39 Mio € bzw. 5,3 % auf 772 Mio € an. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften zurückzuführen, von denen die Postbank Direkt GmbH seit dem 1. Januar 2016 dem Segment Retail Banking zugeordnet ist.

Die Risikoversorge zeigt mit einem Rückgang um 23 Mio € bzw. 31,9 % auf 49 Mio € nicht die noch zum Anfang des Jahres erwartete, deutlich steigende Tendenz. Unter Berücksichtigung des im ersten Halbjahr 2016 erreichten Bestandswachstums der Forderungen an Kunden sowie der im ersten Halbjahr 2015 vereinbarten Verkäufe zweier Kreditportfolios und der damit verbundenen Auflösung von Risikoversorge in Höhe von 29 Mio € zeigt sich die Risikoversorge auf einem sehr niedrigen Niveau. Begünstigt wird diese erfreuliche Entwicklung durch das sehr granulare und hoch besicherte private Baufinanzierungsgeschäft der Postbank.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen wurde im ersten Halbjahr 2016 durch die außergewöhnlich hohen Belastungen aus Rückstellungen für Rechtsrisiken in Höhe von 56 Mio € negativ beeinflusst, sodass dieser um 47 Mio € und damit deutlich unter dem Wert des Vergleichszeitraums lag.

Die Cost Income Ratio des Segments erhöhte sich von 75,4 % auf 79,1 %. Vorrangig wirkten sich hier trotz der in Summe gesteigerten Gesamterträge die gestiegenen Sonstigen Aufwendungen aus.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden sank das Ergebnis vor Steuern deutlich im Vergleich zu dem der ersten sechs Monate des Vorjahres, und zwar um 32 Mio € bzw. 25,8 % auf 92 Mio €. Dies ist insbesondere auf einen moderaten Rückgang der Gesamterträge um 13 Mio € bzw. 5,1 % auf 241 Mio € sowie die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11 Mio € angelegene Risikovorsorge zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss sank um 19 Mio € bzw. 10,0 % auf 171 Mio € aufgrund auslaufender margenstarker Geschäfte auf der Aktivseite.

Mit 7 Mio € fiel das Handelsergebnis im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich positiver aus. Das Finanzanlageergebnis lag mit 0 Mio € um 3 Mio € über dem des ersten Halbjahres 2015. Der Provisionsüberschuss lag mit 63 Mio € um 3 Mio € bzw. 4,5 % unter dem des Vorjahreszeitraums.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich um 5 Mio € bzw. 11,6 % auf 48 Mio €. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg infolge des auf Basis neuer Informationen über die Bonität einzelner Firmenkunden als notwendig erkannten Vorsorgebedarfs auf 22 Mio € nach 11 Mio € im Vorjahr.

Die Verrechnungen betragen –80 Mio € nach –77 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dies ist im Wesentlichen auf die veränderte Verrechnung der Bankenabgabe zurückzuführen, die im Vorjahr vollständig im Segment Financial Markets verrechnet wurde. Die Cost Income Ratio einschließlich der internen Verrechnungen erhöhte sich spürbar von 49,8 % auf 55,5 %.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets verringerte sich im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert aufgrund der unvorteilhaften Zinsentwicklung um 13 Mio € bzw. 31,0 % auf –55 Mio €.

Der Zinsüberschuss des Segments ging um 42 Mio € auf –60 Mio € zurück. Dies ist wesentlich auf die als Folge der von der EZB verfolgten expansiven Geldpolitik gesunkenen Geldmarktzinsen zurückzuführen.

Das Handelsergebnis lag mit 1 Mio € um 12 Mio € deutlich unter dem Ergebnis im Vergleichszeitraum, welches von Bewertungsanpassungen bei Aktiva (Credit Valuation Adjustments – CVA) und Passiva (Debit Valuation Adjustments – DVA) sowie einem positiven Devisenergebnis profitiert hatte.

Das Finanzanlageergebnis konnte um 34 Mio € deutlich auf 61 Mio € gesteigert werden. Begründet ist dies durch die Reduzierung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, sowie realisierte Gewinne aus der Veräußerung von Anleihen.

Der Provisionsüberschuss ging um 2 Mio € bzw. 18,2 % auf –13 Mio € zurück. Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich aufgrund der veränderten Verrechnung der Bankenabgabe um 14 Mio € auf 15 Mio €. Nachdem diese in der Vergleichsperiode noch im Verwaltungsaufwand ausgewiesen worden war, erfolgte im ersten Halbjahr 2016 eine Verteilung der Bankenabgabe auf die Segmente innerhalb der Verrechnungen. Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen verzeichnete mit –1 Mio € nach einem ausgeglichenen Ergebnis im Vergleichszeitraum ein leicht schlechteres Ergebnis.

Die Verrechnungen belasteten mit –28 Mio € nach –25 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum das Segmentergebnis stärker; auch dies ist auf die veränderte Verrechnung der Bankenabgabe zurückzuführen, die statt im Verwaltungsaufwand nun innerhalb der Verrechnungen erfolgte.

Non Core Operating Unit

Das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) verzeichnete ein Ergebnis vor Steuern von –212 Mio €, nachdem es im entsprechenden Vorjahreszeitraum bei –186 Mio € gelegen hatte.

Der Zinsüberschuss verschlechterte sich leicht um 7 Mio € auf –180 Mio €, weil die rückläufigen Zinserträge, bedingt durch den strategiekonformen Abbau der Aktivgeschäfte, den positiven Effekt aus der weiteren Reduzierung hochverzinslicher Passiva, u. a. einer im Jahresverlauf 2016 fällig gewordenen Emission mit einem Volumen von 0,3 Mrd €, überkompensierten.

Das Handelsergebnis blieb mit 0 Mio € unverändert.

Das Finanzanlageergebnis konnte durch realisierte Gewinne aus der Veräußerung von Anleihen aus Peripheriestaaten im ersten Halbjahr 2016 mit 9 Mio € konstant gehalten werden. Belastungen aus geschlossenen Fonds fielen kaum an.

Der Verwaltungsaufwand ging erneut um 3 Mio € auf 6 Mio € zurück.

Die Risikovorsorge belastete das Ergebnis des ersten Halbjahres 2016 mit 5 Mio € nach der per Saldo positiven Auflösung der Risikovorsorge in Höhe von 1 Mio € im Vorjahreszeitraum.

In den Sonstigen Aufwendungen verzeichneten wir gestiegene Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen, sodass sich der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit –5 Mio € nach einem positivem Ergebnis im entsprechenden Vorjahreszeitraum wieder im negativem Bereich befand.

Sowohl die Cost Income Ratio als auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern bewegten sich im negativen Bereich.

Cost Center/Konsolidierung

Dieses Segment enthält neben den Konzernkonsolidierungen auch die Ergebnisse der Cost Center zusätzlich zu den Ergebnissen der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaften (siehe Note 1 des Zwischenabschlusses) sowie die Überleitung zum Konzernergebnis. Grundsätzlich werden alle Erträge und Aufwendungen auf die operativen Segmente verrechnet. Positive wie negative Ergebnisse entstehen vor allem aus Sondereffekten. Da im ersten Halbjahr 2016 die aktienbasierte Kompensation aus der Visa Europe Ltd. Transaktion in Höhe von 14 Mio € im Segment Cost Center/Konsolidierung erfasst wurde, lag das Vorsteuerergebnis entsprechend bei 14 Mio €.

Der Zinsüberschuss stieg um 3 Mio € auf 5 Mio €.

Das Finanzanlageergebnis betrug 14 Mio € nach einem Vorjahreswert von 11 Mio €. Das Ergebnis im ersten Halbjahr 2016 ist auf die Erfassung der aktienbasierten Kompensation aus der Visa Europe Ltd. Transaktion zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss stieg infolge der Erweiterung des Konsolidierungskreises um 37 Mio € auf 23 Mio €, was im Wesentlichen auf die konsolidierungsbedingte Erfassung der externen Erträge aus dem Transaction Banking im Provisionsüberschuss zurückzuführen ist.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich aufgrund der erstmals im Jahr 2016 zu tragenden Aufwendungen aus der EU-Einlagensicherung, gestiegener Aufwendungen für strategische Initiativen sowie der Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften deutlich um 174 Mio € auf 643 Mio €.

Positiv mit 560 Mio € schlagen die Verrechnungen aus den zu Vollkosten ausgewiesenen anderen Segmenten zu Buche. Die Belastungen aus den auf die anderen Segmente verteilten Verrechnungen ergeben sich in derselben Höhe, also mit –560 Mio €.

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug 57 Mio € nach –61 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Steigerung beruht primär auf dem konsolidierungsbedingten Wegfall der Vergütungen für die durch die Servicegesellschaften erbrachten Leistungen, die im Vergleichszeitraum noch als Sonstige Aufwendungen entstanden. Neben der Reduzierung der Sonstigen Aufwendungen um 256 Mio € sanken die Sonstigen Erträge um 138 Mio € auf 32 Mio € aufgrund des konsolidierungsbedingten Wegfalls der Erstattungen durch die Servicegesellschaften.

Vermögens- und Finanzlage

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag zum 30. Juni 2016 bei 147,9 Mrd € nach 150,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf den im Zuge der fortgesetzten Fokussierung des Geschäfts vorangetriebenen Abbau von Risikopositionen in Verbindung mit dem Auslaufen langfristiger Passivpositionen zurückzuführen.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist ein weiterer Schritt in Richtung der angestrebten ausgeglichenen Kundenbilanz gelungen, indem der vorhandene Einlagenüberhang durch den erfolgreichen Ausbau des Kreditbestands reduziert wurde. Darüber hinaus konnte der Anteil des Kreditgeschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden an der Bilanzsumme gesteigert werden, und zwar zum einen durch das erfolgreiche Bestandswachstum der Forderungen an Kunden infolge eines erneut gesteigerten Kreditneugeschäfts und zum anderen durch die deutliche Reduktion der kurzfristigen Forderungen gegenüber Kreditinstituten.

Im Einzelnen betrachtet, ergibt sich dabei folgendes Bild: Die Forderungen an Kunden, die verbriefte Forderungen wie Schuldscheindarlehen enthalten, lagen am 30. Juni 2016 mit knapp 100 Mrd € um 1,6 Mrd € über dem Niveau per 31. Dezember 2015 (98,4 Mrd €). Neben der Erhöhung des Bestands an Ratenkrediten gelang es auch, den Bestand an Firmenkundenkrediten zu steigern.

Die Forderungen an Kreditinstitute verminderten sich im gleichen Zeitraum deutlich um 4,0 Mrd € auf 11,9 Mrd €.

Der Bestand an Finanzanlagen lag im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Bestand am Ende des Vorjahres nahezu unverändert bei 30,9 Mrd €.

Die Handelsaktiva stiegen gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 0,1 Mrd € auf 0,8 Mrd € an.

Auf der Passivseite der Bilanz zeigte sich ein Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 119,2 Mrd € zum Jahresbeginn auf 118,5 Mrd € am 30. Juni 2016. Diese Entwicklung spiegelt die aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus anhaltend geringe Sparneigung bzw. erhöhte Konsumbereitschaft wider. Konkret reduzierten sich die Spareinlagen von Privatkunden seit Jahresbeginn um 1,9 Mrd € auf 39,9 Mrd € sowie die Bauspareinlagen um 0,2 Mrd €, während die Anderen Verbindlichkeiten, vor allem getrieben durch die Steigerung der Sichteinlagen, nur um 1,4 Mrd € auf 59,4 Mrd € anstiegen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich im gleichen Zeitraum um 1,5 Mrd € auf 13,9 Mrd €. Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten wurde nahezu konstant auf einem Niveau von 3,4 Mrd € gehalten, während das Nachrangkapital aufgrund von Fälligkeiten langfristiger Passivpositionen um 0,6 Mrd € auf 2,6 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 zurückgeführt wurde.

Das bilanzielle Eigenkapital verringerte sich gegenüber dem Jahresende 2015 leicht um 75 Mio € auf knapp 7,1 Mrd €. Begründet ist dies durch eine Anpassung der Gewinnrücklage, welche wegen der im Rahmen des Rückerwerbs der Servicegesellschaften entstandenen Differenz zwischen der

gewährten Gegenleistung und dem Saldo der zu Konzernbuchwerten übernommenen Vermögenswerte und Schulden der Servicegesellschaften angepasst werden musste. Die erfolgte Anpassung wurde durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage der Postbank durch die DB Finanz-Holding GmbH in Höhe von 143 Mio € und die Deutsche Bank AG in Höhe von 38 Mio €.

Die Handelspassiva blieben gegenüber dem 31. Dezember 2015 mit 0,7 Mrd € unverändert.

Eigenkapital und Kapitalkennziffern

Das bilanzielle Eigenkapital verringerte sich gegenüber dem Jahresende 2015 leicht um 75 Mio € auf knapp 7,1 Mrd €.

Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns für das erste Halbjahr 2016 konnte die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) zum 30. Juni 2016 ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) nach 11,5 %¹ zum Jahresende 2015 stabil bei 11,5 % gehalten werden.

Die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) und der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns betrug für das erste Halbjahr 2016 13,1 % im Vergleich zum Vorjahresendwert von 13,8 %¹. Der Rückgang in der regular phased-in CET1-Quote ist auf den planmäßigen Anstieg der Kapitalabzugspositionen zurückzuführen.

Die Leverage Ratio per 30. Juni 2016 lag unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen (regular phased-in) und der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns mit 3,9 % leicht unter dem Wert zum Vorjahresende (4,1 %). Ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns ergibt sich im Vergleich zum Jahresende 2015 (3,4 %) eine leicht reduzierte Verschuldungsquote in Höhe von 3,3 %. Den Berechnungen liegen die neuen regulatorischen Anforderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 zugrunde.

Gesamtaussage Geschäftslage erstes Halbjahr 2016

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ist trotz der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen stabil und zeichnet sich vorrangig durch die fortgesetzte Fokussierung auf das Kreditgeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden aus. Das nachhaltig wenig schwankungsanfällige Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden nimmt einen wachsenden Anteil an der Vermögenslage ein.

Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern lag bei 166 Mio € im ersten Halbjahr 2016 (Vorjahr: 251 Mio €). Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 4,7 % (Vorjahr: 7,7 %). Die Cost Income Ratio erhöhte sich um 4,1 Prozentpunkte auf 86,7 %, vornehmlich begründet durch die im Vorjahresvergleich höheren Verwaltungsaufwendungen, die insbesondere aus höheren Aufwendungen für strategische Initiativen resultieren, sowie außergewöhnliche Belastungen aus Rückstellungen für Rechtsrisiken.

Die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) zum 30. Juni 2016 lag ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns stabil bei 11,5 %. Die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns lag mit 3,3 % leicht unter dem Wert zum 31. Dezember 2015.

Unterjährig wurde keine Mitarbeiterbefragung durchgeführt und folglich kein Wert für die Mitarbeiterzufriedenheit erhoben. Eine Erhebung zur Kundenzufriedenheit hat ebenfalls nicht stattgefunden. Die im Prognosebericht des Konzernlageberichts 2015 formulierte Erwartung, im laufenden Jahr 2016 bei Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit mindestens die Vorjahreswerte zu erreichen, bleibt unverändert.

NACHTRAGSBERICHT

Vom 30. Juni 2016 bis zur Aufstellung des Konzernzwischenabschlusses durch den Vorstand am 26. Juli 2016 fielen keine berichtspflichtigen Vorgänge an.

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2 im Konzernanhang)

CHANCENBERICHT

Niedriges Zinsniveau stimuliert die private Kreditnachfrage

Das aktuell historisch niedrige Zinsniveau hat zu einer erhöhten Konsumneigung bzw. reduzierten Sparneigung der Privatkunden geführt. Zudem stimulieren die niedrigen Zinsen die Nachfrage nach privater Wohnungsbaufinanzierung. Die Postbank hat hiervon durch Zuwächse im Neugeschäft bei Konsumentenkrediten und Wohnungsbaukrediten bereits profitieren können. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Einlagen im Spargeschäft der Postbank mit –4,6 % gegenüber dem Jahresende 2015 weiter rückläufig. Vor allem im Kreditneugeschäft können aktuell deutlich verbesserte Margen erzielt werden.

Kaufkraft in Deutschland kann weiter steigen

Eine Reihe von Faktoren könnte die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung weiter steigern und damit das Privatkundengeschäft der Postbank begünstigen. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und erwartete höhere Tarifabschlüsse in Verbindung mit niedrigen Energiepreisen können auf kurze Sicht zu einem spürbaren Anstieg der Realeinkommen und damit zu einem erhöhten Konsumentenvertrauen in Deutschland führen. Auf mittlere bis lange Sicht könnten sich diese Faktoren allerdings auch hemmend auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken.

Richtungswechsel in der Geldpolitik kurzfristig nicht wahrscheinlich

Eine kurzfristige Wendung der Europäischen Zentralbank hin zu einer restriktiveren Zinspolitik ist nach den am 22. Januar 2015 gefassten Beschlüssen nicht zu erwarten. Vielmehr wurde auf Sicht eine deutlich expansivere Geldpolitik initiiert. Dieses Szenario könnte sich allerdings durch Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Eurozone und insbesondere über die langfristige Refinanzierung des Verbunds bzw. seiner Mitgliedsländer dramatisch ändern, sofern sogenannte Eurobonds oder ähnliche Konstrukte für eine kollektive (Teil-)Refinanzierung der Mitgliedsländer in der Eurozone in Erwägung gezogen werden sollten.

Eine gemeinsame (Teil-)Verschuldung in der Eurozone würde unmittelbar zu erhöhten Zinsen in Deutschland führen. Kurzfristig wäre hiervon ein Anstieg der privaten Kreditnachfrage, insbesondere nach Wohnungsbaukrediten mit längerer Festzinsbindung, in der Erwartung weiterer Zinssteigerungen zu sehen. Aufkommende Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung würden sich wahrscheinlich in Form von erhöhten Langfristzinsen aufgrund steigender Prämien für das enthaltene Zinsrisiko und damit positiv auf die Margen im Kundengeschäft auswirken.

Zusätzlich würde ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario zu neuen Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen und damit zu einer Förderung des Provisionsgeschäfts beitragen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen sind auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegenzustellen, die insbesondere im Bereich der Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken auftreten könnten.

Digitalisierung im Bankgeschäft schreitet fort

Mit ihrer Positionierung „digital & persönlich“ hat die Postbank frühzeitig den Trend zur Digitalisierung von Bankgeschäften aufgegriffen und wurde bereits vielfach für ihre digitalen Angebote ausgezeichnet. Mit der stark zunehmenden Nutzung mobiler Zugänge gewinnt die Entwicklung weiter an Momentum. Bestandskunden wünschen eine sichere, schnelle und vor allem unkomplizierte Abwicklung ihrer Geschäfte, Neukunden fühlen sich zunehmend durch ein überzeugendes Angebot von Informations- und Abschlussmöglichkeiten angezogen. Für die Postbank bietet die Digitalisierung zusätzliche Chancen, ihre Geschäftsprozesse effizienter zu gestalten und den Anteil der Neugeschäftsabschlüsse über digitale Kanäle weiter auszubauen.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Der Fokus im Risikomanagement der Postbank lag im ersten Halbjahr 2016 primär auf dem Umgang mit der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie der angedeuteten Entscheidung zur Zinswende in den USA. Am Ende des ersten Halbjahres 2016 standen angesichts der Unsicherheit der Märkte nach der Entscheidung des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU im Juni 2016 (sogenanntes Brexit-Votum) die Markt- und Kreditrisiken im Vordergrund. Vom Brexit-Votum ist die Postbank aufgrund ihres Geschäftsmodells nicht nachhaltig beeinflusst.

Das Risikoprofil der Postbank in Bezug auf die Operationellen Risiken ist maßgeblich bestimmt durch ihre strategische Positionierung als Multikanalbank mit einem flächendeckenden Filial- und Servicenetz sowie einer marktführenden Stellung im Online-Geschäft in Deutschland. Hierdurch ist die Postbank einer erhöhten latenten Bedrohung durch betrügerische Angriffe von außen ausgesetzt.

Der Marktrisikokapitalbedarf der Postbank lag zum 30. Juni 2016 nur leicht unter dem Niveau des Vorjahresresultimos. Marktrisiken entstehen der Postbank dabei allein aus Positionen des Anlagebuchs, Handelsbuchaktivitäten fanden im ersten Halbjahr 2016 wie auch schon im gesamten Vorjahr nicht statt. Die strategische Zinsrisikoposition im Anlagebuch wurde dabei im Vergleich zum Vorjahresresultimo leicht erhöht. Sowohl die konjunkturelle Situation als auch der Ausblick für das gesamtwirtschaftliche Umfeld, in dem sich die Postbank bewegt, sind weiterhin solide. Der aktuell gute Zustand des Arbeitsmarktes, dokumentiert in einer sinkenden Arbeitslosenquote bei gleichzeitig steigender Erwerbstätigkeit, sowie die positive Entwicklung sowohl der Immobilienpreise als auch der deutschen Industrie bieten Wachstumsmöglichkeiten für das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden. Gleichzeitig wirkt diese gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland positiv auf die Kreditrisiken im Bestandsgeschäft. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank trugen zu einer positiven Entwicklung der Risikovorsorge bei.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen abweichende, verschärfte Entwicklung der europäischen Staatsschulden oder einer andauernden Niedrigzinsphase, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch die der Postbank beeinträchtigen.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im ersten Halbjahr 2016 wurden die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Konzernebene stets eingehalten. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag im ersten Halbjahr 2016 aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein anhaltend vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, in dem sich die Bank bewegt, gute Erlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung in der Baufinanzierung sowie ein konsequentes Risikomanagement – moderat unter dem Vorjahresniveau.

Für die nächsten zwei Quartale 2016 erwarten wir eine weiterhin positive Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem anhaltend soliden konjunkturellen Umfeld, getragen durch eine stabile Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie des Arbeitsmarktes.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung am europäischen Kapitalmarkt beeinflusst. Im ersten Halbjahr 2016 sind die Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt im Zusammenhang mit der weiterhin expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) auf ein historisch niedriges Niveau mit teilweise negativen Renditen gesunken, zuletzt noch einmal verstärkt durch das Brexit-Votum im Juni 2016. In diesem Umfeld ist der operative Value-at-Risk (VaR) des Anlagebuchs zum Stichtag um etwa 13 % zurückgegangen.

Der auf Basis eines Stressed-Value-at-Risk-Ansatzes berechnete Risikokapitalbedarf für Marktrisiken ist gegenüber dem Vorjahresresultimo nur leicht gesunken. Ursächlich hierfür ist ein im Wesentlichen unverändertes Credit Spread Exposure, mit einem Schwerpunkt in Staats- und Länderanleihen sowie Pfandbriefemissionen. Ausblickend können die Unsicherheit der Märkte infolge der Entscheidung des Referendums im Juni 2016 in Großbritannien zum Austritt aus der EU und die damit verbundene gestiegene Volatilität im zweiten Halbjahr zu einer im Vergleich zum aktuellen Niveau erhöhten Marktrisikoauslastung führen.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide und wird auch künftig als sehr stabil erwartet.

In den ersten beiden Quartalen 2016 wurde die seit 2014 angestrebte Reduktion der hohen Überschussliquidität durch weitere Steuerungsmaßnahmen weiter vorangetrieben. Die Entwicklung der Überschussliquidität im ersten Halbjahr 2016 ist in der gleichnamigen Tabelle im Abschnitt „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“ dargestellt.

Operationelle Risiken

Das Schadenprofil für Operationelle Risiken der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Retail-Bank mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten „High-Frequency/Low-Impact-Schäden“, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten.

In den letzten Jahren war außerdem eine Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil dieser bezog sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds; der Vertrieb der Fonds wurde 2012 eingestellt. Im laufenden Geschäftsjahr war bis zum Berichtsstichtag nunmehr bei der Anzahl der Klagen und Beschwerden zur Anlageberatung ein leicht rückläufiger Trend, bei denen zum Thema Widerrufsbelehrung bei Baufinanzierungen dagegen eine Zunahme zu beobachten. Diese Zunahme ist dadurch begrenzt, dass am 21. Juni 2016 die Frist zur Erklärung des Widerrufs abließ.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank für die nächsten Jahre von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken aus.

Für die Geschäftsrisiken liegt gegenüber der Darstellung im Konzernlagebericht 2015 keine wesentliche Veränderung der Einschätzung vor.

Entwicklungen im Risikomanagement

Im Berichtszeitraum hat die Postbank die notwendigen Projektaktivitäten für die Umsetzung der bankaufsichtlichen Anforderungen vorangetrieben. Dies betraf insbesondere die erweiterten Anforderungen zum Meldewesen der Risikotragfähigkeit, die Liquiditätsdeckungsanforderungen und die Anforderungen in Bezug auf die stabile Refinanzierung gemäß Art. 415 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie die zusätzlichen Parameter für die Liquiditätsüberwachung gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2016/313 und die Leverage Ratio.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden, Banken sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland und UK (Commercial Real Estate). Vorbehaltlich der noch ausstehenden Zulassung ist für 2016 eine Überführung des Ratingmodells für Privatkunden-Dispositions kredite in den A-IRBA vorgesehen.

Den aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für Operationelle Risiken ermittelt die Postbank nach dem Standardansatz.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement befindet sich die Postbank seit 2011 fortlaufend in Projekten zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen. Bei den aktuellen Projektaktivitäten im Liquiditätsumfeld steht die Weiterentwicklung von Datenbasis, Systemen und Prozessen zur Umsetzung der zusätzlichen Parameter für die Liquiditätsüberwachung sowie zu den Änderungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Delegierter Verordnung im Fokus. Den Schwerpunkt bildete im ersten Halbjahr 2016 die Erstmeldung der zusätzlichen Parameter für die Liquiditätsüberwachung, welche an die Aufsicht bzw. die Deutsche Bank übermittelt wurden. Im weiteren Jahresverlauf 2016 müssen noch weitere regulatorische Anforderungen bezüglich des Liquiditätsrisikos umgesetzt werden.

Die Postbank Gruppe hat im Rahmen der Entflechtung die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der eigenständigen Funktionen für das Risikomanagement zum 30. Juni 2016 erfolgreich umgesetzt. Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank erfolgt im

Sinne des Gruppenrisikomanagements ungeachtet dessen über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die Postbank an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Die Postbank unterliegt als Teil der Deutsche Bank Gruppe der einheitlichen Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB. Bei Anfragen der Bankenaufsicht an die Deutsche Bank wird die Postbank daher mit einbezogen.

Die Postbank ist auch im Jahr 2016 mit umfangreichen regulatorischen Neuerungen konfrontiert. Hierzu gehören u. a. die Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS # 239), das „Analytical Credit Dataset“-Projekt (AnaCredit-Projekt) der EZB sowie die diversen neuen Regulierungsvorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht.

Risikomanagement im Rahmen des Deutsche Bank Konzerns

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutsche Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in ein geeignetes System zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Die Postbank ist auch hinsichtlich der Tätigkeit des Single Supervisory Mechanism (SSM) in das Gruppenrisikomanagement der Deutsche Bank Gruppe eingebunden. Zudem steht die Postbank in regelmäßigem, konstruktivem Austausch mit den nationalen Aufsichtsbehörden und wird dies auch in Zukunft tun.

Aufgrund der von der Deutschen Bank als Eigentümerin der Postbank angekündigten Strategie, die Postbank zu veräußern oder an der Börse zu platzieren, hat die Postbank im Rahmen der Entflechtung die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der eigenständigen Funktionen für das Risikomanagement ergriffen und zum 30. Juni 2016 erfolgreich umgesetzt. Hierzu wurden die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen und eine Vielzahl von einzelnen Aktivitäten in den verschiedenen Disziplinen vorangebracht.

Unabhängig hiervon werden die Aufgaben hinsichtlich des gemeinsamen Gruppenrisikomanagements mit der Deutschen Bank parallel vollständig weiter übernommen.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten. Im Berichtszeitraum wurden die Risikodefinitionen nicht angepasst oder verändert. Eine Darstellung zur Quantifizierung enthält Note 33 des Konzernzwischenabschlusses.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

• Marktrisiken

Marktrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwertbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktrisiken im engeren Sinne entstehen für die Postbank aus ihren Positionen im Anlagebuch sowie aus ihren leistungsorientierten Pensionsplänen. Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

- a) Immobilienrisiken: Mietausfallrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank.
- b) Beteiligungsrisiken: Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

• Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

- a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.
- c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch uner-

wartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen.

• Liquiditätsrisiken

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwei Arten von Risiken bei der Refinanzierung, das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditätsfristentransformationsrisiko:

- a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.
- b) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

• Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen.

• Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
- b) Kollektivrisiken als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG bezeichnen mögliche negative Effekte in der Vermögens-, Risiko- und Ertragslage aufgrund einer von der Prognose abweichenden tatsächlichen Entwicklung des Bausparkollektivs.
- c) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.

d) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierten Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden alle Marktrisiken mit Ausnahme der Credit-Spread-Risiken der Non Core Operating Unit (NCOU) in das Segment Financial Markets übertragen. Die mit Marktrisiken belegten Wertpapierbestände der NCOU sind zum Abbau vorgesehen.

Im Rahmen dieses Risikoberichts werden die operativ steuerbaren Marktrisiken, Kreditrisiken, Operationellen Risiken und Liquiditätsrisiken ausführlich dargestellt.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

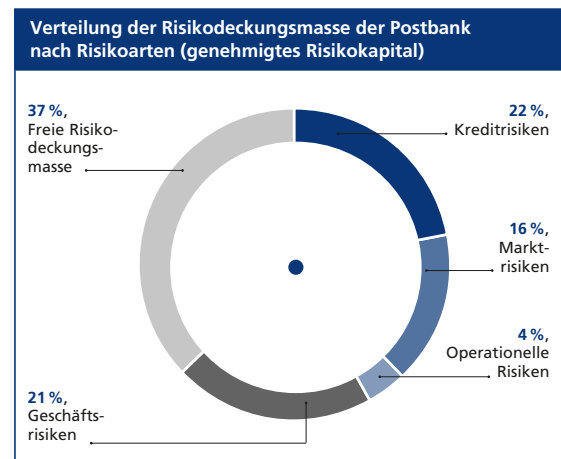
Mit Blick auf die Schwerpunkte des Risikomanagements der Postbank haben sich gegenüber der Darstellung im Konzernlagebericht 2015 keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Dabei unterliegen die im Konzernlagebericht 2015 dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. So wurde u. a. das zur Quantifizierung der Marktrisiken eingesetzte VaR-Modell im Verlauf des ersten Halbjahres in Bezug auf die Zinsrisikomodellierung vollständig an das aktuelle Niedrigzinsumfeld angepasst.

Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

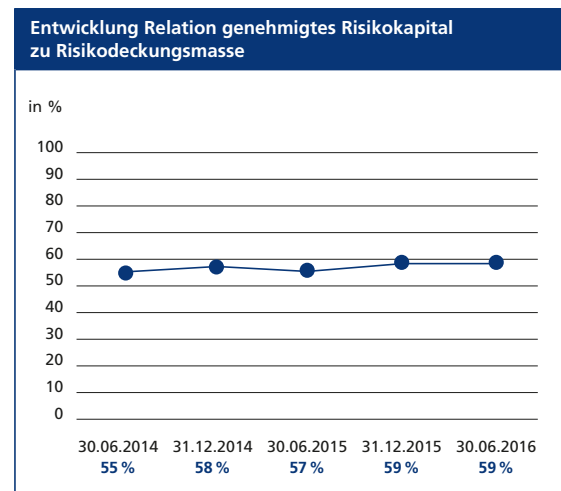
Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vor.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im ersten Halbjahr 2016 (Berechnung per 30. Juni 2016) stellt sich wie folgt dar:



Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 30. Juni 2016 und Vorjahresresultimo) werden in Note 33 des Konzernzwischenabschlusses dargestellt.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:



Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 59%. Insgesamt hat sich im ersten Halbjahr das gesamte allokierte Kapital im Vergleich zum Jahresende 2015 nicht verändert. Die Risikodeckungsmasse reduzierte sich leicht gegenüber dem 31. Dezember 2015, sodass sich die Auslastung im Jahresvergleich minimal erhöhte.

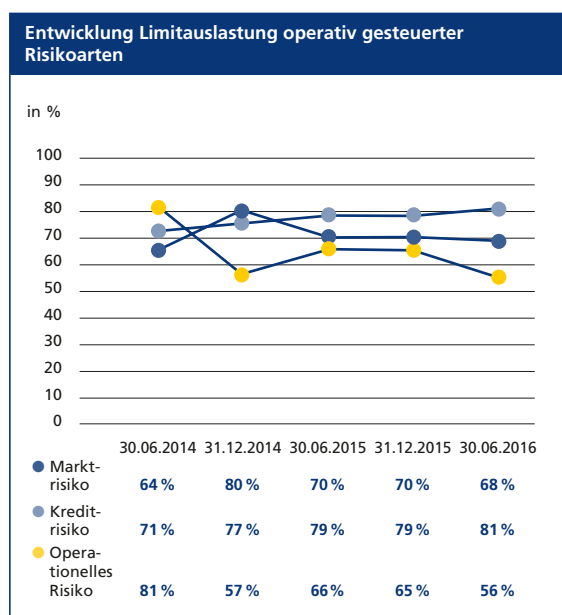
Auch in einer Going-Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse (freies Kernkapital) gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risiko-

konzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Für Marktrisiken wird derzeit ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) verwendet, das als Methode für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Der Stressed-VaR wird für den historischen Zeitraum 20. Juli 2011 bis 9. Juli 2012 ermittelt, da dieser historische Zeitraum, bezogen auf die aktuelle Positionierung der Bank, die „größte“ Stress-Periode darstellt. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite für die Gesamtbank und je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf. Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktives Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern. Als Folge dessen ist generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen.



Zum Stichtag 30. Juni 2016 betrug die Auslastung des für Marktrisiken im engeren Sinne genehmigten Risikokapitals 68 % und ist damit im Vergleich zum Vorjahresende nur leicht gesunken (31. Dezember 2015: 70 %). Die gesamthafte Credit-Spread-Sensitivität des Portfolios hat sich im ersten Halbjahr, auch unter Berücksichtigung einiger Umschichtungen zur Reduktion von Risikokonzentrationen, nur geringfügig verändert. Die Zinsrisikoposition wurde im gleichen Zeitraum leicht erhöht. Die Limitauslastung für Kreditrisiken lag zum 30. Juni 2016 bei 81 % (31. Dezember 2015: 79 %). Der

leichte Anstieg des Kreditrisikos resultiert aus einem höheren Geschäftsvolumen in den strategischen Geschäftsfeldern innerhalb der Segmente Retail Banking und Firmenkunden sowie einzelnen Ratingverschlechterungen. Kreditrisikominierend wirkte hingegen der Portfolioabbau im Segment Non Core Operating Unit. Die Verringerung der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 65 % zum Jahresultimo 2015 auf 56 % zum 30. Juni 2016 basiert u. a. auf einer Anpassung des OpRisk-Kapitalmodells (Verschiebung der Flankengrenze der Verlustverteilung im Geschäftsfeld Retail Banking von 6 Mio € auf 10 Mio €). Diese Anpassung war erforderlich, da sich die Struktur der vom ORX-Konsortium (Operational Riskdata eXchange Association) bezogenen externen Schäden signifikant verändert hat.

Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

Risikokonzentrationen

Im Hinblick auf die Identifikation, das Reporting und die Überwachung von Risikokonzentrationen sowie hinsichtlich der Projekte zur Verbesserung der Kreditportfoliosteuerung wird auf die Ausführungen im Konzernlagebericht 2015 verwiesen.

Durch die segmentspezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Im Segment Non Core Operating Unit hat die Postbank weitere Konzentrationsrisiken im Rahmen des Auslaufs von Beständen der Finanzanlagen reduziert.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

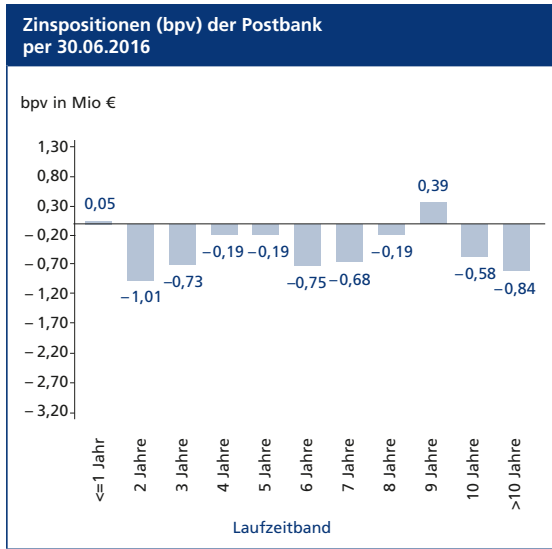
Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreportings der Postbank.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Konzernebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf VaR-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktrisiken bezeichnen die aus einer Marktzensänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstru-

mente. Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 30. Juni 2016 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Postbank zum 30. Juni 2016 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert.



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge der offenen Zinspositionen zum Stichtag 30. Juni 2016 über nahezu alle Laufzeitbereiche verteilen, allein im unterjährigen Bereich und im Laufzeitbereich von 9 Jahren dominieren passivische Zinsrisikoüberhänge. Der Gesamt-bpv lag zum 30. Juni 2016 bei -4,7 Mio € nach -4,0 Mio € am 31. Dezember 2015. Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen; die Zinssensitivitäten in anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der Postbank vorwiegend Zinsswaps. Das Risiko aus aktien- bzw. aktienindexabhängigen Beständen ist unverändert vernachlässigbar.

Überwachung von Marktrisiken

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den

einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt auf täglicher Basis. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Konzernebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 30. Juni 2016 liegen die Backtesting-Ergebnisse (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) auf Konzernebene mit drei „Ausreißern“ im grünen Bereich und bestätigen damit die grundsätzliche Angemessenheit des Marktrisikomodells.

Zur weiteren detaillierten Beschreibung der Methoden zur Messung und Limitierung der Marktrisiken wird auf die Ausführungen im Konzernlagebericht 2015 im Abschnitt „Überwachung und Steuerung von Marktrisiken“ des Risikoberichts verwiesen.

Stresstesting

Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Auch bei Eintreten des nachteiligsten der betrachteten historischen und hypothetischen Stressszenarien war das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital im ersten Halbjahr 2016 jederzeit ausreichend, um resultierende marktwertige Verluste zu decken.

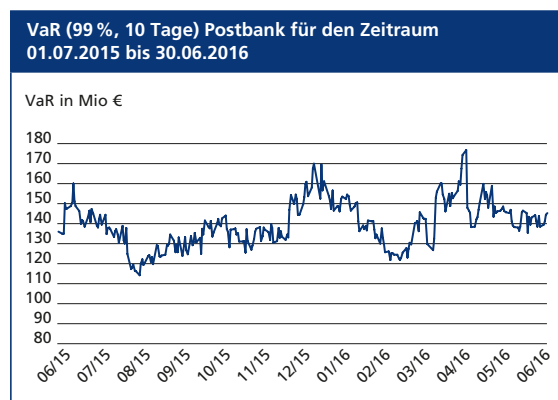
Risikokennzahlen

Für das erste Halbjahr 2016 (sowie für das zweite Halbjahr 2015) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank Konzern								
Konzern-VaR (10 Tage, 99%)	VaR am Halbjahresende		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	1. Halbjahr 2016 Mio €	2. Halbjahr 2015 Mio €	1. Halbjahr 2016 Mio €	2. Halbjahr 2015 Mio €	1. Halbjahr 2016 Mio €	2. Halbjahr 2015 Mio €	1. Halbjahr 2016 Mio €	2. Halbjahr 2015 Mio €
Zinsrisiken	72,5	87,9	78,5	102,8	39,7	38,2	63,4	62,1
Aktien-/Aktienindexrisiken	7,9	8,6	9,9	9,3	7,7	6,0	9,1	8,3
Währungsrisiken	5,6	3,4	8,6	7,1	3,2	1,9	4,4	5,3
Sonstige Marktrisiken (Spread)	94,2	105,2	120,3	115,2	89,3	93,6	103,1	102,6
Diversifikationseffekte	-35,3	-43,7	-55,9	-55,3	-0,5	-32,8	-36,8	-43,4
Gesamt	144,9	161,4	161,4	170,3	139,4	113,1	143,2	134,9

Zum 30. Juni 2016 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 145 Mio € (zum Vergleich: 161 Mio € per 31. Dezember 2015).

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Der VaR im Anlagebuch der Postbank ist im Wesentlichen durch die Risikofaktoren Zins- und Credit Spread getrieben. Nachdem die operativen VaR-Kennzahlen gegen Ende des Jahres 2015 – als Folge steigender Zinsvolatilitäten in Verbindung mit dem niedrigen Zinsniveau – angestiegen waren, sank der VaR im ersten Quartal 2016 wieder auf das Niveau von Mitte 2015. Gegen Ende des ersten Halbjahres stabilisierte sich der VaR auf einem Niveau in Höhe von ca. 140 Mio € bis 150 Mio €.

Das Handelsbuch der Postbank weist seit Mai 2014 keinen aktiven Bestand mehr auf. Neugeschäft in Handelsbuchgeschäften findet derzeit nicht statt.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Retail, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsfortfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt. Für eine detaillierte Darstellung wird auf den Konzernlagebericht 2015, Abschnitt „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“, verwiesen.

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Segmente zum 30. Juni 2016 im Vergleich zum Jahresende 2015 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital ¹	
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Retail Banking	74.704	74.947	308	318	888	877
Firmenkunden	15.372	14.495	48	41	395	354
Financial Markets	44.668	47.336	6	5	458	382
Non Core Operating Unit	7.235	8.989	7	8	513	581
Pensionsfonds	k.A.	k.A.	0	0	20	11
Gesamt	141.979	145.767	369	373	2.274	2.205

¹Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

Das Economic Capital (EC) ist im Vergleich zum Vorjahresultimo gestiegen, der Erwartete Verlust (EV) ist kaum verändert. In den strategischen Geschäftsfeldern innerhalb der Segmente Retail Banking und Firmenkunden sowie Financial Markets ist ein EC-Anstieg zu verzeichnen, der vor allem durch gestiegene Volumina (Ratenkredite, Commercial Mortgages, Firmenkundengeschäft) sowie einzelne Ratingverschlechterungen begründet ist. Der Rückgang des EV im Segment Retail Banking und der Anstieg bei Firmenkunden sind im Wesentlichen durch die Verschiebung des Geschäftskunden-Portfolios vom Segment Retail Banking zu den Firmenkunden verursacht. Der EC-Anstieg im Segment Financial Markets resultiert zu großen Teilen aus Reinvestments aus dem Portfolioabbau der Non Core Operating Unit.

Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ stellt das maximale Kreditrisiko zum 30. Juni 2016 im Vergleich zum 31. Dezember 2015 dar. Die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttoexposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungsstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten (ohne Berücksichtigung des Bilanzpostens „Risikovorsorge“) ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist.

Maximale Adressenausfallrisiken								
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag		Sicherheiten		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Kreditrisikominderung	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Handelsaktiva	770	647	64	88	–	–	706	559
Held for Trading	770	647	64	88	–	–	706	559
Derivate	705	556	–	–	–	–	705	556
Darlehen	65	91	64	88	–	–	1	3
Hedging-Derivate	167	78	–	–	–	–	167	78
Forderungen an Kreditinstitute	11.926	15.876	9.735	13.094	–	–	2.191	2.782
Loans and Receivables	11.926	15.876	9.735	13.094	–	–	2.191	2.782
Wertpapierpensionsgeschäfte	9.737	13.144	9.735	13.094	–	–	2	50
Tagesgelder	1.277	837	–	–	–	–	1.277	837
Darlehen	64	68	–	–	–	–	64	68
Namenschuldverschreibungen	296	425	–	–	–	–	296	425
Termingelder	500	1.100	–	–	–	–	500	1.100
Sonstige Forderungen	52	302	–	–	–	–	52	302
Forderungen an Kunden	99.975	98.397	73.930	74.058	700	814	25.345	23.525
Loans and Receivables	95.732	93.988	69.808	69.788	700	814	25.224	23.386
Private Baufinanzierungen	63.797	63.903	61.167	61.273	–	–	2.630	2.630
Bauspardarlehen	3.003	3.140	2.916	3.042	–	–	87	98
Gewerbliche Kredite	12.461	12.175	5.725	5.473	700	814	6.036	5.888
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.756	4.621	–	–	–	–	5.756	4.621
Ratenkredite	6.911	6.453	–	–	–	–	6.911	6.453
Kontokorrentkredite	2.240	2.176	–	–	–	–	2.240	2.176
Schuldscheindarlehen	1.549	1.485	–	–	–	–	1.549	1.485
Sonstige Forderungen	15	35	–	–	–	–	15	35
Fair-Value-Option	4.243	4.409	4.122	4.270	–	–	121	139
Private Baufinanzierungen	4.243	4.409	4.122	4.270	–	–	121	139
Finanzanlagen	30.900	30.769	–	–	–	–	30.900	30.769
Loans and Receivables	15.443	17.408	–	–	–	–	15.443	17.408
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.443	17.408	–	–	–	–	15.443	17.408
Available for Sale	15.457	13.361	–	–	–	–	15.457	13.361
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.125	13.035	–	–	–	–	15.125	13.035
Investmentfondsanteile	278	261	–	–	–	–	278	261
Beteiligungen	49	60	–	–	–	–	49	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	5	5	–	–	–	–	5	5
Zwischensumme	143.738	145.767	83.729	87.240	700	814	59.309	57.713
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	392	426	–	–	0	–	392	426
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	20.585	19.700	–	–	3	34	20.582	19.666
Widerrufliche Kreditzusagen	13.632	13.893	–	–	–	–	13.632	13.893
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.953	5.807	–	–	3	34	6.950	5.773
Gesamt	164.715	165.893	83.729	87.240	703	848	80.283	77.805

In der Tabelle sind zum ersten Halbjahr 2016 Netting-Effekte in Höhe von 9,0 Mrd € (31. Dezember 2015: 8,0 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten eingerechnet. Der zu berücksichtigende Bestand an Wertpapierpensionsgeschäften betrug zum 30. Juni 2016 5,9 Mrd € (31. Dezember 2015: 5,1 Mrd €).

Bei dem Ausweis zum Berichtsstichtag in der Position „Finanzanlagen“ handelt es sich in Höhe von 4,4 Mrd € um gedeckte Schuldverschreibungen (31. Dezember 2015: 4,9 Mrd €).

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgliedert nach Bilanzposition, Haltekategorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																
Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/Ver-sicherungen/Finanzdienst-leister		Staaten		Gewerb-liche Real-kredite		Dienst-leister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Handelsaktiva	65	91	448	319	-	-	114	97	33	35	24	22	86	83	770	647
Held for Trading	65	91	448	319	-	-	114	97	33	35	24	22	86	83	770	647
Derivate	0	0	448	319	-	-	114	97	33	35	24	22	86	83	705	556
Darlehen	65	91	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	65	91
Hedging-Derivate	-	-	167	78	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	167	78
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	11.926	15.876	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11.926	15.876
Loans and Receivables	-	-	11.926	15.876	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11.926	15.876
Wertpapier-pensionsgeschäfte	-	-	9.737	13.144	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.737	13.144
Tagesgelder	-	-	1.277	837	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.277	837
Darlehen	-	-	64	68	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	64	68
Namenschuld-verschreibungen	-	-	296	425	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	296	425
Termingelder	-	-	500	1.100	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	500	1.100
Sonstige Forderungen	-	-	52	302	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	52	302
Forderungen an Kunden	79.336	79.630	391	443	6.224	5.052	6.933	6.719	3.603	3.258	2.497	2.261	991	1.034	99.975	98.397
Loans and Receivables	75.096	75.224	391	443	6.224	5.052	6.933	6.719	3.602	3.257	2.497	2.261	989	1.032	95.732	93.988
Private Baufinan-zierungen	63.665	63.776	0	0	1	1	-	-	22	23	0	0	109	103	63.797	63.903
Bauspardarlehen	3.003	3.140	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.003	3.140
Gewerbliche Kredite	541	775	328	347	6	6	6.918	6.719	2.455	2.182	1.721	1.587	492	559	12.461	12.175
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	-	-	5.683	4.544	-	-	1	1	-	-	72	76	5.756	4.621
Ratenkredite	6.910	6.452	0	0	-	-	-	-	1	1	0	0	0	0	6.911	6.453
Kontokorrentkredite	977	1.081	21	69	0	0	15	-	686	574	389	352	152	100	2.240	2.176
Schuldschein-darlehen	-	-	42	27	534	501	-	-	436	470	387	322	150	165	1.549	1.485
Sonstige Forderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	1	6	-	-	14	29	15	35
Fair-Value-Option	4.240	4.406	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	4.243	4.409
Private Baufinan-zierungen	4.240	4.406	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	4.243	4.409
Finanzanlagen	-	-	11.387	12.632	16.401	15.658	-	-	1.615	1.140	771	685	726	654	30.900	30.769
Loans and Receivables	-	-	6.181	7.537	7.912	8.869	-	-	784	405	293	302	273	295	15.443	17.408
Schuldverschrei-bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	6.181	7.537	7.912	8.869	-	-	784	405	293	302	273	295	15.443	17.408
Available for Sale	-	-	5.206	5.095	8.489	6.789	-	-	831	735	478	383	453	359	15.457	13.361
Schuldverschrei-bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.903	4.778	8.489	6.789	-	-	831	735	478	383	424	350	15.125	13.035
Investmentfonds-anteile	-	-	278	261	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	278	261
Beteiligungen	-	-	25	56	-	-	-	-	0	0	-	-	24	4	49	60
Anteile an nicht kon-solidierten Tochter-unternehmen	-	-	-	0	-	-	-	-	-	0	-	-	5	5	5	5
Zwischensumme	79.401	79.721	24.319	29.348	22.625	20.710	7.047	6.816	5.251	4.433	3.292	2.968	1.803	1.771	143.738	145.767
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	7	26	13	6	-	-	7	7	214	227	84	102	67	58	392	426
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	17.537	17.059	123	64	63	29	463	140	1.383	1.345	738	696	278	367	20.585	19.700
Widerrufliche Kreditzusagen	12.437	12.611	13	32	-	-	-	-	595	671	399	415	188	164	13.632	13.893
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.100	4.448	110	32	63	29	463	140	788	674	339	281	90	203	6.953	5.807
Gesamt	96.945	96.806	24.455	29.418	22.688	20.739	7.517	6.963	6.848	6.005	4.114	3.766	2.148	2.196	164.715	165.893

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Handelsaktiva	511	439	255	206	4	2	770	647
Held for Trading	511	439	255	206	4	2	770	647
Derivate	446	348	255	206	4	2	705	556
Darlehen	65	91	–	–	–	–	65	91
Hedging-Derivate	5	5	101	51	61	22	167	78
Forderungen an Kreditinstitute	8.520	6.104	3.386	9.751	20	21	11.926	15.876
Loans and Receivables	8.520	6.104	3.386	9.751	20	21	11.926	15.876
Wertpapierpensionsgeschäfte	7.241	4.122	2.496	9.022	–	–	9.737	13.144
Tagesgelder	583	288	674	528	20	21	1.277	837
Darlehen	64	66	–	2	–	–	64	68
Namensschuldverschreibungen	98	227	198	198	–	–	296	425
Termingelder	500	1.100	–	–	–	–	500	1.100
Sonstige Forderungen	34	301	18	1	0	0	52	302
Forderungen an Kunden	92.624	91.085	6.656	6.603	695	709	99.975	98.397
Loans and Receivables	88.394	86.690	6.645	6.592	693	706	95.732	93.988
Private Baufinanzierungen	60.529	60.435	3.218	3.418	50	50	63.797	63.903
Bauspardarlehen	2.984	3.119	17	19	2	2	3.003	3.140
Gewerbliche Kredite	8.675	8.595	3.153	2.933	633	647	12.461	12.175
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.749	4.613	7	8	–	–	5.756	4.621
Ratenkredite	6.884	6.429	20	19	7	5	6.911	6.453
Kontokorrentkredite	2.230	2.167	9	7	1	2	2.240	2.176
Schuldscheindarlehen	1.329	1.303	220	182	–	–	1.549	1.485
Sonstige Forderungen	14	29	1	6	–	–	15	35
Fair-Value-Option	4.230	4.395	11	11	2	3	4.243	4.409
Private Baufinanzierungen	4.230	4.395	11	11	2	3	4.243	4.409
Finanzanlagen	11.590	11.542	18.836	18.737	474	490	30.900	30.769
Loans and Receivables	7.226	6.835	7.906	10.247	311	326	15.443	17.408
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.226	6.835	7.906	10.247	311	326	15.443	17.408
Available for Sale	4.364	4.707	10.930	8.490	163	164	15.457	13.361
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.036	4.383	10.926	8.488	163	164	15.125	13.035
Investmentfondsanteile	278	261	–	–	–	–	278	261
Beteiligungen	49	59	0	1	–	–	49	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	4	4	1	–	–	5	5
Zwischensumme	113.250	109.175	29.234	35.348	1.254	1.244	143.738	145.767
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	347	375	45	51	–	–	392	426
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	20.136	19.429	403	254	46	17	20.585	19.700
Widerrufliche Kreditzusagen	13.553	13.814	68	67	11	12	13.632	13.893
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.583	5.615	335	187	35	5	6.953	5.807
Gesamt	133.733	128.979	29.682	35.653	1.300	1.261	164.715	165.893

Die nachstehende Tabelle „Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder“ beinhaltet die Positionen der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien). Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte.

Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder ¹												
Land	Staaten		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister		Retail		Unternehmen ²		Sonstige ³		Gesamt	
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,5
Irland	600,0	362,1	47,7	47,2	2,0	2,6	49,3	47,7	23,0	27,6	722,0	487,2
Italien	3.298,1	3.268,6	217,6	840,7	1.866,2	2.087,1	381,5	371,8	0,0	0,0	5.763,4	6.568,2
Portugal	60,6	60,0	0,0	93,6	3,2	5,1	16,3	0,9	0,0	0,0	80,1	159,6
Spanien	601,9	64,1	297,2	604,3	24,3	34,3	180,5	127,4	0,0	0,0	1.103,9	830,1
Gesamt	4.560,6	3.754,8	562,5	1.585,8	1.896,8	2.130,6	627,6	547,8	23,0	27,6	7.670,5	8.046,6

¹Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

²Beinhaltet auch gewerbliche Immobilien

³Beinhaltet Investorverbriefungen

Die Postbank hielt zum 30. Juni 2016 keine der als Sicherheit hereingenommenen Wertpapiere mehr, die sie 2014 im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften von den Deutsche Bank Niederlassungen in Spanien und in Italien hereingenommen hatte (31. Dezember 2015: 6,0 Mrd €).

Wie bereits zum Vorjahresultimo hatte die Postbank auch zum Berichtsstichtag keine Credit Default Swaps gegenüber staatlichen Kreditnehmern im Bestand.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 30. Juni 2016 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ohne „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grund wird beim Ausweis in der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung der Postbank wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 93 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Handelsaktiva	–	–	42	37	220	297	272	74	126	108	45	40	705	556
Held for Trading	–	–	42	37	220	297	272	74	126	108	45	40	705	556
Derivate	–	–	42	37	220	297	272	74	126	108	45	40	705	556
Hedging-Derivate	–	–	–	–	167	78	–	–	–	–	–	–	167	78
Held for Trading	–	–	–	–	167	78	–	–	–	–	–	–	167	78
Forderungen an Kreditinstitute	463	121	1.009	350	9.486	15.112	909	157	13	59	46	77	11.926	15.876
Loans and Receivables	463	121	1.009	350	9.486	15.112	909	157	13	59	46	77	11.926	15.876
Wertpapierpensionsgeschäfte	–	–	932	300	8.621	12.778	184	66	–	–	–	–	9.737	13.144
Tagesgelder	339	–	66	43	752	730	119	12	–	18	1	34	1.277	837
Darlehen	21	19	–	–	–	4	–	–	4	2	39	43	64	68
Namenschuldverschreibungen	98	97	–	–	100	250	98	78	–	–	–	–	296	425
Termingelder	–	3	–	–	–	1.097	500	–	–	–	–	–	500	1.100
Sonstige Forderungen	5	2	11	7	13	253	8	1	9	39	6	0	52	302
Available for Sale	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden	5.303	5.232	3.138	2.665	1.493	1.625	5.912	4.883	3.826	3.226	554	707	20.226	18.338
Loans and Receivables	5.303	5.232	3.138	2.665	1.493	1.625	5.912	4.883	3.826	3.226	552	704	20.224	18.335
Private Baufinanzierungen	9	13	20	13	16	20	28	32	16	8	24	19	113	105
Bauspardarlehen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gewerbliche Kredite	1.042	1.848	971	967	1.333	1.451	4.635	3.648	3.176	2.646	467	543	11.624	11.103
Forderungen an öffentliche Haushalte	4.190	3.371	1.520	1.176	–	–	–	–	–	2	46	72	5.756	4.621
Ratenkredite	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	–
Kontokorrentkredite	30	–	117	–	51	58	507	511	465	385	–	35	1.170	989
Schuldscheindarlehen	32	–	510	509	93	96	742	692	169	185	–	–	1.546	1.482
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	15	35	15	35
Fair-Value-Option	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	3	2	3
Private Baufinanzierungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	3	2	3
Finanzanlagen	11.773	12.100	8.756	8.691	7.825	7.650	2.275	1.828	230	365	35	128	30.894	30.762
Loans and Receivables	5.170	5.659	4.559	4.735	4.408	5.851	1.138	870	162	286	–	–	15.437	17.401
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.170	5.659	4.559	4.735	4.408	5.851	1.138	870	162	286	–	–	15.437	17.401
Available for Sale	6.603	6.441	4.197	3.956	3.417	1.799	1.137	958	68	79	35	128	15.457	13.361
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.603	6.441	4.195	3.955	3.139	1.602	1.136	958	52	79	–	–	15.125	13.035
Investmentfondsanteile	–	–	–	–	278	197	–	–	–	–	–	64	278	261
Beteiligungen	–	–	2	1	–	–	–	–	16	–	31	59	49	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	–	–	–	–	–	–	1	–	–	–	4	5	5	5
Gesamt	17.539	17.453	12.945	11.743	19.191	24.762	9.368	6.942	4.195	3.758	680	952	63.918	65.610

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 30. Juni 2016 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingentwicklung auf.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Handelsaktiva	–	–	0	0	4	8	30	42	31	41	0	–	65	91
Held for Trading	–	–	0	0	4	8	30	42	31	41	0	–	65	91
Darlehen	–	–	0	0	4	8	30	42	31	41	0	–	65	91
Forderungen an Kunden	0	2	484	468	3.692	3.782	29.711	29.964	41.156	41.209	2.634	2.461	77.677	77.886
Loans and Receivables	0	2	470	453	3.397	3.478	27.622	27.779	39.371	39.334	2.600	2.461	73.460	73.507
Private Baufinanzierungen	0	0	108	115	2.802	2.804	25.124	25.027	32.751	32.873	1.914	1.936	62.699	62.755
Bauspardarlehen	0	0	49	52	512	538	1.582	1.653	723	745	29	20	2.895	3.008
Gewerbliche Kredite	0	2	307	277	6	31	120	291	79	146	27	28	539	775
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ratenkredite	0	0	2	6	49	60	577	570	5.213	4.964	586	407	6.427	6.007
Kontokorrentkredite	0	0	4	3	28	45	219	238	605	606	44	70	900	962
Schuldscheindarlehen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Fair-Value-Option	–	–	14	15	295	304	2.089	2.185	1.785	1.875	34	0	4.217	4.379
Private Baufinanzierungen	–	–	14	15	295	304	2.089	2.185	1.785	1.875	34	0	4.217	4.379
Gesamt	0	2	484	468	3.696	3.790	29.741	30.006	41.187	41.250	2.634	2.461	77.742	77.977

Die nachstehende Tabelle zeigt das valutierte Kredit-Exposure für das Portfolio Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen (LtV-Klassen).

Der LtV (Loan-to-Value) ermittelt sich als Verhältnis zwischen dem valuierten Kredit-Exposure je Darlehensnehmer und dem Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit. Der Wertansatz der jeweiligen Immobiliensicherheit basiert dabei auf dem aktuellen Objektwert, der sich aus der Fortschreibung des ursprünglichen Marktwertes auf den aktuellen Berichtsstichtag ergibt.

In die Berechnung des Loan-to-Value fließt das valutierte Kredit-Exposure der Forderungen des Portfolios Private Baufinanzierungen ein, für das eine Immobilienbesicherung besteht. Das valutierte Kredit-Exposure, das durch Bausparguthaben (6,1 % des Bestands, 31. Dezember 2015: 6,4 %) unterlegt oder durch Ersatzsicherheiten und blanko mit Negativerklärung (3,6 % des Bestands, 31. Dezember 2015: 4,2 %) besichert ist, fließt nicht in die LtV-Kalkulation ein.

Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen		
Loan-to-Value-Klasse	30.06.2016 in %	30.06.2015 in %
<= 50 %	29,8	30,8
> 50 %, <= 70 %	27,5	28,4
> 70 %, <= 90 %	25,8	25,2
> 90 %, <= 100 %	9,8	9,3
> 100 %, <= 110 %	5,5	4,8
> 110 %, <= 130 %	1,4	1,3
> 130 %	0,2	0,2
Gesamt	100,0	100,0

Zum 30. Juni 2016 verzeichneten 57,3 % des Bestands an privaten Baufinanzierungen einen LtV-Wert kleiner oder gleich 70 % (31. Dezember 2015: 59,2 %).

7,1 % des Gesamt-Exposures sind in den LtV-Klassen größer 100 % vertreten (31. Dezember 2015: 6,3 %). Hierbei handelt es sich um Forderungen, die durch Immobiliensicherheiten sowie ergänzend regelmäßig durch hoch liquide Zusatzsicherheiten besichert werden.

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 30. Juni 2016 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten												
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente								Gesamt	Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente		
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr					
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Forderungen an Kunden	192	248	28	31	41	55	128	129	389	463	365	361
Loans and Receivables	192	247	27	31	39	51	121	122	379	451	356	351
Private Baufinanzierungen	177	182	24	26	29	36	113	111	343	355	330	329
Bauspardarlehen	4	4	2	3	3	4	7	8	16	19	21	17
Gewerbliche Kredite	0	7	–	–	7	11	0	0	7	18	5	5
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	0	–	–	–	–	–	–	–	0	–	–
Ratenkredite	1	3	–	0	0	0	0	0	1	3	–	–
Kontokorrentkredite	10	51	1	2	0	0	1	3	12	56	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0
Fair-Value-Option	0	1	1	0	2	4	7	7	10	12	9	10
Private Baufinanzierungen	0	1	1	0	2	4	7	7	10	12	9	10
Gesamt	192	248	28	31	41	55	128	129	389	463	365	361

Wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 30. Juni 2016 und 31. Dezember 2015 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Wertberichtigungen gebildet wurden. Für Forderungen an Kreditinstitute wurden keine Wertberichtigungen gebildet. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Forderungen an Kunden	1.683	1.710	765	725	918	985	680	796
Loans and Receivables	1.669	1.695	765	725	904	970	667	782
Private Baufinanzierungen	642	688	232	263	410	425	488	569
Bauspardarlehen	92	113	3	3	89	110	75	104
Gewerbliche Kredite	291	279	145	144	146	135	104	109
Ratenkredite	483	443	251	193	232	250	–	–
Kontokorrentkredite	158	169	134	122	24	47	–	–
Schuldscheindarlehen	3	3	–	–	3	3	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–
Fair-Value-Option	14	15	–	–	14	15	13	14
Private Baufinanzierungen	14	15	–	–	14	15	13	14
Finanzanlagen	64	69	58	62	6	7	–	–
Loans and Receivables	64	69	58	62	6	7	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	64	69	58	62	6	7	–	–
Gesamt	1.747	1.779	823	787	924	992	680	796

Insgesamt ist der Rückgang der wertgeminderten Finanzinstrumente im ersten Halbjahr 2016 mit einer Reduktion insbesondere im Bereich der Baufinanzierungen zu begründen.

Forborne und Non-Performing Exposure

Die nachstehende Tabelle zeigt für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ – getrennt nach Forborne und Non-Forborne Exposure – die Werte für Performing und Non-Performing Loans.

Forborne- und Non-Performing-Forderungen an Kunden										
Finanzinstrumente der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“	Performing Loans		Non Performing Loans						Gesamt	
	nicht wertberichtigt		wertberichtigt		nicht wertberichtigt		Summe			
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Forborne	333	323	381	395	104	94	485	489	818	812
Loans and Receivables	330	320	381	395	102	94	483	489	813	809
Private Baufinanzierungen	49	54	19	20	51	50	70	70	119	124
Bauspardarlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Kredite	22	35	174	203	0	3	174	206	196	241
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ratenkredite	198	185	128	111	49	38	177	149	375	334
Kontokorrentkredite	61	46	57	58	2	3	59	61	120	107
Schuldscheindarlehen	0	0	3	3	0	0	3	3	3	3
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Fair-Value-Option	3	3	0	0	2	0	2	0	5	3
Private Baufinanzierungen	3	3	0	0	2	0	2	0	5	3
Non Forborne	97.075	95.442	1.302	1.315	780	821	2.082	2.136	99.157	97.578
Loans and Receivables	92.922	91.125	1.288	1.300	709	747	1.997	2.047	94.919	93.172
Private Baufinanzierungen	62.493	62.534	623	668	562	570	1.185	1.238	63.678	63.772
Bauspardarlehen	2.831	2.939	92	113	80	88	172	201	3.003	3.140
Gewerbliche Kredite	12.105	11.775	117	76	50	70	167	146	12.272	11.921
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.749	4.587	0	0	0	0	0	0	5.749	4.587
Ratenkredite	6.169	5.789	355	332	12	11	367	343	6.536	6.132
Kontokorrentkredite	2.014	1.950	101	111	5	8	106	119	2.120	2.069
Schuldscheindarlehen	1.546	1.482	0	0	0	0	0	0	1.546	1.482
Sonstige Forderungen	15	69	0	0	0	0	0	0	15	69
Fair-Value-Option	4.153	4.317	14	15	71	74	85	89	4.238	4.406
Private Baufinanzierungen	4.153	4.317	14	15	71	74	85	89	4.238	4.406
Gesamt	97.408	95.765	1.683	1.710	884	915	2.567	2.625	99.975	98.390

Für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ betrug das Forborne Exposure zum 30. Juni 2016 insgesamt 818 Mio € (31. Dezember 2015: 812 Mio €), wobei die leichte Erhöhung insbesondere auf einen spürbaren Anstieg der Raten- und Kontokorrentkredite zurückzuführen ist, der durch einen signifikanten Rückgang bei gewerblichen Krediten teilweise kompensiert wird. Das Non-Performing Exposure lag zum Berichtsstichtag bei 2.567 Mio € (31. Dezember 2015: 2.625 Mio €). Der Rückgang betrifft insbesondere die Produkte der privaten Baufinanzierung, gewerbliche Kredite und Kontokorrentkredite.

Ergänzend zu dem Ausweis in der obigen Tabelle, verzeichnete die Postbank per 30. Juni 2016 ein Non-Performing Exposure in Höhe von 2 Mio € Handelsaktiva und 7 Mio € Finanzanlagen (davon 7 Mio € Forborne Exposure).

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die synthetische Verbriefungstransaktion PB Domicilio 2007-1 der BHW Bausparkasse AG mit einem Volumen von 327 Mio € (aufsichtsrechtliche Bemessungsgrundlage) in Form einer Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien, bezogen auf Italien, führt einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Reduktion von Risikokonzentrationen. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolving Adressenausfallrisiken durchgeführt.

Die nachfolgenden Originator-Verbriefungstransaktionen wurden gekündigt, befinden sich in der Deferred Redemption und werden daher regulatorisch nicht berücksichtigt. Zum Berichtsstichtag waren folgende Bestände (Class Principal Amount after Distribution) ausstehend:

Provide Blue 2005-1	9,9 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
Provide Blue 2005-2	27,7 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicile 2006-1	19,9 Mio €	(Deutsche Postbank AG)

Die Postbank tritt in geringem Umfang als Investor im Bereich zurückgenommener Eigenverbriefungen auf. Das Portfolio hatte per 30. Juni 2016 einen – bedingt durch Tilgungen verringerten – Buchwert in Höhe von 23 Mio € (Stand per 31. Dezember 2015: 28 Mio €). Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe von Arranger Quotes bzw. eines eigenen Bewertungsmodells. Nähere Angaben zur Bewertung enthält Note 4h des Konzernanhangs zum Konzernabschluss 2015.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Steuerung des Liquiditätsrisikos und des hierfür erforderlichen Liquiditätspuffers erfolgt zentral im Ressort Firmen und Märkte der Deutsche Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG steuert ihre Risiken eigenständig, ist jedoch Teil der konzernweiten Risikoüberwachung auf Basis einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion des „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Postbank Konzernebene besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassungen.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden über eine breite, stabile Refinanzierungsbasis aus dem Kundengeschäft und ist weitgehend unabhängig vom Geld- und Kapitalmarkt.

Aufgrund fehlender verbindlicher Gewichtungsfaktoren zur Ermittlung der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wurde, auf Datenbasis der CRR-Meldung für die Postbank, zuletzt per 31. Dezember 2015, eine Simulation der Haupttreiber mit an den quantitativen Auswirkungstudien des Basler Komitees (QIS) angelehnten Gewichtungsfaktoren durchgeführt und so eine NSFR von 109 % ermittelt. An der QIS des Basler Komitees nimmt die Postbank selbst nicht teil. Die Daten der Postbank werden diesbezüglich durch die Deutsche Bank auf Gruppenebene mit erfasst.

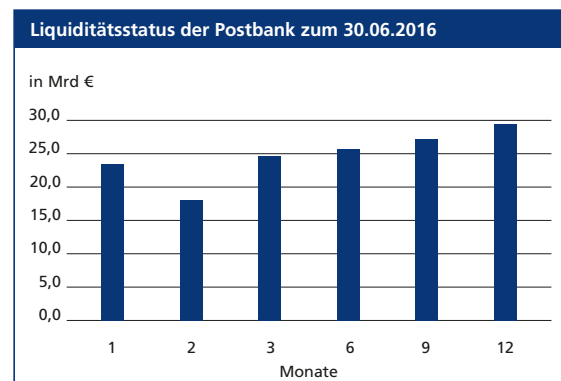
Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 30. Juni 2016 sowie zum 31. Dezember 2015, differenziert nach Restlaufzeiten.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Nicht-derivative Verbindlichkeiten	43.891	61.730	44.353	48.508	21.480	20.804	16.528	15.885	15.061	17.317	141.313	164.244
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	333	64	3.781	5.574	1.402	661	5.548	5.453	5.007	4.898	16.071	16.650
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.557	41.540	40.479	42.372	19.878	19.192	7.460	7.796	6.097	7.168	117.471	118.068
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	51	82	84	121	2.673	1.711	1.132	2.181	3.940	4.095
Nachrangkapital	1	–	42	14	116	830	847	925	2.825	3.070	3.831	4.839
Sonstige Passiva	–	–	655	466	–	–	–	–	–	–	655	466
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	412	426	–	–	–	–	–	–	–	–	412	426
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	20.585	19.700	–	–	–	–	–	–	–	–	20.585	19.700
Widerrufliche Kreditzusagen	13.632	13.893	–	–	–	–	–	–	–	–	13.632	13.893
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.953	5.807	–	–	–	–	–	–	–	–	6.953	5.807
Derivative Verbindlichkeiten	0	0	108	131	49	82	353	310	363	349	873	872
Hedging-Derivate	0	0	39	46	7	18	79	75	66	69	191	208
Handelspassiva	0	0	69	85	42	64	274	235	297	280	682	664
Gesamt	43.891	61.730	44.461	48.639	21.529	20.886	16.881	16.195	15.424	17.666	142.186	165.116

Hierbei werden die vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber – statistisch gemessen – deutlich länger zur Verfügung stehen.

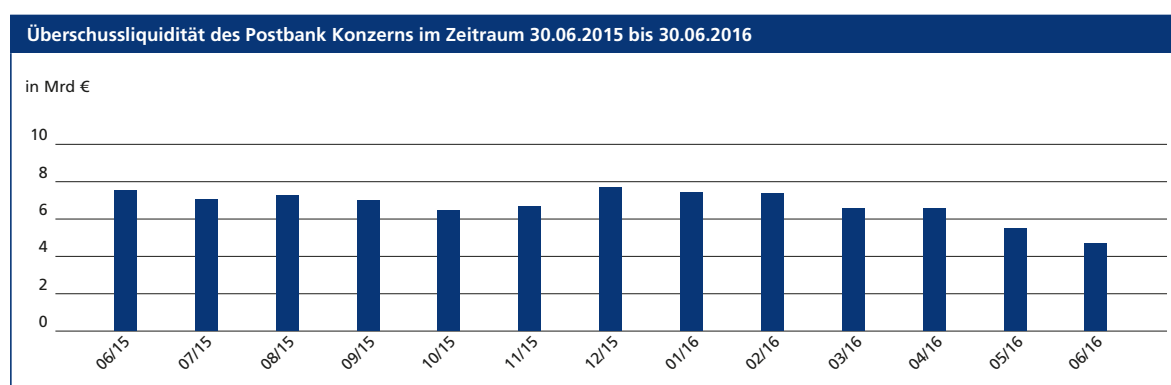
Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus der Postbank zum 30. Juni 2016 eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten

Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Überschussliquidität im MaRisk-Szenario, in welcher der Risikoappetit der Bank bereits berücksichtigt ist, zeigt die komfortable Liquiditätslage. Der folgenden Grafik sind jeweils die Monatstiefststände der Überschussliquidität vom 30. Juni 2015 bis zum 30. Juni 2016 zu entnehmen. Die Überschussliquidität lag im ersten Halbjahr 2016 stets über 4,7 Mrd €.



Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das EC-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene lag zum zweiten Quartal 2016 unverändert bei 700 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im ersten Halbjahr 2016 mit rund 53 Mio € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (erstes Halbjahr 2015: 39 Mio €) gestiegen.

Wesentliche Treiber der Schadenfallentwicklung im ersten Halbjahr 2016 waren die im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt immer noch hohe Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der inzwischen eingestellten Vermittlung von geschlossenen Fonds sowie Klagen und Beschwerden zu Widerrufsbegehren bei privaten Baufinanzierungen. Die Schäden aus externen Betrugsdelikten liegen auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Die bereits in den Vorjahren ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen haben sich weiterhin bewährt.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Retail Banking	263	308
Firmenkunden	38	36
Financial Markets	92	110
Postbank Gesamt	393	454

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privatkundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich mit 263 Mio € (per 31. Dezember 2015: 308 Mio €) im Geschäftsfeld Retail Banking. Auf die im Rahmen der OpRisk-Kapitalmodellierung relevanten Portfolios der Non Core Operating Unit (NCOU), die vollständig dem Retail Banking zuzuordnen sind, entfallen 105 Mio €.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) mit präventiven und reaktiven Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette. Ziel ist es, durch die Entwicklung und die anschließende Implementierung von BCM-Plänen (sogenannten Notfallplänen) die Fortführung, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Widerstandsfähigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank in besonderen Ereignisfällen, wie z. B. in Notfällen, zu gewährleisten. Regelmäßige BCM-bezogene Risikoidentifizierungen/-bewertungen (Risk Identification and Assessments, RIA) und Geschäftsauswirkungsanalysen (Business-Impact-Analysen, BIA), bezogen auf die Hauptaufgaben/-geschäftsprozesse, bilden die Planungsgrundlage. Die Funktionsfähigkeit der Notfallplanung wird kontinuierlich überprüft, überwacht und dokumentiert.

Laufende Rechtsverfahren

Die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutsche Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, sind weiterhin anhängig, nach Auffassung der Deutsche Postbank AG jedoch unbegründet.

PROGNOSEBERICHT

Entwicklung der Rahmenbedingungen

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte im weiteren Verlauf des Jahres verhalten bleiben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für 2016 einen Zuwachs der globalen Wirtschaftsleistung um 3,1 %. Damit hat er seine Wachstumsprognose im Vergleich zu seinem World Economic Outlook vom April dieses Jahres leicht abgesenkt. Der wesentliche Grund hierfür ist die Entscheidung des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU, da die hiervon ausgehenden beträchtlichen Unsicherheiten vor allem die entwickelten europäischen Volkswirtschaften belasten dürften. Insgesamt dürfte sich die Wachstumsdynamik in den Industrieländern im Jahr 2016 aber nicht wesentlich verändern. Auch in den Emerging Markets dürfte das Wachstumstempo annähernd gleich bleiben, bei allerdings weiterhin großen Unterschieden von Land zu Land.

In den USA dürfte die Konjunktur im weiteren Jahresverlauf wieder stärker Tritt fassen. Privater Verbrauch und Wohnungsbauinvestitionen sollten weiterhin solide wachsen. Auch die Unternehmensinvestitionen dürften wieder ausgeweitet werden, da der vom Energiesektor ausgehende Abwärtsdruck auf die Investitionen angesichts des wieder etwas höheren Rohölpreises allmählich nachlassen sollte. Zugleich dürfte der Außenhandel das Wachstum leicht belasten. Als Folge des schwachen Jahresauftakts haben sich die Aussichten für das Gesamtjahr 2016 spürbar eingetrübt. Das BIP-Wachstum dürfte mit 1,7 % deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben.

Im Euroraum sollte sich die konjunkturelle Erholung fortsetzen. Wesentliche Impulse dürften auch weiterhin vom privaten Verbrauch ausgehen. Zudem sollten die Bruttoanlageinvestitionen gesteigert werden. Dagegen werden die Exporte aufgrund der mäßigen globalen Nachfrage wohl schwächer wachsen als im Vorjahr und auch schwächer als die Importe. Der Außenhandel dürfte das Wachstum somit spürbar bremsen. Für das Gesamtjahr rechnen wir im Vergleich zum Vorjahr mit einem geringfügigen Rückgang des BIP-Wachstums auf 1,5 %. Leichte Abwärtsrisiken für diese Prognose resultieren aus der Entscheidung des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU im Juni 2016, sofern die Unternehmen darauf bereits kurzfristig mit einer Einschränkung ihrer Investitionen reagieren sollten.

Konjunkturausblick für Deutschland

Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex weisen darauf hin, dass sich der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland mit weitgehend unveränderter Dynamik fortsetzt. Allerdings dürfte die Aussagekraft von Stimmungskennindikatoren derzeit eingeschränkt sein, da die bislang vorliegenden Ergebnisse fast durchgehend auf Befragungen basieren, die vor dem EU-Referendum in Großbritannien abgeschlossen wurden. Für das laufende Jahr gehen wir aber davon aus, dass die hiervon potenziell ausgehenden, dämpfenden Effekte eng begrenzt bleiben sollten. Positive Wachstumsimpulse sollten auch weiterhin von der Binnenfrage ausgehen. Beschäftigung und Einkommen dürften spürbar steigen, was bei sehr niedriger Inflation zu einem anhaltenden, deutlichen Zuwachs der Realeinkommen führen wird. In der Folge sollte der private Verbrauch kräftig zulegen. Bruttoanlageinvestitionen und Staatskonsum dürften ebenfalls spürbar steigen. Dagegen wird der Außenhandel das BIP-Wachstum 2016 aufgrund der mäßigen globalen

Nachfrage aller Voraussicht nach deutlich bremsen. In der Summe rechnen wir mit einer Steigerung des deutschen BIP um 1,8 %. Die Arbeitslosenquote könnte im weiteren Verlauf des Jahres 2016 aufgrund der infolge des Zustroms an Flüchtlingen steigenden Anzahl an Erwerbspersonen zwar leicht steigen – dennoch dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,4 % auf 6,2 % zurückgehen.

Unsere Wachstumsprognosen für 2016 haben wir im Vergleich zu unserem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2015 für Deutschland, die EWU und die USA jeweils moderat gesenkt.

Die europäischen Kapitalmärkte sind derzeit mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren konfrontiert. Hierzu zählt in erster Linie die Entscheidung des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU im Juni 2016. Vielfach wird befürchtet, dass dadurch nicht nur die Wachstumsperspektiven Großbritanniens, sondern auch die des Euroraums spürbar beeinträchtigt werden. Dies wiederum könnte nicht nur die Bank of England, sondern unter Umständen auch die EZB veranlassen, zusätzliche expansive Maßnahmen zu ergreifen. In diesem Umfeld könnte dann auch die US-Notenbank die avisierte Straffung ihrer Geldpolitik weiter hinauszögern. Hinzu kommen Sorgen um die Stabilität des Bankensektors, insbesondere in Italien, sowie Skepsis hinsichtlich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses in einzelnen Staaten aus der sogenannten Peripherie der Eurozone. In der Summe spricht dies für ein anhaltend niedriges Renditeniveau bei als sicher geltenden Anlagen. Gleichzeitig birgt diese Situation das Risiko, dass sich die Renditeaufschläge für Staatsanleihen aus der EWU-Peripherie weiter ausweiten. Allerdings sollte das Ausweitungspotenzial aufgrund der anhaltenden Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB begrenzt bleiben.

Wir rechnen vonseiten der EZB bis zum Jahresende 2016 mit einem Beibehalten des Niveaus aller Leitzinsen. Zudem dürfte die EZB die im März nochmals ausgeweiteten Maßnahmen im Rahmen des Quantitative Easing planmäßig durchführen. Eine erneute Aufstockung des Maßnahmenpakets erwarten wir vorläufig nicht, zumal die EZB mit der Umsetzung einzelner Maßnahmen erst im Juni begonnen hat. Allerdings könnte sie die Laufzeit des Anleiheankaufprogramms, die bislang auf mindestens bis März 2017 festgelegt ist, vorzeitig verlängern. Die Verabschiedung weitergehender Maßnahmen ist jedoch nicht gänzlich auszuschließen, insbesondere wenn sich abzeichnen sollte, dass die Entscheidung des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der Europäischen Union (EU) im Juni 2016 deutlich negative Effekte auf Wachstum und Inflation haben könnte. Die US-Notenbank dürfte den avisierten geldpolitischen Straffungskurs weiter verfolgen, dabei aber sehr vorsichtig agieren. Wir rechnen mit einer US-Leitzinserhöhung um 25 Basispunkte bis Ende 2016. Der deutsche Kapitalmarkt dürfte von der starken Verunsicherung auch im weiteren Jahresverlauf profitieren. Für die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen rechnen wir nur mit einem sehr leichten Anstieg bis zum Jahresende 2016 auf einen Wert von 0,1 %. Die Zinsstrukturkurve dürfte, ausgehend vom aktuellen Stand, bis zum Jahresende über das lange Ende geringfügig steiler werden.

Insgesamt erwarten wir per Ultimo 2016 ein deutlich niedrigeres Renditeniveau als zum Zeitpunkt unseres Konzernlageberichts 2015 prognostiziert.

Branchensituation

Das anhaltend niedrige Zinsniveau im Euroraum dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken erheblich erschweren. Bis Ende 2016 erwarten wir keinen signifikanten Zinsanstieg, so dass eine Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwer fallen dürfte. Dies gilt vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment unverändert ein harter Wettbewerb herrscht, der Zins- und Provisionsergebnis belastet. Im Kreditgeschäft mit diesen Kundengruppen sind zudem nur moderate Zuwächse zu erwarten. Deutliche Steigerungen von Provisions- und Zinsüberschuss sollten daher nur bedingt erreichbar sein. Die hohe Volatilität an den Kapitalmärkten belastet das Handelsgeschäft. Allerdings können sich die niedrigen Finanzierungskosten positiv auf das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien auswirken sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies sollte sich positiv auf die Erträge im Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2016 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen. Die Mittel, welche die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen, belasten die Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich. Viele Banken investieren zudem in die Digitalisierung zahlreicher Prozesse. Dies bindet zwar Ressourcen, erscheint zur Festigung der Kundenbeziehungen und als Reaktion auf neue Wettbewerber aus der digitalen Welt aber als notwendig.

Die Entscheidung des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU könnte auch zu einer Belastung deutscher Banken führen. Durch die gestiegene Unsicherheit im Zusammenhang mit den vielen noch ungeklärten Fragen des EU-Austritts erhöht sich das Risiko einer Wachstumsverlangsamung in Großbritannien und bei wichtigen Handelspartnern in Kontinentaleuropa. Dies könnte dazu führen, dass die Notenbanken ihre Niedrigzinspolitik für eine noch längere Zeit fortsetzen. Gleichzeitig sinkt bei einer Wachstumsverlangsamung in der Regel auch das Potenzial für eine Ausweitung der Kreditvergabe, während sich das Risiko von Kreditausfällen erhöhen kann. Zudem kann der mit einer erhöhten Unsicherheit an den Märkten verbundene Anstieg der Volatilität das Handelsgeschäft der Banken beeinträchtigen.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarkts mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch Ende 2016 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten weiterhin überwiegend innerhalb der jeweiligen Sektoren unter Beteiligung überwiegend kleinerer Institute erfolgen.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse deutscher Kreditinstitute können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten, insbesondere im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen, belastet werden.

Ausblick für den Postbank Konzern**Investitionsschwerpunkte**

Nachdem der Investitionsschwerpunkt im ersten Halbjahr 2016 auf der Herstellung der operativen Eigenständigkeit von der Deutschen Bank lag, wird in der zweiten Jahreshälfte die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Postbank im Fokus stehen. Neben der Investition in eine moderne Infrastruktur der Filialen mit zusätzlichen Selbstbedienungs-

möglichkeiten für unsere Kunden ist geplant, weitere Finanzmittel zur Stärkung des Wachstums ausgewählter Produktbereiche, zur Steigerung der digitalen Effizienz und zur Stärkung der Neugeschäftsabschlüsse über digitale Kanäle aufzuwenden. Dazu zählt neben der Optimierung digital gestützter Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozesse auch die Stärkung der Effizienz in Front- und Backoffice sowie in Zentralbereichen.

Zugleich wird es nach wie vor notwendig sein, Investitionen zur Einhaltung regulatorischer Vorgaben vorzunehmen. Dazu zählt u. a. die Umsetzung der Anforderungen aus den internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 9), der neu gefassten EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), der Richtlinien über Konten- und Zahlungsdienste (PAD/PSD), der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), Basel III/IV sowie der Vorgaben der EZB und der BaFin.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Es ist weiterhin zu erwarten, dass auf Basis der aktuellen Einschätzungen die Ergebnisse zur Mitarbeiterzufriedenheit und zur Kundenzufriedenheit 2016 zumindest das Niveau aus dem Jahr 2015 erreichen werden. Diese Prognose unterstellt keine grundlegenden Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Postbank.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation sowie der finanziellen Leistungsindikatoren des Postbank Konzerns

Aus der Entscheidung des Referendums im Juni 2016 in Großbritannien zum Austritt aus der Europäischen Union sollten nach unserer Prognose kurz- bis mittelfristig keine materiellen Ergebniseffekte für die Postbank erwachsen, da die Postbank ein auf Deutschland fokussiertes Geschäftsmodell besitzt und der Kreditportfolioanteil von Kreditnehmern aus Großbritannien nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Im Hinblick auf den erwarteten Geschäftsverlauf des Postbank Konzerns im Geschäftsjahr 2016 gehen wir per 30. Juni 2016 gegenüber der Darstellung im Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2015 unverändert von einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern um einen niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag aus.

Für einzelne Ergebniskomponenten ergibt sich jedoch zum 30. Juni 2016 eine veränderte Erwartung im Vergleich zur Prognose im Konzernlagebericht 2015:

Vor dem Hintergrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus gehen wir entgegen unserer ursprünglichen Annahme (moderat steigender Zinsüberschuss) nunmehr von einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss für das Geschäftsjahr 2016 aus.

Gleichzeitig ändern wir unsere bisherige Prognose zur Risikovorsorge (bisherige Annahme: deutlich steigend) hin zu einer positiveren Entwicklung, indem jetzt sogar von einer leicht rückläufigen Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2016 ausgegangen werden kann. Ursächlich dafür sind zum einen das insgesamt weiterhin positive makroökonomische Umfeld und zum anderen das im Vergleich zu den Erwartungen geringere Wachstum der Forderungen an Kunden, das auf eine – durch das Niedrigzinsniveau motivierte – erhöhte Tilgungsaktivität bei Bestandsfinanzierungen zurückzuführen ist.

Entgegen unserem Prognosebericht für das Gesamtjahr 2016 erwarten wir für den Provisionsüberschuss anstatt eines

deutlichen Anstiegs nur noch ein spürbares Wachstum. Dies ist insbesondere auf die allgemeine Kapitalmarktvolatilität und die hierdurch bedingte Zurückhaltung der Kunden im Wertpapiergeschäft zurückzuführen. Für das Finanzanlageergebnis bzw. das Handelsergebnis halten wir an unserer Prognose eines deutlichen Anstiegs bzw. eines deutlich rückläufigen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2016 fest.

Aufgrund des disziplinierten Kostenmanagements samt eingeleiteter Kostensparmaßnahmen erwarten wir, abweichend von unserer ursprünglichen Annahme eines spürbaren Anstiegs der Verwaltungsaufwendungen, nunmehr nur noch eine moderate Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen, die auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften sowie die Aufwendungen aus der EU-Einlagensicherung zurückzuführen ist.

Für das bereinigte Ergebnis gehen wir Ende des ersten Halbjahres nun nicht mehr von einem moderaten, sondern von einem deutlichen Rückgang aus. Ebenfalls korrigieren wir den im Konzernlagebericht 2015 prognostizierten Rückgang des Konzerngewinns um einen niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag hin zu einem Rückgang um einen mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag, insbesondere getrieben durch das gegenüber dem Zeitpunkt unserer Prognose deutlich niedrigere Zinsniveau.

Unsere Erwartungen für die zentralen finanziellen Leistungsindikatoren bleiben stabil – wir gehen weiterhin von einem deutlichen Rückgang des Return on Equity vor Steuern und einem Anstieg der Cost Income Ratio aus.

Bei den regulatorischen Kennzahlen erwarten wir weiterhin eine stabile Entwicklung der harten Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und der Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in).

INHALTSVERZEICHNIS

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 30. JUNI 2016	44	ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT	46	(12) Forderungen an Kreditinstitute	59
VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT	47	(13) Forderungen an Kunden	59
BILANZ ZUM 30. JUNI 2016	48	(14) Kreditvolumen	59
EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	49	(15) Risikovorsorge	60
VERKÜRZTE KAPITALFLUSSRECHNUNG	50	(16) Handelsaktiva	60
		(17) Finanzanlagen	60
ERLÄUTERUNGEN – NOTES		(18) Immaterielle Vermögenswerte	61
(1) Segmentberichterstattung	51	(19) Sachanlagen	61
		(20) Sonstige Aktiva	61
ALLGEMEINE ANGABEN		(21) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61
(2) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	53	(22) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62
(3) Konsolidierungskreis	54	(23) Verbriefte Verbindlichkeiten	62
		(24) Handelspassiva	62
ERLÄUTERUNGEN ZUR GESAMTERGEBNISRECHNUNG		(25) Rückstellungen	62
(4) Zinsüberschuss	56	(26) Sonstige Passiva	62
(5) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	57	(27) Nachrangkapital	63
(6) Provisionsüberschuss	57		
(7) Handelsergebnis	58	SONSTIGE ANGABEN	
(8) Ergebnis aus Finanzanlagen	58	(28) Eventual- und andere Verpflichtungen	63
(9) Verwaltungsaufwand	58	(29) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	63
(10) Sonstige Erträge	58	(30) Derivative Finanzinstrumente	69
(11) Sonstige Aufwendungen	58	(31) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	70
		(32) Kapitalmanagement, Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	72
		(33) Risikokapital	73
		(34) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	74
		(35) Namen der Organmitglieder	76

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 30. JUNI 2016

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 ¹ Mio €
Zinserträge	(4)	2.084	2.211
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	(4)	13	7
Zinsaufwendungen	(4)	-891	-959
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	(4)	-23	-7
Zinsüberschuss	(4)	1.183	1.252
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(5)	-76	-81
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.107	1.171
Provisionserträge	(6)	548	537
Provisionsaufwendungen	(6)	-150	-145
Provisionsüberschuss	(6)	398	392
Handelsergebnis	(7)	9	25
Ergebnis aus Finanzanlagen	(8)	174	44
Verwaltungsaufwand	(9)	-1.484	-1.283
Sonstige Erträge	(10)	52	190
Sonstige Aufwendungen	(11)	-90	-288
Ergebnis vor Steuern		166	251
Ertragsteuern		-25	-13
Ergebnis nach Steuern		141	238
Ergebnis Konzernfremde		0	0
Konzerngewinn		141	238
Bereinigtes/unbereinigtes Ergebnis je Aktie in € ²		0,64	1,09

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	141	238
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-9	-97
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-93	-6
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-93	-6
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	12	1
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	72	-92
Veränderung der Neubewertungsrücklage	72	-92
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	152	-95
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	-80	3
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	0	0
Gesamtergebnis Konzernfremde	0	0
Gesamtergebnis	132	141

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2016			2015 ¹		
	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €
Zinserträge	1.049	1.035	1.034	1.085	1.098	1.113
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	7	6	4	4	4	3
Zinsaufwendungen	-455	-436	-502	-462	-464	-495
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	-13	-10	-7	-5	-4	-3
Zinsüberschuss	588	595	529	622	634	618
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-35	-41	-64	-64	-27	-54
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	553	554	465	558	607	564
Provisionserträge	266	282	259	278	258	279
Provisionsaufwendungen	-74	-76	-74	-69	-81	-64
Provisionsüberschuss	192	206	185	209	177	215
Handelsergebnis	0	9	21	10	-1	26
Ergebnis aus Finanzanlagen	130	44	-30	13	15	29
Verwaltungsaufwand	-744	-740	-831	-612	-635	-648
Sonstige Erträge	23	29	588	111	101	89
Sonstige Aufwendungen	-63	-27	-209	-149	-144	-144
Ergebnis vor Steuern	91	75	189	140	120	131
Ertragsteuern	-16	-9	44	-4	-6	-7
Ergebnis nach Steuern	75	66	233	136	114	124
Ergebnis Konzernfremde	0	0	-1	0	0	0
Konzerngewinn	75	66	232	136	114	124
Bereinigtes/unbereinigtes Ergebnis je Aktie in €	0,34	0,30	1,06	0,62	0,52	0,57

VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2016			2015 ¹		
	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €
Ergebnis nach Steuern	75	66	233	136	114	124
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-79	70	72	115	-185	88
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-60	-33	-10	124	6	-12
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-60	-33	-10	124	6	-12
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	2	10	-5	-4	0	1
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	-21	93	87	-5	-192	100
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-21	93	87	-5	-192	100
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	61	91	81	-14	-191	96
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	-82	2	6	9	-1	4
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	0	0	0	0	1	-1
Gesamtergebnis Konzernfremde	0	0	-1	0	0	0
Gesamtergebnis	-4	136	304	251	-71	212

BILANZ ZUM 30. JUNI 2016

Aktiva	Erläuterungen	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	01.01.2015 ¹ Mio €
Barreserve		1.119	1.357	1.230
Forderungen an Kreditinstitute	(12)	11.926	15.876	19.602
Forderungen an Kunden	(13)	99.975	98.397	97.972
Risikovorsorge	(15)	-961	-923	-1.361
Handelsaktiva	(16)	770	647	697
Hedging-Derivate		167	78	119
Finanzanlagen	(17)	30.900	30.768	33.477
davon: als Sicherheit übertragen	(17)	3.434	5.971	6.344
Immaterielle Vermögenswerte	(18)	1.930	1.902	1.952
Sachanlagen	(19)	675	678	683
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		86	101	148
Latente Ertragsteueransprüche		144	72	68
Sonstige Aktiva	(20)	1.176	1.169	826
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(19)	20	489	-
Summe der Aktiva		147.927	150.611	155.413

Passiva	Erläuterungen	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	01.01.2015 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(21)	13.901	15.443	17.583
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(22)	118.471	119.150	120.493
Verbriefte Verbindlichkeiten	(23)	3.377	3.446	4.571
Handelspassiva	(24)	683	665	767
Hedging-Derivate		191	208	298
Rückstellungen	(25)	804	703	854
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		149	56	155
b) Sonstige Rückstellungen		655	647	699
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen		81	110	104
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		21	9	41
Sonstige Passiva	(26)	667	466	526
Nachrangkapital	(27)	2.634	3.239	3.699
Eigenkapital		7.097	7.172	6.477
a) Gezeichnetes Kapital		547	547	547
b) Kapitalrücklage		2.191	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		4.212	4.003	3.656
d) Konzerngewinn		141	606	259
Anteile in Fremdbesitz		6	6	5
Summe der Passiva		147.927	150.611	155.413

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rück- lagen	Neu- bewer- tungs- rück- lage	Konzern- gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 31.12.2014	547	2.010	3.303	337	259	6.456	5	6.461
Restatement			16			16		16
Stand 01.01.2015	547	2.010	3.319	337	259	6.472	5	6.477
Veränderung der Gewinnrücklagen			259		-259	0		0
Ergebnis nach Steuern 01.01.–30.06.2015					238	238		238
Sonstiges Ergebnis			-5	-92		-97	-	-97
Eigene Aktien im Bestand						-		-
Übrige Veränderungen			-142			-142		-142
Stand 30.06.2015	547	2.010	3.431	245	238	6.471	5	6.476
Ergebnis nach Steuern 01.07.–31.12.2015					368	368	1	369
Sonstiges Ergebnis			111	82		193		193
Eigene Aktien im Bestand						-		-
Übrige Veränderungen			134			134		134
Stand 31.12.2015	547	2.010	3.676	327	606	7.166	6	7.172
Veränderung der Gewinnrücklagen			606		-606	0		0
Erstkonsolidierungs- effekt Servicegesell- schaften ¹			-263			-263		-263
Kapitalerhöhung		181				181		181
Ergebnis nach Steuern 01.01.–30.06.2016					141	141	0	141
Sonstiges Ergebnis			-81	72		-9		-9
Eigene Aktien im Bestand						-		-
Übrige Veränderungen			-125			-125		-125
Stand 30.06.2016	547	2.191	3.813	399	141	7.091	6	7.097

Im März 2016 erfolgte eine Einzahlung in die Kapitalrücklage der Postbank durch die DB Finanz-Holding GmbH in Höhe von 143 Mio € und die Deutsche Bank AG in Höhe von 38 Mio €.

Bei den Übrigen Veränderungen handelt es sich um Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der DB Finanz-Holding GmbH.

VERKÜRZTE KAPITALFLUSSRECHNUNG

	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 Mio €
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Berichtszeitraums	1.357	1.230
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	145	–2.072
Cashflow aus Investitionstätigkeit	441	1.829
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	–824	–321
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	–
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Berichtszeitraums	1.119	666

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

ERLÄUTERUNGEN – NOTES
(1) Segmentberichterstattung
Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking		Firmenkunden		Financial Markets		Non Core Operating Unit		Cost Center/ Konsolidierung		Gesamt	
	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 ¹ Mio €	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 ¹ Mio €	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 Mio €	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 ¹ Mio €	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 Mio €	01.01.–30.06.2016 Mio €	01.01.–30.06.2015 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	1.247	1.251	171	190	-60	-18	-180	-173	5	2	1.183	1.252
Handelsergebnis	3	13	7	1	1	13	0	0	-2	-2	9	25
Finanzanlageergebnis	90	0	0	-3	61	27	9	9	14	11	174	44
Provisionsüberschuss	325	348	63	66	-13	-11	0	3	23	-14	398	392
Gesamterträge	1.665	1.612	241	254	-11	11	-171	-161	40	-3	1.764	1.713
Verwaltungsaufwand	-772	-733	-48	-43	-15	-29	-6	-9	-643	-469	-1.484	-1.283
Risikovorsorge	-49	-72	-22	-11	0	1	-5	1	0	0	-76	-81
Sonstige Erträge	18	16	1	1	0	0	1	3	32	170	52	190
Sonstige Aufwendungen	-108	-59	0	0	-1	0	-6	2	25	-231	-90	-288
Verrechnungen	-427	-409	-80	-77	-28	-25	-25	-22	560	533	0	0
Ergebnis vor Steuern	327	355	92	124	-55	-42	-212	-186	14	0	166	251
Externe Erträge	1.663	1.610	240	253	-11	11	-171	-161	43	0	1.764	1.713
Intersegmenterträge	2	2	1	1	0	0	0	0	-3	-3	0	0
Wertminderungen	-12	-13	-1	-1	0	0	0	0	-36	-43	-49	-57
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-12	-13	-1	-1	0	0	0	0	-36	-43	-49	-57
Cost Income Ratio (CIR)	79,1 %	75,4 %	55,5 %	49,8 %	-1.159,5 %	418,7 %	-21,5 %	-18,3 %			86,7 %	82,6 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	18,9 %	23,7 %	34,4 %	50,5 %	-6,8 %	-5,8 %¹	-28,5 %	-22,8 %			4,7 %	7,7 %

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Aufgrund veränderter Zuständigkeiten im Vorstand der Postbank wurden im Berichtsjahr die zuvor im Segment Retail Banking ausgewiesenen Ergebnisse im Geschäft mit Geschäftskunden nunmehr dem Segment Firmenkunden zugeordnet. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden entsprechend angepasst; so hat sich das Ergebnis vor Steuern im Segment Firmenkunden um 25 Mio € erhöht und um den gleichen Betrag im Segment Retail Banking vermindert.

Zum 1. Januar 2016 wurden fünf Gesellschaften von der PBC Banking Services GmbH an die Postbank zurückübertragen. Diese Gesellschaften sind mit Ausnahme der Postbank Direkt GmbH dem Geschäftsfeld Cost Center/Konsolidierung zugeordnet. Die Aktivitäten der Postbank Direkt GmbH werden im Geschäftsfeld Retail Banking ausgewiesen.

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

Im Juni 2016 wurde die strategische Beteiligung an der Visa Europe Ltd., die dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet wurde, veräußert. Die daraus resultierenden Erträge in gesamter Höhe von 104 Mio € wurden den Geschäftsfeldern Retail Banking (90 Mio €) und Cost Center/Konsolidierung (14 Mio €) zugerechnet. Dem Geschäftsfeld Retail Banking wurde der Cash-Anteil zugeordnet, da dieser von den Transaktionsmengen abhängig war, welche maßgeblich im Segment Retail Banking generiert wurden.

Die in der Berichtsperiode sowie zum 31. Dezember 2015 durchgeführten Anpassungen der Vorjahreszahlen (vgl. Note 2) wurden in der Segmentberichterstattung ebenfalls berücksichtigt. Im Segment Retail Banking verringerten sich dadurch der Provisionsüberschuss um 4 Mio € und der Zinsüberschuss um 2 Mio €, während sich der Verwaltungsaufwand um 1 Mio € erhöhte. Im Segment Non Core Operating Unit (NCOU) reduzierte sich der Zinsüberschuss um 1 Mio €.

Darüber hinaus wurde die im Vorjahreszeitraum in den Geschäftsfeldern Financial Markets und NCOU belastete Bankenabgabe im ersten Halbjahr 2016 den Geschäftsfeldern Retail Banking (3 Mio €), Firmenkunden (3 Mio €), Financial Markets (8 Mio €) und NCOU (9 Mio €) zugerechnet.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privatkunden ein breites Spektrum von Post-, Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutsche Postbank AG, des inländischen Retail-Geschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie weiterer Tochtergesellschaften namentlich der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH (zum 1. Januar 2016 auf die Postbank Filialvertrieb AG verschmolzen), der Postbank Direkt GmbH (ab 1. Januar 2016) und der Postbank P.O.S. Transact GmbH (bis zum 31. Juli 2015). Darüber hinaus wird das Ergebnis aus der Fortschreibung der Effekte der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank für Geschäfts- und Firmenkunden Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Einen weiteren Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing. Darüber hinaus werden das Anlage- und das sonstige Kreditgeschäft mit den Geschäfts- und Firmenkunden in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, der Geschäfte mit Firmen- und Geschäftskunden der Deutsche Postbank AG sowie aus Teilen der Ergebnisse der Zweigniederlassung Luxemburg, jeweils ohne ausgewählte Einzelengagements, sowie aus Teilen des Geschäfts im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) und der Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen sowohl aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutsche Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG sowie den Ergebnissen der Tochter Deutsche Postbank International S.A. und der Zweigniederlassung Luxemburg (ohne Firmenkundengeschäft) als auch aus den Ergebnissen der Teilgesellschaftsvermögen.

Das Geschäftsfeld NCOU beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Ziele des Segments sind neben der Erhöhung der Transparenz insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva.

Das Ergebnis des Segments beinhaltet Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten im Retail-Geschäft sowie ausgewählte, nicht mehr aktiv vertriebene Retail-Produkte. Darüber hinaus sind dem Segment bestimmte besicherte und unbesicherte Emissionen zugeordnet.

Das Segment Cost Center/Konsolidierung enthält neben den Konzernkonsolidierungen – ohne die innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen – auch die Ergebnisse der Cost Center. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Tochtergesellschaften Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Postbank Service GmbH (ab 1. Januar 2016), BHW Kreditservice GmbH (ab 1. Januar 2016), Betriebs-Center für Banken AG (ab 1. Januar 2016), VÖB-ZVD Processing GmbH (ab 1. Januar 2016) sowie den Anspruch aus der Ausgleichszahlung für die Anteile an der PBC Banking Services GmbH gemäß § 304 AktG (bis Dezember 2015).

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertrag) statt der Zinserträge und der Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutsche Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank

und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 ¹ Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	1.445	1.527
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	181	182
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	160	173
Transaction Banking Insourcing (Provisionsüberschuss)	39	0
Übriges	-61	-169
Summe Erträge	1.764	1.713

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns. Die Erträge des Segments NCOU werden unter der Position „Übriges“ ausgewiesen.

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Europa enthält die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A., die Zweigniederlassung Luxemburg und die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH sowie die BHW Niederlassungen in Italien und in Luxemburg. Die Region USA beinhaltet die Deutsche Postbank Postbank Funding LLC I, II, III und IV und die Deutsche Postbank Funding Trust I, II, III und IV, alle Wilmington, Delaware. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögens- werte	
	01.01.– 30.06. 2016 Mio €	01.01.– 30.06. 2015 ¹ Mio €	01.01.– 30.06. 2016 Mio €	01.01.– 30.06. 2015 ¹ Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Deutsch- land	1.728	1.680	149	229	2.589	2.563
Europa	36	33	17	22	16	17
USA	0	0	0	0	0	0
Gesamt	1.764	1.713	166	251	2.605	2.580

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

ALLGEMEINE ANGABEN

(2) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Zwischenabschluss wurde im Einklang mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt, sofern sie zum Abschlussstichtag anzuwenden sind. Insbesondere wird für die Anforderungen an einen Zwischenbericht der International Accounting Standard (IAS) 34 berücksichtigt. Die Postbank erstellt einen Halbjahresfinanzbericht entsprechend den Vorgaben des § 37w WpHG, der neben dem hier dargestellten verkürzten Abschluss auch einen Zwischenlagebericht enthält. Informationen zu Ereignissen nach der Berichtsperiode werden im Nachtragsbericht des Zwischenlageberichts dargestellt.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Risikovorsorge, der immateriellen Vermögenswerte und der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit der latenten Steuern. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen.

Derivative Sicherungsinstrumente werden in erster Linie als Mikrohedgingbeziehungen (Fair Value Hedges) zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken eingegangen.

Sofern keine effektiven Mikrohedgingbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Sicherungsinstrumente gemäß IFRS erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzins-

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

position der Gesamtbilanz werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedged (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgerbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedged behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Für den verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2016 wurden, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015 angewandt.

Die Postbank wendet in der Berichtsperiode erstmals die Änderungen in dem Standard IAS 1 „Disclosure Initiative“ an. Bei der Änderung handelt es sich um eine Klarstellung in Bezug auf die Gliederung und den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung, der verkürzten Gesamtergebnisrechnung und der Bilanz. Die Änderungen beziehen sich auf die Anwendung des Wesentlichkeitsgrundsatzes, die Disaggregation von Abschlussposten und die Darstellung von Zwischensummen sowie auf die Struktur der Anhangangaben. Ebenfalls erstmals werden die Änderungen an den Standards IAS 16 und IAS 38 „Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation“ angewandt. Nach diesen Änderungen ist eine umsatzabhängige Abschreibungsmethode für Sachanlagen nicht zulässig, während es für immaterielle Vermögenswerte nur eine widerlegbare Vermutung gibt, dass ein solches Verfahren nicht angemessen ist. Zusätzlich wendet die Bank erstmals die im Rahmen der Annual Improvements 2012–2014 entstandenen Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS an. Aus der Anwendung der geänderten Standards haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ergeben.

Im ersten Quartal 2016 hat die Bank die Behandlung von Aufwendungen für Immobilienwertgutachten in Verbindung mit der Gewährung von Baufinanzierungen rückwirkend angepasst. Bisher wurden diese Aufwendungen unmittelbar aufwandswirksam erfasst. Nunmehr erfolgt eine effektivzinskonstante Verteilung über die Zinsbindung der Immobilienfinanzierungen. Aus der rückwirkenden Anpassung ergab sich zum 1. Januar 2015 eine Erhöhung der Sonstigen Aktiva sowie der Gewinnrücklagen in Höhe von 16 Mio €. Der Anpassungseffekt bei den sonstigen Aktiva belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 14 Mio €. Darüber hinaus erhöhte sich der Verwaltungsaufwand des ersten Halbjahres 2015 um 1 Mio €, der Konzerngewinn verringerte sich entsprechend.

Aufgrund der zum 31. Dezember 2015 vorgenommenen Anpassungen (siehe Note 6 des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015) wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung der Vergleichsperiode betroffene Positionen angepasst. Aus der Überarbeitung der Bewertung und Erfassung der Verpflichtungen aus Zinsbonus-Bausparen ergaben sich zusätzliche Zinsaufwendungen in Höhe von 3 Mio € sowie ein latenter Steuerertrag in Höhe von 3 Mio €. Die Reduzierung der Provisionserträge in Höhe von 4 Mio € ist auf die erfolgte Berücksichtigung der erwarteten künftigen Stornierungen bei der Erfassung der Provisionserträge aus der Vermittlung von Lebensversicherungen zurückzuführen.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 30. Juni 2016 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 32 Tochterunternehmen (31. Dezember 2015: 28) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
BHW Holding AG, Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	

In den Konsolidierungskreis werden darüber hinaus acht Teilgesellschaftsvermögen (31. Dezember 2015: 8) gemäß IFRS 10 einbezogen. Es handelt sich bei allen Teilgesellschaftsvermögen um strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12.

Im Rahmen der Entflechtung von der Deutschen Bank hat die Postbank 100 % der Gesellschaftsanteile an ihren Servicegesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH sowie 75 % der Gesellschaftsanteile an der VÖB-ZVD Processing GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2016 von der PBC Banking Services GmbH zurückerworben. Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals der VÖB-ZVD Processing GmbH wird treuhänderisch vom Bundes-

verband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Bank gehalten. Die Servicegesellschaften werden von diesem Zeitpunkt an als Tochtergesellschaften gemäß IFRS 10 im Postbank Konzern vollkonsolidiert.

Der Erwerb der Anteile an den Servicegesellschaften stellt einen Unternehmenserwerb unter einheitlicher Beherrschung dar, da die Postbank Servicegesellschaften und die Postbank sowohl vor als auch nach der Transaktion von der Deutsche Bank AG beherrscht wurden bzw. werden. Der im Rahmen des Rückerwerbs der Servicegesellschaften entstehende Differenzbetrag zwischen der gewährten Gegenleistung in Höhe von 409 Mio € (inklusive in der Berichtsperiode erfolgter nachträglicher Kaufpreiszahlung

in Höhe von 2 Mio €) und dem Saldo der zu Konzernbuchwerten der Deutschen Bank übernommenen Vermögenswerte und Schulden der Servicegesellschaften reduzierte die Gewinnrücklagen des Postbank Konzerns um 263 Mio €.

Der Kaufpreis (inklusive nachträglicher Kaufpreiszahlung) für die Anteile an den Servicegesellschaften wurde ausschließlich als Zahlungsmittel entrichtet. Zum Erwerbszeitpunkt betragen die Vermögenswerte der Gesellschaften 391 Mio € und die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 245 Mio €. Bei den zugegangenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Zahlungsmittel (52 Mio €), Forderungen (188 Mio €), Ertragsteueransprüche (77 Mio €) und Sonstige Aktiva (60 Mio €). Die zugegangenen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Sonstigen Passiva (94 Mio €), Rückstellungen (80 Mio €) und Verbindlichkeiten (66 Mio €). Seit dem 1. Januar 2016 trugen die Servicegesellschaften Erträge in Höhe von 56 Mio €, im Wesentlichen Provisionserträge, zu den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Erträgen des Konzerns bei. Der Anteil am Konzernergebnis für die Berichtsperiode betrug –141 Mio €.

Gleichzeitig hat die Postbank mit Wirkung zum 1. Januar 2016 die von ihr gehaltenen Anteile an der PBC Banking Services GmbH in Höhe von 49,9975 % an die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG verkauft. Da die Beteiligung an der PBC Banking Services GmbH bereits zum 31. Dezember 2015 zum Fair Value abzüglich der Veräußerungskosten gemäß IFRS 5 bewertet wurde, ergab sich aus dem Anteilsverkauf im Jahr 2016 kein weiterer Ergebniseffekt.

Die Postbank Filial GmbH wurde am 8. April 2016 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2016 auf die Postbank Filialvertrieb AG verschmolzen.

Weitere Veränderungen des Konsolidierungskreises lagen in der Berichtsperiode im Vergleich zum 31. Dezember 2015 nicht vor.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GESAMTERGEBNISRECHNUNG

(4) Zinsüberschuss

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 ¹ Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.834	1.925
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	246	285
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	0	–1
	2.080	2.209
Laufende Erträge aus		
Beteiligungen	4	2
	4	2
	2.084	2.211
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	13	7
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	679	723
Verbrieften Verbindlichkeiten	48	73
Nachrangkapital	91	89
Swaps	73	74
	891	959
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	23	7
Gesamt	1.183	1.252

Von den Zinserträgen entfallen 1.979 Mio € (Vorjahr: 2.104 Mio €) auf Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables und 101 Mio € (Vorjahr: 105 Mio €) auf Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen setzt sich wie folgt zusammen:

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	227	-61
Fair-Value-Änderung der Sicherungs- instrumente	-227	60
Gesamt	0	-1

(5) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	183	256
Portfoliowertberichtigungen	87	69
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	10	15
Direkte Forderungsabschreibung	12	17
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	97	179
Portfoliowertberichtigungen	88	62
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	17	22
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	14	13
Gesamt	76	81

Die Risikovorsorge entfällt in Höhe von 83 Mio € (Vorjahr: 88 Mio €) auf Forderungen der Kategorie Loans and Receivables. Die Risikovorsorge auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen wurde in Höhe von netto 7 Mio € aufgelöst (Vorjahr: 7 Mio €).

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	61	91
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	18	27
Ratenkredite	77	93
Kontokorrentkredite	26	44
Portfoliowertberichtigungen	87	69
Gesamt	270	325

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	53	68
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	9	22
Ratenkredite	21	59
Kontokorrentkredite	13	29
Portfoliowertberichtigungen	88	62
Gesamt	185	241

(6) Provisionsüberschuss

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 ¹ Mio €
Girogeschäft	175	166
Wertpapiergeschäft	30	30
Kredit- und Avalgeschäft	18	12
Filialgeschäft	98	103
Sonstiges Provisionsgeschäft	77	81
Gesamt	398	392

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

(7) Handelsergebnis

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	1	-2
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	3	13
Ergebnis aus Fair-Value-Option	1	6
Devisenergebnis	4	8
Provisionsergebnis Handelsbestand	0	0
Gesamt	9	25

(8) Ergebnis aus Finanzanlagen

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	38	14
davon Verkaufsergebnis	38	17
Verkaufsgewinne	41	18
Verkaufsverluste	3	1
davon Wertminderungsergebnis	0	-3
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	10	19
davon Verkaufsergebnis	10	20
Verkaufsgewinne	10	20
Verkaufsverluste	0	0
davon Wertminderungsergebnis	0	-1
Ergebnis aus Beteiligungen	126	11
davon Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen	0	11
Gesamt	174	44

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	48	37
Ergebnis aus Beteiligungen	127	11
Impairment	-1	-4
Gesamt	174	44

Das Ergebnis aus Beteiligungen enthält im Wesentlichen den Erfolg aus der Veräußerung der Anteile an der Visa Europe Ltd. (104 Mio €) sowie aus der Verringerung des Aktienanteils an einer weiteren strategischen Beteiligung (22 Mio €).

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen -1 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) auf geschlossene Fonds.

Im Vorjahr wurden Impairments in Höhe von -4 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen vorgenommen.

(9) Verwaltungsaufwand

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 ¹ Mio €
Personalaufwand	692	571
Andere Verwaltungsaufwendungen	743	655
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	22	33
Abschreibungen auf Sachanlagen	27	24
Gesamt	1.484	1.283

(10) Sonstige Erträge

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	10	16
Übrige	42	174
Gesamt	52	190

In den übrigen sonstigen Erträgen sind die Ergebnisse aus dem Verkauf von Nutzungsrechten an Software an verbundene Unternehmen in Höhe von 9 Mio € enthalten.

(11) Sonstige Aufwendungen

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Sonstige Steuern	2	2
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	9	1
Übrige	79	285
Gesamt	90	288

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(12) Forderungen an Kreditinstitute

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Täglich fällig	2.434	1.534
Andere Forderungen	9.492	14.342
Gesamt	11.926	15.876

Unter der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ werden nur Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables erfasst.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 2.416 Mio € (31. Dezember 2015: 3.225 Mio €) fällig.

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	9.737	13.144
Tagesgelder	1.277	837
Darlehen	64	68
Namenschuldverschreibungen	296	425
Termingelder	500	1.100
Sonstige Forderungen	52	302
Gesamt	11.926	15.876

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	8.933	14.038	1.016	1.006
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	8.933	14.038	1.016	1.006

(13) Forderungen an Kunden

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Private Baufinanzierungen	68.040	68.312
Bauspardarlehen	3.003	3.140
Gewerbliche Kredite	12.461	12.175
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.756	4.621
Ratenkredite	6.911	6.453
Kontokorrentkredite	2.240	2.176
Schuldscheindarlehen	1.549	1.485
Sonstige Forderungen	15	35
Gesamt	99.975	98.397

Für eine Forderung gegenüber einem Firmenkunden wurden zwischen dem 30. Juni 2016 und dem Tag der Aufstellung des Konzernzwischenabschlusses die Kriterien für die Einstufung als „zur Veräußerung gehalten“ erfüllt. Die Forderung ist dem Segment Firmenkunden zugeordnet und wird im dritten Quartal 2016 veräußert.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien gliedert sich der Forderungsbestand wie folgt:

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Loans and Receivables	95.732	93.988
Fair-Value-Option	4.243	4.409
Gesamt	99.975	98.397

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 80.165 Mio € (31. Dezember 2015: 75.791 Mio €) fällig.

(14) Kreditvolumen

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	11.926	15.876
Forderungen an Kunden	99.975	98.397
Bürgschaften und Garantien	383	404
Gesamt	112.284	114.677

(15) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge gliedert sich wie folgt auf:

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Einzelwertberichtigungen	765	725
Portfoliowertberichtigungen	196	198
Bestand Risikovorsorge	961	923
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	32	43
Gesamt	993	966

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2016 Mio €	2015 Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €
Stand 1. Januar	725	1.208	198	153	923	1.361
Umgliederungen wegen IFRS 5		-130		-		-130
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Risikovorsorge	183	256	87	69	270	325
Abgänge						
Inanspruchnahme	39	133	-	-	39	133
Zugunsten GuV aufgelöste Risikovorsorge	97	179	88	62	185	241
Unwinding	7	10	-	-	7	10
Währungsumrechnungsdifferenzen	-	4	-1	-	-1	4
Stand 30. Juni	765	1.016	196	160	961	1.176

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	232	263
Bauspardarlehen	3	3
Gewerbliche Kredite	145	144
Ratenkredite	251	193
Kontokorrentkredite	134	122
Portfoliowertberichtigungen	196	198
Gesamt	961	923

(16) Handelsaktiva

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Baudarlehen Held for Trading	65	91
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	107	81
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	598	475
Gesamt	770	647

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 636 Mio € (31. Dezember 2015: 473 Mio €) fällig.

(17) Finanzanlagen

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Loans and Receivables	15.443	17.408
Available for Sale	15.125	13.034
	30.568	30.442
Investmentfondsanteile (Available for Sale)	278	261
Beteiligungen (Available for Sale)	49	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	5	5
Gesamt	30.900	30.768

Bestände in Höhe von 25.598 Mio € (31. Dezember 2015: 26.179 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Verbindlichkeiten	8.131	11.924
Eventualverbindlichkeiten	0	0
Gesamt	8.131	11.924

Für Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften in Höhe von 3.783 Mio € (31. Dezember 2015: 5.335 Mio €) wurden Sicherheiten in Form von Finanzanlagen, die weiterhin in der Bilanz ausgewiesen werden, in Höhe von 3.434 Mio € (31. Dezember 2015: 5.971 Mio €) übertragen.

Von den übertragenen Sicherheiten könnten Finanzanlagen in Höhe von 3.434 Mio € (31. Dezember 2015: 5.971 Mio €) vom Empfänger aufgrund vertrags- oder gewohnheits-

mäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden (IAS 39.37(a)).

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 30. Juni 2016 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 6,6 Mrd € sowie einen Buchwert von 6,3 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 30. Juni 2016 um 289 Mio € entlastet worden (31. Dezember 2015: 367 Mio €).

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 30. Juni 2016 ergaben sich auf sämtliche umgegliederten Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsgewinne aus umgegliederten Wertpapieren von 59 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €).

Bis zum 30. Juni 2016 sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 65 Mio € (Vorjahr: 89 Mio €) angefallen.

(18) Immaterielle Vermögenswerte

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	256	248
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	36	46
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	57	27
Gesamt	1.930	1.902

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die aktivierte Marke BHW in Höhe von 139 Mio € (31. Dezember 2015: 139 Mio €) enthalten. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 56 Mio € (31. Dezember 2015: 58 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 9 Mio € (31. Dezember 2015: 10 Mio €).

(19) Sachanlagen

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Grundstücke und Gebäude	486	513
Betriebs- und Geschäftsausstattung	158	143
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31	22
Gesamt	675	678

Die Bank plant, im zweiten Halbjahr 2016 eine Immobilie mit einem Buchwert von 20 Mio € zu verkaufen. Die Klassifizierung der Immobilie als zur Veräußerung gehalten hat zu keiner Wertminderung geführt. Die Immobilie ist dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet.

(20) Sonstige Aktiva

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	823	701
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	65	210
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	156	175
Forderungen an Finanzbehörden	28	30
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	16	7
Übrige	88	46
Gesamt	1.176	1.169

Bestände in Höhe von 708 Mio € (31. Dezember 2015: 711 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(21) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Täglich fällig	520	253
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.381	15.190
Gesamt	13.901	15.443

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.698 Mio € (31. Dezember 2015: 9.063 Mio €) fällig.

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

(22) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Spareinlagen	39.925	41.841
Bauspareinlagen	19.155	19.341
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	44.850	43.185
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	14.541	14.783
	59.391	57.968
Gesamt	118.471	119.150

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 23.796 Mio € (31. Dezember 2015: 25.130 Mio €) fällig.

(23) Verbriefte Verbindlichkeiten

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	66	67
Hypothekendarlehen	2.401	2.471
Sonstige Schuldverschreibungen	910	908
Gesamt	3.377	3.446

In der Position „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 3.289 Mio € (31. Dezember 2015: 3.285 Mio €) fällig.

(24) Handelspassiva

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	111	99
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	520	501
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	52	65
Gesamt	683	665

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 571 Mio € (31. Dezember 2015: 516 Mio €) fällig.

(25) Rückstellungen

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	149	56
Übrige	655	647
Gesamt	804	703

In den übrigen Rückstellungen sind 180 Mio € für Prozesse und Regresse enthalten (31. Dezember 2015: 138 Mio €).

Nach mehr als 12 Monaten sind 470 Mio € (31. Dezember 2015: 500 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

(26) Sonstige Passiva

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Verpflichtung gegenüber DB Finanz-Holding GmbH aus Gewinn- abführungsvertrag	125	2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95	80
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	105	85
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitansprüchen	44	38
Verbindlichkeiten aus schwebenden Geschäften aus Wertpapieren	0	0
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	37	63
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	30	40
Rechnungsabgrenzungsposten	25	8
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	44	39
Sonstige Verbindlichkeiten	162	111
Gesamt	667	466

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 23 Mio € (31. Dezember 2015: 23 Mio €) fällig.

(27) Nachrangkapital

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Hybride Kapitalinstrumente	1.473	1.405
Nachrangige Verbindlichkeiten	956	928
Genusrechtskapital	184	884
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	21	22
Gesamt	2.634	3.239

Von dem bilanziellen Nachrangkapital sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) insgesamt 1.171 Mio € (31. Dezember 2015: 1.175 Mio €) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.

In der Position „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Der Rückgang des Genusrechtskapitals ist im Wesentlichen auf Endfälligkeiten zurückzuführen.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 2.540 Mio € (31. Dezember 2015: 2.461 Mio €) fällig.

SONSTIGE ANGABEN**(28) Eventual- und andere Verpflichtungen**

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	383	404
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.932	5.788
davon: bereitgestellte Baudarlehen	4.625	4.019
Sonstige Verpflichtungen	13.657	13.914 ¹
Gesamt	20.972	20.106

¹Vorjahresangabe korrigiert um 9 Mio €

Die sonstigen Verpflichtungen betreffen überwiegend Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können.

In den sonstigen Verpflichtungen sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen zur Bankenabgabe in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) enthalten.

(29) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten**Fair-Value-Hierarchie**

Die Postbank ordnet die zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie wie folgt zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Levels 1 werden ausschließlich am Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgende Tabelle zeigt die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		30.06.2016		
Klassen	30.06.2016 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	770	0	769	1
Held-for-Trading-Darlehen	65	0	65	0
Derivate	705	0	704	1
Hedging-Derivate	167	0	167	0
Forderungen an Kunden	4.243	0	4.243	0
davon private Baufinanzierungen	4.243	0	4.243 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	15.457	12.302	3.111	44
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.125	12.286	2.816	23
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	278	0	278	0
Beteiligungen	54	16	17	21
Sonstige Aktiva	101	0	0	101
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	101	0	0	101
Gesamt	20.738	12.302	8.290	146

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		30.06.2016		
Klassen	30.06.2016 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	683	0	683	0
Derivate	683	0	683	0
Hedging-Derivate	191	0	191	0
Gesamt	874	0	874	0

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair-Value-Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Im Rahmen der Bewertung der Level-2-Bestände – sofern nicht die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments zum Bewertungsstichtag bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten erfolgen kann – greift die Postbank auf sogenannte Discounted-Cash-Flow-Modelle zurück. Bei dem Großteil der oben genannten Finanzinstrumente (Derivate, Anleihen, Schuldscheindarlehen) werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis-Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs angewandt. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwah-

scheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell berücksichtigt.

Der Anstieg der Level-1-Bestände im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus einem höheren Volumen an Finanzanlagen mit quotierten Preisen auf aktiven Märkten. Die Abgänge (im Wesentlichen Fälligkeiten) an Level-1- und Level-2-Beständen von Finanzanlagen wurden durch Zugänge in der Berichtsperiode überkompensiert, sodass letztendlich die Bestände der Finanzanlagen in Level 1 und in Level 2 angestiegen sind.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind, Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen werden dem Level 3 zugeordnet.

Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte							
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 30.06.2016							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe	
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	34	0	105	140
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	0	0	0	0
in GuV	0	0	0	-1	0	0	-1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	1	0	0	1
Erwerbe	0	0	0	21	0	34	55
Veräußerungen	0	0	0	-6	0	0	-6
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-5	0	-38	-43
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Endbestand	1	0	0	44	0	101	146
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	0	0	0	0

Zum 31. Dezember 2015 stellte sich die Entwicklung wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte							
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2015							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS			Gesamt
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	74	0	27	102
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	-1	0	0	-1
in GuV	0	0	0	0	0	0	0
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	-1	0	0	-1
Erwerbe	0	0	0	0	0	78	78
Veräußerungen	0	0	0	0	0	0	0
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-45	0	0	-45
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	6	0	0	6
Endbestand	1	0	0	34	0	105	140
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-1	0	0	-1

Unter den Finanzanlagen, die dem Level 3 zugeordnet sind, weist die Postbank strukturierte Kreditprodukte und Beteiligungen an geschlossenen Fonds sowie an der Visa Inc. aus.

Die Bewertung der strukturierten Kreditprodukte, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt derzeit mittels Arranger/Dealer Quotes, die durch ein internes Bewertungsmodell validiert werden. Im internen Bewertungsmodell wird neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Unter der Annahme einer Veränderung der Arranger/Dealer Quotes um +/-100 Basispunkte würde sich der Fair Value um +/-0,3 Mio € verändern.

Die Anteile an geschlossenen Fonds, die dem Level 3 zugeordnet sind, werden mit Cashflow-Modellen, die risikoadjustierte Planannahmen der einzelnen Fonds berücksichtigen, bewertet. Sofern die Planannahmen um +/-10% von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Annahmen abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Value von +/-1 Mio € ergeben.

Im zweiten Quartal 2016 erfolgte der Verkauf der Beteiligung an der Visa Europe Ltd. Hieraus hat die Postbank u. a. Vorzugsaktien der Visa Inc. erhalten, die als Zugang in Level 3 unter den Beteiligungen dargestellt sind. Im Rahmen der Fair-Value-Ermittlung werden Annahmen in Bezug auf die Conversion Rate (Umtauschverhältnis in Stammaktien) und die Liquidität der Aktien berücksichtigt. Eine Veränderung der Annahmen zur Conversion Rate und Liquidität der Aktien in Höhe von +/- 10% würde zu einer Wertänderung des Fair Value von +/-1 Mio € führen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die ebenfalls dem Level 3 zugeordnet sind, beziehen sich auf Provisionsforderungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Versicherungen. Die Fair Values werden auf Basis der für die Vermittlung von Versicherungen zu erhaltenden Abschlussprovisionen unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen/erwarteter vorzeitiger Beendigungen ermittelt. Die zuverlässige Ermittlung der Fair Values der oben genannten Provisionen basiert auf dem Berichtssystem des Produktgebers und enthält Annahmen über die Stornoquote/erwartete vorzeitige Beendigungen der abgeschlossenen Versicherungen. Unter der Annahme der Veränderung der Stornoquoten von +/-5% würde sich eine Änderung des Fair Value der Forderung von +/-8 Mio € ergeben, die als Änderung der Zahlungsströme erfolgswirksam erfasst werden würde.

Da sowohl zum 30. Juni 2016 als auch zum 31. Dezember 2015 die Verbindlichkeiten, die dem Level 3 zugeordnet werden, einen Buchwert als auch einen Fair Value von 0 Mio € haben, wird auf die Angabe in tabellarischer Form verzichtet.

Nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten waren in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	30.06.2016		31.12.2015	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	1.119	1.119	1.357	1.357
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	11.926	11.938	15.875	15.898
Wertpapierpensionsgeschäfte	9.737	9.740	13.144	13.149
Tagesgelder	1.277	1.277	837	837
Darlehen	64	66	68	70
Namensschuldverschreibungen	296	306	425	440
Termingelder	500	497	1.100	1.101
Sonstige Forderungen	52	52	301	301
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	95.732	102.378	93.988	99.502
Private Baufinanzierungen	63.797	69.822	63.903	68.901
Bauspardarlehen	3.003	3.003	3.140	3.140
Gewerbliche Kredite	12.461	12.594	12.175	12.258
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.756	5.694	4.621	4.549
Ratenkredite	6.911	7.443	6.453	6.937
Kontokorrentkredite	2.240	2.240	2.176	2.176
Schuldscheindarlehen	1.549	1.567	1.485	1.506
Sonstige Forderungen	15	15	35	35
Risikovorsorge (Loans and Receivables)	-961	-961	-924	-924
Private Baufinanzierungen	-321	-321	-352	-352
Bauspardarlehen	-5	-5	-5	-5
Gewerbliche Kredite	-162	-162	-159	-159
Forderungen an öffentliche Haushalte	-4	-4	-4	-4
Ratenkredite	-322	-322	-268	-268
Kontokorrentkredite	-147	-147	-134	-134
Schuldscheindarlehen	0	0	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	-2	-2
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	15.443	16.007	17.408	17.998
Schuldverschreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	15.443	16.007	17.408	17.998
Sonstige Aktiva (Loans and Receivables)	186	186	318	318
	123.445	130.667	128.022	134.149
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	13.901	14.420	15.443	15.920
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	118.471	120.469	119.150	121.184
Spareinlagen	39.925	39.925	41.841	41.841
Bauspareinlagen	19.155	19.155	19.341	19.341
Andere Verbindlichkeiten	59.391	61.389	57.968	60.002
Verbriefte Verbindlichkeiten (Liabilities at amortised cost)	3.377	3.876	3.446	3.898
Öffentliche Pfandbriefe	66	73	67	74
Hypothekendarlehen	2.401	2.477	2.471	2.551
Sonstige Schuldverschreibungen	910	1.326	908	1.273
Nachrangkapital (Liabilities at amortised cost)	2.634	2.601	3.239	3.497
Hybride Kapitalinstrumente	1.473	1.333	1.405	1.398
Nachrangige Verbindlichkeiten	956	1.049	928	1.169
Genussrechtskapital	184	198	884	908
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	21	21	22	22
Sonstige Passiva (Liabilities at amortised cost)	464	464	296	296
	138.847	141.830	141.574	144.795

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr. Bei diesen wird der Buchwert als Schätzwert des Fair Value verwendet.

(30) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten nutzt die Postbank die bestehenden Nettingmöglichkeiten.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Derivate des Handelsbestands	150.854	146.926	705	556	683	665
Hedging-Derivate	20.361	22.167	167	78	191	208
Gesamt	171.215	169.093	872	634	874	873

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalwerte		Fair Value			
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate	9.905	7.372	84	91	48	104
Zinsderivate	140.928	139.478	620	464	635	560
Aktien-/Indexbezogene Derivate	2	2	–	–	–	–
Kreditderivate	19	74	1	1	–	1
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	150.854	146.926	705	556	683	665
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges	20.361	22.167	167	78	191	208
Gesamtbestand Hedging-Derivate	20.361	22.167	167	78	191	208
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	171.215	169.093	872	634	874	873

Die mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken werden im Abschnitt Risikobericht des Zwischenlageberichts dargestellt.

(31) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die die Aufrechnungsvoraussetzungen des IAS 32.42 ff. erfüllen, sind zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Angaben zum 30. Juni 2016 zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Falle von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	18.423	-6.497	11.926	-	-	-9.735	2.191
Handelsaktiva	8.779	-8.009	770	-306	-143	-	321
Hedging-Derivate	1.172	-1.005	167	-5	-34	-	128
Gesamt	28.374	-15.511	12.863	-311	-177	-9.735	2.640

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.643	-5.860	3.783	0	0	-3.471	312
Handelspassiva	9.386	-8.703	683	-306	-355	-	22
Hedging-Derivate	1.140	-949	191	-5	-99	-	87
Gesamt	20.169	-15.512	4.657	-311	-454	-3.471	421

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der Kriterien des IAS 32.42 ff. aufgerechnet wurden. In der Spalte „Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Netting-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des IAS 32.42 ff. nicht aufgerechnet wurden. Die Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ zeigen deren beizulegende Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Die Aufrechnungen von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos/Repos) sind Gegenstand der Positionen „Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

Aufrechnungen aus Derivaten spiegeln sich in den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“, „Handelsspassiva“ und „Hedging-Derivate“ wider. Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Forderungen an Kreditinstitute bilanziert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2015.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	21.115	-5.239	15.876	-	-	-13.095	2.781
Handelsaktiva	7.276	-6.629	647	-241	-62	-	344
Hedging-Derivate	1.414	-1.336	78	-8	-9	-	61
Gesamt	29.805	-13.204	16.601	-249	-71	-13.095	3.186

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.470	-5.135	5.335	-	0	-4.982	353
Handelsspassiva	8.108	-7.443	665	-241	-368	-	56
Hedging-Derivate	834	-626	208	-8	-115	-	85
Gesamt	19.412	-13.204	6.208	-249	-483	-4.982	494

(32) Kapitalmanagement, Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die Postbank erfüllt die Anforderungen aus Basel III, die seit dem 1. Januar 2014, in Form der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV), die wiederum im KWG sowie in begleitenden Verordnungen deutschen Rechts umgesetzt wurden, in Kraft getreten sind. Im Jahr 2016 gelten noch zahlreiche Übergangsvorschriften.

Die Ermittlungs- und Steuerungsprozesse der Postbank für die Eigenmittelausstattung sowie die Leverage Ratio entsprechen dem aktuellen Stand von Gesetzen, Verordnungen und Standards der European Banking Authority (EBA). Interne Berechnungen erfolgen dabei stets sowohl für die Ergebnisse bei Anwendung der aktuell gültigen Übergangsvorschriften (regulatory phased-in) wie auch ohne Anwendung dieser erleichternden Übergangsvorschriften (fully phased-in). Die Eigenmittelentwicklungen werden in beiden Sichtweisen überwacht und gesteuert.

Im Jahr 2016 werden für die Postbank erstmals zusätzliche Kapitalpufferanforderungen schlagend. Diese Kapitalpuffer sind alle durch hartes Kernkapital (CET 1) abzudecken, das, bezogen auf die risikogewichteten Aktiva, zusätzlich zu den bestehenden Mindestanforderungen vorzuhalten ist. Die CRR regelt Übergangsfristen, die eine stufenweise Erhöhung der Kapitalpufferanforderungen im Zeitraum zwischen 2016 und 2019 vorsehen. Die Anforderungen an Kapitalpuffer werden je nach Pufferart direkt durch die CRD IV bzw. das KWG definiert oder aber instituts- bzw. landesspezifisch durch die Aufsicht festgelegt und kommuniziert.

Die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen inklusive der geltenden Kapitalpufferanforderungen ist sichergestellt. Der Kapitalerhaltungspuffer ist in seiner Höhe bereits durch die CRD IV definiert und wird im Jahr 2016 mit einer Kapitalanforderung von 0,625 % der risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Der maximale Kapitalerhaltungspuffer wird im Jahr 2019 mit 2,5 % erreicht sein. Die BaFin hat den antizyklischen Kapitalpuffer für Deutschland für das Jahr 2016 auf 0 % festgesetzt. Bezogen auf entsprechende ausländische Exposures, ergibt sich für die Postbank eine antizyklische Kapitalpufferanforderung in Höhe von 0,004 % der RWA. Darüber hinaus hat der Postbank Konzern als Teil des Deutsche Bank Konzerns noch keine Mitteilung über weitere einzuhaltende Kapitalpuffer erhalten.

Die externen, durch die Bankenaufsicht vorgegebenen Eigenmittelanforderungen stellen für die Postbank eine harte Untergrenze im Rahmen der strategischen Steuerung dar. Sie sind in das Risikoappetit-Rahmenwerk eingebunden. Die entsprechenden Kennzahlen werden sowohl auf der Ebene des Postbank Konzerns als auch auf der Ebene der Einzelinstitute im Konzern ermittelt und gesteuert, die unter den Anwendungsbereich der CRR fallen.

Die Postbank hat im ersten Halbjahr 2016 alle geltenden Eigenmittelanforderungen zu jedem Zeitpunkt erfüllt.

Die Steuerung der Eigenmittelanforderungen ist in den übergreifenden Kapitalsteuerungsprozess eingebunden. Dieser umfasst die regulatorische und die ökonomische Steuerungssicht. Hinsichtlich der ökonomischen Kapitalsteuerung verweisen wir auf unsere Darstellungen in Note 33.

Die regulatorische Kapitalsteuerung legt den Fokus auf die Anforderungen an das harte Kernkapital (CET 1) und berücksichtigt darüber hinaus das Kernkapital (Tier 1) und das Gesamtkapital (own funds). Somit werden die Anforderungen der Säule I abgedeckt. Das Kapitalsteuerungskonzept umfasst die folgenden drei Stufen:

1. Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten gemäß CRR/CRD IV bzw. gegebenenfalls gemäß Festsetzung durch die BaFin/EZB.
2. Beobachtung und Einhaltung der intern definierten Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung ein Handlungsimpuls im Sinne auszuarbeitender Kapitalsteuerungsmaßnahmen ausgelöst wird. Schwellenwerte wurden für die jeweiligen IST-Kapitalquoten, die im Forecast ermittelten Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstests definiert.
3. Anstreben einer durch den Vorstand im Rahmen der Festlegung der Risikostrategie jährlich neu definierten mittelfristigen Zielquote für das CET 1.

Für die Leverage Ratio besteht bisher keine aufsichtsrechtliche Mindestanforderung. Die Bank hat zur internen Steuerung Schwellenwerte sowie interne Zielquoten festgelegt. Diese sind über die Risikostrategie in die übergreifende Kapitalsteuerung eingebunden.

Der übergreifende Kapitalsteuerungsprozess beinhaltet verschiedene Überwachungs- und Prognoseprozesse für die definierten Kennzahlen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird einmal jährlich eine Vorschau auf die Entwicklung von Eigenmittel- und Verschuldungsquoten über die folgenden fünf Jahre auf der Basis von Volumen-, Migrations- und Ergebnisplanungen sowie dezidierter Planungsannahmen aufgestellt.

Monatlich werden die aktuellen Quoten für die Eigenmittelausstattung und den Verschuldungsgrad berechnet. Vierteljährlich werden die aktuellen Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstestberechnungen im Gesamtbankrisikobericht an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichtet.

Die Risikostrategie definiert entsprechende interne Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung Handlungsimpulse ausgelöst und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Unterjährig erfolgt darüber hinaus ein Forecast der Eigenmittelquoten, um die Notwendigkeit von Steuerungsmaßnahmen zu prüfen.

Zentrales Gremium bei der Überwachung und Steuerung der Kapitalquoten sowie der Leverage Ratio ist das Asset & Liability Committee. Darin werden Vorschläge für Steuerungsmaßnahmen entwickelt, bewertet und entschieden sowie deren Wirkung überwacht.

Die auf Basis des aktuellen Regelwerks ermittelte Eigenmit-telausstattung gemäß CRR/CRD IV (regular phased-in) stellt sich wie folgt dar:

	30.06.2016 ¹ Mio €	31.12.2015 ² Mio €
Adressrisiken (inklusive CVA)	37.772	39.016
Marktrisikopositionen	102	32
Operationelle Risiken	5.827	6.125
Gesamt-Risikoaktiva	43.701	45.173
regular phased-in		
Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1 Capital)	5.716	6.217
Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 Capital)	241	75
Kernkapital (Tier 1 Capital)	5.957	6.292
Ergänzungskapital (Tier 2 Capital)	1.133	1.102
Eigenmittel (own funds)	7.090	7.394
	%	%
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio)	13,1	13,8
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	13,6	13,9
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	16,2	16,4
fully phased-in		
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio)	11,5	11,5
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	11,5	11,5
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	15,0	15,1

Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital und gebildete Rücklagen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtsverbindlichkeiten zusammen.

(33) Risikokapital

Die folgende Tabelle zeigt das genehmigte Risikokapital des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die Risikodeckungsmasse, bezogen auf den 30. Juni 2016, im Vergleich zum 31. Dezember 2015.

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Kreditrisiken	2.800	2.800
Marktrisiken	2.180	2.180
Operationelle Risiken	700	700
Geschäftsrisiken	2.670	2.670
Summe vor Diversifikation	8.350	8.350
Diversifikationseffekte	1.474	1.490
Summe nach Diversifikation	6.876	6.860
Freie Risikodeckungsmasse	4.754	4.830
Risikodeckungsmasse gesamt	11.630	11.690

Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Zwischenlageberichts dargestellt.

¹Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns zum 30. Juni 2016

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2)

(34) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat die Postbank die Beteiligungen an ihren fünf Servicegesellschaften zurückerworben und ab diesem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen (weitere Informationen zu der Transaktion sind in der Note 3 „Konsolidierungskreis“ enthalten). Infolgedessen werden die Beziehungen zu diesen Gesellschaften ab dem Übertragungszeitpunkt nicht mehr in dieser Note offengelegt, da diese im Konzernabschluss gemäß IFRS 10 eliminiert werden.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	718	1.330
Sonstige nahestehende Unternehmen	7	6.022
	725	7.352
Forderungen an Kunden		
Sonstige nahestehende Unternehmen	43	98
	43	98
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	183	111
	183	111
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	1.318	1.066
	1.318	1.066
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	42	198
Sonstige nahestehende Unternehmen	23	12
	65	210

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich im Wesentlichen um Geldmarktgeschäfte mit der Deutsche Bank AG. Die Forderungen an sonstige nahestehende Kreditinstitute sind aufgrund des Auslaufens von Wertpapierpensionsgeschäften rückläufig (6 Mrd €).

Die Entwicklung der Kundenforderungen an sonstige nahestehende Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die fünf Servicegesellschaften zurückzuführen (siehe Note 3).

Der Anstieg der Handelsaktiva ist im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um die Anleihen der Deutsche Bank AG, deren Anstieg gegenüber dem Jahresende aus zwei weiteren Anleihekäufen resultiert.

Die Entwicklung der sonstigen Aktiva gegenüber der Deutsche Bank AG ist im Wesentlichen auf die Begleichung der Ansprüche aus der Beendigung der IT-Kooperation in Höhe von 140 Mio € zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	3.555	5.383
	3.555	5.383
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	6	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	4	184
	10	192
Handelspassiva		
Deutsche Bank AG	290	220
	290	220
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	2	3
	2	3
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	44	39
DB Finanz-Holding GmbH	125	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	44	30
	213	71

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutsche Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte, deren Bestand sich aufgrund von Fälligkeiten im Vergleich zum 31. Dezember 2015 stark reduziert hat.

Die Entwicklung der Kundenverbindlichkeiten gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die fünf Servicegesellschaften zurückzuführen (siehe Note 3).

Der Anstieg der Handelspassiva ist im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

Bei den sonstigen Passiva gegenüber der DB Finanz-Holding GmbH handelt es sich um Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, die in den Gewinnrücklagen erfasst wurden.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	01.01.– 30.06.2016 Mio €	01.01.– 30.06.2015 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	7	6
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	6
	8	12
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	2	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	28
	2	29
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	15	0
Sonstige nahestehende Unternehmen	15	11
	30	11
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	1	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	1
	1	2
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	2	10
	2	10
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	11
	0	11
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	14	9
Tochtergesellschaften	5	6
Sonstige nahestehende Unternehmen	12	9
	31	24
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	18	15
Tochtergesellschaften	1	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	3	151
	22	167
Sonstige Aufwendungen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	249
	0	249

Der Rückgang der Zinsaufwendungen an nahestehende Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die acht Funding-Gesellschaften (vier LLC- und vier Trust-Gesellschaften) zurückzuführen.

Die Entwicklung der sonstigen Erträge sowie der sonstigen Aufwendungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die fünf Servicegesellschaften zurückzuführen (siehe Note 3).

(35) Namen der Organmitglieder
Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)
Marc Heß, Bonn
Susanne Klöß-Braekler, München
Dr. Ralph Müller, Königstein/Taunus
Hans-Peter Schmid, Baldham
Ralf Stemmer, Königswinter
Hanns-Peter Storr, Bonn

Der Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner	
Werner Steinmüller Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich (Vorsitzender)	
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal	
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Prof. Dr. Katja Langenbucher Professorin für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Bankrecht Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main	
Karen Meyer Global Chief Operating Officer Human Resources, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	seit 1. Februar 2016
Dr. Christian Ricken Chief Operating Officer PBC, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe	bis 31. Januar 2016
Christiana Riley CFO Corporate & Investment Banking Deutsche Bank AG, Bad Homburg	
Karl von Rohr Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Oberursel	
Christian Sewing Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Osnabrück	
Michael Spiegel Global Head of Trade Finance and Cash Management Corporates Deutsche Bank AG, London	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	
Rolf Bauermeister Bundeschauptgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	bis 31. März 2016
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell	
Timo Heider Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Kreditservice GmbH, Emmerthal	
Hans-Jürgen Kummertat Beamter, Köln	
Bernd Rose Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)	
Martina Scholze Gewerkschaftssekretärin Vereinte Dienstleistungs- gewerkschaft (ver.di), München	seit 21. Mai 2016
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	
Wolfgang Zimny Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim	

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der verkürzte Konzernzwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Bonn, den 26. Juli 2016

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

BESCHEINIGUNG NACH PRÜFERISCHER DURCHSICHT

An die Deutsche Postbank AG, Bonn

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, verkürzter Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2016, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind.

Düsseldorf, den 26. Juli 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

REGULATORISCHE ANGABEN

Aufsichtsrechtliche Offenlegung

Seit Dezember 2010 ist die Postbank Teil der Deutsche Bank Institutsgruppe und veröffentlicht seitdem alle für die aufsichtsrechtliche Offenlegung relevanten Informationen im Rahmen der Säule-III-Berichterstattung des Deutsche Bank Konzerns. Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) ist seit 2014 zusätzlich auch auf Ebene wesentlicher Tochtergesell-

schaften von EU-Mutterinstituten eine aufsichtsrechtliche Offenlegung erforderlich. Alle folgenden Angaben beziehen sich auf den Postbank Konzern (im Folgenden: Postbank) als Teilkonzern der Deutsche Bank Institutsgruppe.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die von der Postbank gemäß Teil 8 i. V. m. Art. 13 der CRR sowie gemäß den auf der Capital Requirements Directive (CRD) basierenden nationalen Umsetzungen im Kreditwesengesetz (KWG) zu veröffentlichenden Angaben und nennt den Teil des Zwischenberichts bzw. mit Blick auf qualitative Angaben den Teil des Geschäftsberichts 2015, in dem die Veröffentlichung erfolgt:

Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Offenlegungsanforderungen	
Säule-III-Offenlegungsthema	Ort im Zwischenbericht bzw. im Geschäftsbericht 2015
Angaben zu Eigenmitteln gemäß Art. 437 CRR und zu Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 438 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zum Kapitalpuffer gemäß Art. 440 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zu Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 442 CRR und zu Kreditrisikominderungsstechniken gemäß Art. 453 CRR, soweit nicht bereits über die qualitativen Angaben im Konzernlagebericht 2015 (s. u.) abgedeckt	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Rechtliche und organisatorische Struktur sowie Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (§ 26a KWG)	- Corporate Governance Bericht - Konzernlagebericht 2015, „Geschäfts- und Rahmenbedingungen“ - Konzernrisikobericht 2015, „Organisation des Risikomanagements“
Qualitative Angaben zu Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 442 a) und b) CRR und zu Kreditrisikominderungsstechniken gemäß Art. 453 a) bis e) CRR	- Konzernrisikobericht 2015, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“
Angaben zur Vergütungspolitik (Art. 450 CRR)	- Konzernlagebericht 2015, „Vergütungsbericht“
Angaben zur Verschuldung (Art. 451 CRR)	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“

Angaben zu den aufsichtsrechtlichen Ansätzen

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß CRR – hat die Postbank per Stichtag 30. Juni 2016 die regulatorische Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Mortgage)), Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften, Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 17 Solvabilitätsverordnung (SolvV) ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Staaten, Banken, Versicherungen, Firmenkunden sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Mortgage). Vorbehaltlich der noch ausstehenden Zulassung ist für 2016 eine Überführung des Ratingsystems für Retail-Dispositionskredite in den A-IRB-Ansatz vorgesehen.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Dispositionskredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen und der PB Factoring GmbH, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenmittelunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des rating-basierten Ansatzes mittels externer Ratings kalkuliert.

Zum Berichtsstichtag hat der Postbank Konzern mit der synthetischen Verbriefungstransaktion PB Domicilio 2007-1 der BHW Bausparkasse AG lediglich eine aufsichtsrechtlich relevante Originatorverbriefung im Bestand.

Für sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen und Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenmittelunterlegung auf Basis von aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten. Die Postbank hält aktuell keine Beteiligungen, für die die Eigenmittelunterlegung auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten ermittelt wird. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenmittelunterlegung ausgenommen und werden gemäß Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank den Standardansatz und nicht mehr den fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach – AMA).

Angaben zur regulatorischen Konsolidierung

Der regulatorische Konsolidierungskreis entspricht den bilanziell konsolidierten Unternehmen, wie in Note 3 des Zwischenabschlusses dargestellt, wobei die folgenden zwei Gesellschaften bilanziell, aber nicht aufsichtsrechtlich konsolidiert werden:

- Postbank Finanzberatung AG,
- Postbank Immobilien GmbH.

Die Postbank besitzt keine Tochtergesellschaften, die aufsichtsrechtlich, aber nicht bilanziell zu konsolidieren sind.

Angaben zum Gesamtportfolio

Die Angaben zum Gesamtportfolio mit Durchschnittsbeträgen je Risikopositionsklasse während des Berichtszeitraums sowie aufgeschlüsselt nach Branchen, Regionen und Restlaufzeiten gemäß Art. 442 CRR sind in den nachstehenden Tabellen dargestellt. Die Tabellen stellen jeweils das Kreditvolumen, differenziert nach Risikopositionsklassen, zum Offenlegungstichtag dar. Ausgewiesen sind die Risikopositionswerte (Exposure at Default (EAD) – erwartete Inanspruchnahmen zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls) vor Berücksichtigung von Kreditrisikominderung/Substitutionseffekten

unter Verwendung von Kreditumrechnungsfaktoren. Bilanzielle und außerbilanzielle Geschäfte werden jeweils mit ihren historischen Anschaffungswerten bzw. ihren Wiederbeschaffungswerten ausgewiesen, die Derivate mit ihren positiven Wiederbeschaffungswerten zuzüglich eines regulatorischen Add-on. Die Risikopositionsklassen, bei denen die Postbank kein Engagement hält, sind in den Tabellen nicht dargestellt. Dabei handelt es sich um die Risikopositionsklassen „Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung“ sowie „Mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen“. Die Risikopositionsklasse „Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen“ wird nicht innerhalb der nachstehenden Tabellen ausgewiesen. Der Gesamtwert der entsprechenden Risikopositionen beträgt zum Berichtsstichtag 2.954 Mio € (per 31. Dezember 2015: 2.698 Mio €). Darüber hinaus liegt der Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP) zum Berichtsstichtag bei 63 Mio € (per 31. Dezember 2015: 56 Mio €).

Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittsbeträge der Risikopositionen während des Berichtszeitraums ohne Berücksichtigung der Wirkung der Kreditrisikominderung, differenziert nach Forderungsklassen:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte inklusive aufgeschlüsselter Durchschnittsbeträge je Forderungsklasse				
Forderungsklassen	Durchschnittsbeträge		Gesamt	
	01.07.2015 – 30.06.2016 Mio €	01.01.2015 – 31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	173	145	172	171
IRBA Institute	9.312	10.808	7.815	9.706
IRBA Unternehmen	22.115	21.486	23.185	22.228
IRBA Mengengeschäft	79.348	77.487	81.299	78.943
IRBA Beteiligungen	261	422	27	419
IRBA Verbriefungen	699	1.215	384	53
KSA Staaten und Zentralbanken	11.251	10.882	12.637	11.107
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.732	8.409	9.110	8.682
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.168	2.309	2.051	2.170
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	894	931	827	937
KSA Internationale Organisationen	1.394	1.417	1.341	1.396
KSA Institute	1.693	1.870	1.889	1.717
KSA Unternehmen	1.013	923	1.157	864
KSA Mengengeschäft	2.291	2.386	2.061	2.334
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	2.003	2.568	1.222	2.467
KSA Ausgefallene Positionen	210	286	103	263
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	4	12	–	–
KSA Verbriefungen	243	495	–	376
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	336	1.039	–	–
KSA Beteiligungen	226	228	221	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–
Gesamt	144.368	145.316	145.501	144.060

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte, differenziert nach Forderungsklassen und aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen bzw. Schuldnergruppen, aus:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																
Forderungsklassen	Retail-Kunden		Banken/Versicherungen/Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Real-kredite		Dienstleister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	-	-	172	171	-	-	-	-	-	-	-	-	172	171
IRBA Institute	-	-	7.814	9.704	1	2	-	0	0	-	-	-	-	-	7.815	9.706
IRBA Unternehmen	296	299	2.512	2.268	0	1	7.108	6.630	7.007	7.236	4.444	4.087	1.818	1.707	23.185	22.228
IRBA Mengengeschäft	81.299	78.943	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	81.299	78.943
IRBA Beteiligungen	-	-	0	418	-	-	-	-	13	1	-	-	14	0	27	419
IRBA Verbriefungen	326	-	58	53	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	384	53
KSA Staaten und Zentralbanken	-	-	576	396	12.061	10.711	-	-	-	-	-	-	-	-	12.637	11.107
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	-	-	9.093	8.664	17	18	0	0	-	-	-	-	9.110	8.682
KSA Sonstige öffentliche Stellen	-	-	1.727	1.819	245	265	-	-	40	45	-	-	39	41	2.051	2.170
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	827	937	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	827	937
KSA Internationale Organisationen	-	-	828	863	513	533	-	-	-	-	-	-	-	-	1.341	1.396
KSA Institute	-	-	1.862	1.676	-	-	-	-	-	-	-	-	27	41	1.889	1.717
KSA Unternehmen	2	5	55	55	-	0	222	255	624	253	145	155	109	141	1.157	864
KSA Mengengeschäft	2.061	2.334	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.061	2.334
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.129	2.349	-	-	-	-	89	111	2	3	0	0	2	4	1.222	2.467
KSA Ausgefallene Positionen	56	211	0	0	0	0	14	13	23	23	0	3	10	103	263	
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Verbriefungen	-	370	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	376
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Beteiligungen	-	-	51	54	-	-	-	-	15	21	-	-	155	152	221	227
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	85.169	84.511	16.310	18.249	22.085	20.347	7.450	7.027	7.724	7.582	4.589	4.245	2.174	2.099	145.501	144.060

Von den ausgewiesenen Werten entfallen nachstehende Risikopositionswerte auf Engagements mit kleinen und mittleren Unternehmen (im Folgenden: KMU):

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)																
Forderungs- klassen	Retail- Kunden		Banken/ Versiche- rungen/ Finanz- dienst- leister		Staaten		Gewerb- liche Real- kredite		Dienst- leister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
IRBA Mengengeschäft	287	280	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	287	280
IRBA Unternehmen	0	0	11	11	-	-	-	29	451	600	318	449	85	93	865	1.182
KSA Unternehmen	-	-	0	-	-	-	0	39	29	31	24	42	8	9	61	122
KSA Mengengeschäft	35	36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35	36
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	-	-	-	5	0	0	-	-	1	1	1	6
Gesamt	322	316	11	11	-	-	-	73	480	631	342	491	94	103	1.249	1.626

Die nachstehende Tabelle weist die Risikopositionen, differenziert nach Forderungsklassen und aufgliedert nach den für die Postbank wesentlichen geografischen Geschäftsgebieten, aus. Die Zuordnung erfolgt nach dem juristischen Sitzland des Kreditnehmers.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach geografischen Gebieten													
Forderungsklassen	Deutschland		Westeuropa		Nordamerika		Sonstige Regionen		Gesamt				
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €			
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	141	140	-	-	31	31	172	171			
IRBA Institute	5.355	6.111	2.273	3.405	182	184	5	6	7.815	9.706			
IRBA Unternehmen	14.370	13.906	7.765	7.288	584	578	466	456	23.185	22.228			
IRBA Mengengeschäft	79.535	78.580	1.698	286	23	26	43	51	81.299	78.943			
IRBA Beteiligungen	27	419	-	-	-	-	-	-	27	419			
IRBA Verbriefungen	-	-	384	53	-	-	-	-	384	53			
KSA Staaten und Zentralbanken	1.347	865	11.224	10.174	-	-	66	68	12.637	11.107			
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	9.110	8.682	-	0	-	-	-	-	9.110	8.682			
KSA Sonstige öffentliche Stellen	1.982	2.100	69	70	-	-	-	-	2.051	2.170			
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	827	937	-	-	-	-	827	937			
KSA Internationale Organisationen	-	-	1.341	1.396	-	-	-	-	1.341	1.396			
KSA Institute	1.095	1.108	793	609	1	-	-	-	1.889	1.717			
KSA Unternehmen	1.095	764	30	37	0	0	32	63	1.157	864			
KSA Mengengeschäft	1.996	2.251	62	80	1	1	2	2	2.061	2.334			
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	233	270	988	2.196	0	0	1	1	1.222	2.467			
KSA Ausgefallene Positionen	87	122	14	136	0	0	2	5	103	263			
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
KSA Verbriefungen	-	-	-	376	-	-	-	-	-	376			
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
KSA Beteiligungen	216	223	5	4	-	-	-	-	221	227			
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Gesamt	116.448	115.401	27.614	27.187	791	789	648	683	145.501	144.060			

Die aufsichtlichen Risikopositionswerte, differenziert nach Forderungsklassen und den für die Postbank wesentlichen Restlaufzeitbändern, werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Girokonten, Avale und Geschäfte in Abwicklung sind grundsätzlich dem Restlaufzeitband „unter ein Jahr“ zugeordnet. Das im Laufzeitband „über fünf Jahre“ ausgewiesene Volumen ist zum Großteil geprägt durch längerfristige Anleihen sowie private Baufinanzierungen und gewerbliche Finanzierungen.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Restlaufzeiten								
Forderungsklassen	< 1 Jahr		1–5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	8	8	83	84	81	79	172	171
IRBA Institute	3.104	4.006	2.802	4.186	1.909	1.514	7.815	9.706
IRBA Unternehmen	5.024	5.092	7.215	6.788	10.946	10.348	23.185	22.228
IRBA Mengengeschäft	3.976	3.686	6.663	6.557	70.660	68.700	81.299	78.943
IRBA Beteiligungen	–	–	–	–	27	419	27	419
IRBA Verbriefungen	52	53	332	–	–	–	384	53
KSA Staaten und Zentralbanken	1.328	614	7.784	7.654	3.525	2.839	12.637	11.107
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.473	1.050	3.672	3.612	3.965	4.020	9.110	8.682
KSA Sonstige öffentliche Stellen	594	627	1.093	1.173	364	370	2.051	2.170
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	180	137	570	636	77	164	827	937
KSA Internationale Organisationen	137	102	751	855	453	439	1.341	1.396
KSA Institute	403	201	42	42	1.444	1.474	1.889	1.717
KSA Unternehmen	102	101	761	332	294	431	1.157	864
KSA Mengengeschäft	895	1.034	389	411	777	889	2.061	2.334
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	569	974	170	427	483	1.066	1.222	2.467
KSA Ausgefallene Positionen	103	263	–	–	–	–	103	263
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Verbriefungen	–	–	–	6	–	370	–	376
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Beteiligungen	–	–	–	–	221	227	221	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	17.948	17.948	32.327	32.763	95.226	93.349	145.501	144.060

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikopositionswerte für die gemäß Art. 153 Abs. 5 CRR kalkulierten Spezialfinanzierungen, aufgeteilt nach Risikogewichtsklassen. Dabei handelt es sich um gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Kredite an Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilienleasing sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten.

Risikopositionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen		
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Risikogewichtskategorie 1 (stark)	1.489	1.398
Risikogewichtskategorie 2 (gut)	65	46
Risikogewichtskategorie 3 (befriedigend)	7	22
Risikogewichtskategorie 4 (schwach)	10	11
Risikogewichtskategorie 5 (ausgefallen)	34	40
Gesamt	1.605	1.517

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte für Beteiligungen aus, die mit einfachem Risikogewicht gemäß Art. 155 Abs. 2 CRR kalkuliert werden. Der Rückgang der IRBA-Beteiligungen ist in dem Rückerwerb der in der PBC Banking Services GmbH gebündelten Servicegesellschaften durch die Postbank und deren Konsolidierung begründet. Neben diesen Beteiligungswerten hält die Postbank zum Berichtsstichtag weitere Risikopositionswerte in Höhe von 211 Mio € (per 31. Dezember 2015: 227 Mio €), die sich auf bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene – befristet vom IRBA ausgenommene – Beteiligungen beziehen, denen auf Basis der Ausnahmeregelung gemäß Art. 495 Abs. 1 CRR in Verbindung mit Art. 17 SolvV (sogenanntes „Grandfathering“) ein aufsichtliches Risikogewicht in Höhe von 100 % zugewiesen wird.

Risikopositionswerte für IRBA-Beteiligungen nach einfacher Risikogewichtsmethode		
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios (Risikogewicht 190 %)	–	–
Börsengehandelte Beteiligungspositionen (Risikogewicht 290 %)	6	–
Sonstige Beteiligungspositionen (Risikogewicht 370 %)	21	419
Gesamt	27	419

Angaben zu Kreditrisikominderungstechniken

Die beiden nachstehenden Tabellen zeigen die besicherten IRBA- bzw. KSA-Risikopositionswerte. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 453 CRR sind im Konzernlagebericht im Abschnitt „Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ enthalten.

Besicherte Risikopositionswerte in den internen Ratingansätzen										
Forderungsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Sonstige Sicherheiten		Gesamter besicherter Risikopositionswert	
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 ¹ Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 ¹ Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	172	171	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Institute	7.815	9.706	–	–	0	0	–	–	0	0
IRBA Unternehmen	23.185	22.228	–	–	668	726	5.509	5.239	6.177	5.965
IRBA Mengengeschäft	81.299	78.943	–	–	41	42	68.542	66.717	68.583	66.759
IRBA Beteiligungen	27	419	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Verbriefungen	384	53	–	–	68	–	–	–	68	–
Gesamt	112.882	111.520	–	–	777	768	74.051	71.956	74.828	72.724

¹Angaben angepasst

Im Kreditrisikostandardansatz können finanzielle Sicherheiten sowie in begrenztem Umfang Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate angerechnet werden. Die nachstehende Tabelle weist keine grundpfandrechtlichen Sicherheiten aus, da im Standardansatz durch Immobilien besicherten Positionen ein bevorzugtes Risikogewicht zugewiesen wird.

Besicherte Risikopositionswerte im Kreditrisikostandardansatz									
Forderungsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Gesamter besicherter Risikopositionswert		
	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	30.06. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	
KSA Staaten und Zentralbanken	12.637	11.107	–	–	–	–	–	–	
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	9.110	8.682	–	–	–	–	–	–	
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.051	2.170	–	–	–	–	–	–	
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	827	937	–	–	–	–	–	–	
KSA Internationale Organisationen	1.341	1.396	–	–	–	–	–	–	
KSA Institute	1.889	1.717	6	–	–	–	6	–	
KSA Unternehmen	1.157	864	0	–	35	6	35	6	
KSA Mengengeschäft	2.061	2.334	–	–	–	–	–	–	
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.222	2.467	–	–	–	–	–	–	
KSA Ausgefallene Positionen	103	263	–	0	–	–	–	0	
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–	
KSA Verbriefungen	–	376	–	–	–	68	–	68	
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–	–	–	–	–	–	–	
KSA Beteiligungen	221	227	–	–	–	–	–	–	
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–	
Gesamt	32.619	32.540	6	0	35	74	41	74	

Angaben zur Risikovorsorge

Die in den nachstehenden Tabellen ausgewiesenen Risikovorsorgebeträge beziehen sich auf das gesamte Portfolio der Postbank Gruppe, d. h., sie umfassen die Portfolios der IRB-Ansätze und des KSA-Ansatzes. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 442 (a) und (b) CRR sind in den Abschnitten „Überfällige und notleidende Engagements“ sowie „Kreditrisikovorsorge“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ des Konzernlageberichts 2015 enthalten.

Die gebildete Risikovorsorge bezieht sich auf Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an Tochterunternehmen werden im Folgenden nicht ausgewiesen, sondern fließen in das Finanzanlageergebnis ein (siehe Note 12 des Konzernanhangs 2015).

In der nachfolgenden Tabelle werden die Positionswerte notleidender und überfälliger Kredite sowie die Stichtagsbestände der Einzelwertberichtigungen, der Portfoliowertberichtigungen und der Rückstellungen bzw. deren jeweilige Veränderungen sowie die Direktabschreibungen und die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen im ersten Halbjahr 2016 sowie des Vorjahres ausgewiesen, jeweils bezogen auf die für die Postbank wesentlichen Branchen. Die ausgewiesenen Nettoaufwendungen ergeben sich als Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen der Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen. Die Rückstellungen beziehen sich im Wesentlichen auf offene Zusagen und Avale.

Insgesamt spiegelt sich auch in der Darstellung der Risikovorsorge – aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen und Schuldnergruppen – die Fokussierung der Postbank auf das Retail-Geschäft wider. Die Positionswerte notleidender Engagements umfassen auch die aufgrund der Ausfallvererbung als notleidend gekennzeichneten Forderungen eines Kunden.

Forderungsklassen		Risikovorsorge, aufgegliedert nach Branchen und Schuldnergruppen															
		Retail-Kunden		Banken/Versicherungen/Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Real-kredite		Dienstleister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
		30.06. 2016	31.12. 2015	30.06. 2016	31.12. 2015	30.06. 2016	31.12. 2015	30.06. 2016	31.12. 2015	30.06. 2016	31.12. 2015	30.06. 2016	31.12. 2015	30.06. 2016	31.12. 2015	30.06. 2016	31.12. 2015
		Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Positionswerte	Notleidende Engagements	1.680	1.760	52	53	8	8	219	266	72	88	98	99	42	39	2.171	2.313
	Überfällige Engagements	136	168	–	407	–	–	11	7	0	6	0	8	4	2	151	598
Bestände	Einzelwertberichtigungen	550	514	–	–	4	4	88	95	27	28	63	59	32	25	764	725
	Portfoliowertberichtigungen	175	179	–	0	–	–	7	7	–	–	12	10	3	3	197	199
	Rückstellungen	12	22	–	–	–	–	7	6	–	–	13	15	–	–	32	43
Aufwendungen der Periode	Einzelwertberichtigungen	71	137	–	–	–	4	2	6	–	3	5	4	7	11	85	165
	Portfoliowertberichtigungen	–5	48	–	–	–	–	1	–4	–	–	2	1	–	0	–2	45
	Rückstellungen	–9	–5	–	–0	–	–	1	6	–	–	1	–0	–	–	–7	1

Analog zeigt die folgende Übersicht eine Aufgliederung der Risikovorsorge nach den für die Postbank bedeutenden geografischen Regionen/Gebieten. In dieser Tabelle werden in Übereinstimmung mit der CRR keine Veränderungen der Bestände an Risikovorsorge ausgewiesen. Die Verteilung der Risikovorsorge entspricht der Verteilung der Positionswerte in den zugrunde liegenden Kreditportfolios.

		Risikovorsorge, aufgegliedert nach geografischen Gebieten							
		Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
Positionswerte		30.06.2016	31.12.2015	30.06.2016	31.12.2015	30.06.2016	31.12.2015	30.06.2016	31.12.2015
		Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
	Notleidende Engagements	1.820	1.926	337	351	14	36	2.171	2.313
	Überfällige Engagements	145	549	6	42	0	7	151	598
Bestände	Einzelwertberichtigungen	659	616	105	100	–	9	764	725
	Portfoliowertberichtigungen	192	190	5	9	–	–	197	199
	Rückstellungen	32	43	–	–	–	–	32	43

Hinsichtlich der Änderungen der Risikovorsorge im Laufe des Berichtshalbjahres und der Angaben gemäß Art. 442 i) CRR wird auf Note 15 des Zwischenabschlusses verwiesen.

Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung

Die Eigenmittel der Postbank werden auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses sowie unter Berücksichtigung der Vorgaben der CRR und der SolvV ermittelt. Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß Art. 11 ff. CRR bzw. gemäß KWG und dient der Offenlegung der Eigenmittelelemente während der Übergangszeit gemäß Art. 492 Abs. 3 CRR bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) und der Abstimmung der Eigenmittelbestandteile mit den Bilanzpositionen gemäß Art. 437 Abs. 1 a) CRR.

Die nachstehende Tabelle zeigt zunächst die Werte der IFRS-Konzernbilanz auf Basis des handelsrechtlichen Konsolidierungskreises und in der darauffolgenden Spalte die Werte der sogenannten regulatorischen Bilanz auf Basis des regulatorischen Konsolidierungskreises. Im Gegensatz zur IFRS-Konzernbilanz werden in der regulatorischen Bilanz die Tochtergesellschaften Postbank Finanzberatung AG und Postbank Immobilien GmbH nicht konsolidiert. Die Delta-Spalte zeigt die Differenz zwischen den Werten der IFRS-Konzernbilanz und denen der regulatorischen Bilanz. Die Referenzen in der letzten Spalte verweisen auf die nachfolgenden Tabellen zur Darstellung der Eigenmittelzusammensetzung. Zur Abstimmung der für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen mit den regulatorischen Eigenmittelbestandteilen werden die Referenzen am Ende dieses Abschnitts im Anschluss an die Tabelle „Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen“ erläutert.

Darstellung der Bilanz gemäß handelsrechtlichem und regulatorischem Konsolidierungskreis							
	IFRS-Bilanz		Regulatorische Bilanz		Delta		Referenz
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	
Aktiva							
Barreserve	1.119	1.357	1.119	1.357	0	0	
Forderungen an Kreditinstitute	11.926	15.876	11.925	15.876	-1	0	
Forderungen an Kunden	99.975	98.397	99.967	98.391	-8	-6	
Risikovorsorge	-961	-923	-961	-924	0	-1	
Handelsaktiva	770	647	770	647	0	0	
Hedging-Derivate	167	78	167	78	0	0	
Finanzanlagen	30.900	30.768	31.108	30.976	208	208	
Immaterielle Vermögenswerte	1.930	1.902	1.500	1.473	-429	-429	g
Goodwill	1.581	1.581	1.152	1.152	-429	-429	
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	348	321	348	321	0	0	
Sachanlagen	675	678	674	676	-1	-2	
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	86	101	86	99	0	-2	
Latente Ertragsteueransprüche	144	72	137	62	-7	-10	
Sonstige Aktiva	1.176	1.169	1.167	1.164	-9	-5	
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	20	489	20	489	0	0	
Summe der Aktiva	147.927	150.611	147.679	150.364	-247	-247	
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.901	15.443	13.901	15.443	0	0	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	118.471	119.150	118.548	119.234	77	84	
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.377	3.446	3.377	3.445	0	-1	
Handelsspassiva	683	665	683	665	0	0	
Hedging-Derivate	191	208	191	208	0	0	
Rückstellungen	804	703	782	680	-22	-23	
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	81	110	80	109	0	-1	
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	21	9	18	3	-3	-6	
Sonstige Passiva	667	466	626	422	-41	-44	
Nachrangkapital	2.634	3.239	2.634	3.239	0	0	h, i
darunter: Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	20	20	20	20	0	0	i
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	0	0	0	0	0	0	
Eigenkapital	7.097	7.172	6.839	6.916	-258	-256	f
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	0	0	a
b) Kapitalrücklage	2.191	2.010	2.191	2.010	0	0	b
c) Andere Rücklagen	4.212	4.004	3.957	3.761	-256	-243	
Gewinnrücklagen	4.274	4.057	4.004	3.799	-270	-257	c
AOCI	-62	-53	-47	-39	15	14	d
d) Konzerngewinn	141	606	139	593	-2	-13	e
Anteile in Fremdbesitz	6	6	6	6	0	0	
Summe der Passiva	147.927	150.611	147.679	150.364	-247	-247	

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2 im Konzernanhang)

Die regulatorischen Eigenmittel werden in die drei Kapitalklassen hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital unterteilt. Gemäß den Übergangsregelungen der CRR werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen regulatorischen Anpassungen sukzessive eingeführt werden.

Die nachstehenden Tabellen informieren gemäß Art. 492 Abs. 3 bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) CRR über die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie über die Korrekturposten, Abzüge und Beschränkungen. Die Tabelle basiert auf dem „Muster für die Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit“ des Anhangs VI der Durchführungsverordnung Nr. 1423/2013 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegungspflichten der Institute in Bezug auf Eigenmittel gemäß CRR (CRR-DVO).

Die Spalte „Betrag der Eigenmittelposition“ enthält dabei den Betrag, der die Grundlage für die Berechnung der Eigenmittel der Postbank zum Berichtsstichtag bzw. zum Vorjahresresultimo bildet. Die darauffolgende Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen. Die folgende Spalte enthält die Referenzen zu den für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen. Die Spalte „CRR-Verweis“ gibt schließlich die anwendbaren Vorschriften aus der CRR an.

Die nachfolgenden Angaben zum 30. Juni 2016 werden unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns ausgewiesen; in den Vergleichswerten aus der Meldung zum 31. Dezember 2015 war der Konzerngewinn noch nicht berücksichtigt worden.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen							
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.738	2.557			a+b	26 (1), 27, 28, 29
	davon: Gezeichnetes Kapital ³	547	547			a	
	davon: Kapitalrücklage ³	2.191	2.010			b	
2	Einbehaltene Gewinne	3.982	3.780			c	26 (1) (c)
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	-47	-120			d	26 (1)
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	0				26 (1) (f)
4	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das harte Kernkapital ausläuft	-	0				486 (2)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	0				483 (2)
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem harten Kernkapital)	-	0	-	-		84, 479, 480
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	139	0			e	26 (2)
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	6.812	6.217			f	
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-78	-20				34, 105
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-861	-596	-574	-895	g	36 (1) (b), 37, 472 (4)
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-12	-2	-8	-3		36 (1) (c), 38, 472 (5)
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-	-				33 (a)
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-110	-170	-74	-255		36 (1) (d), 40, 159, 472 (6)
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	-	-				32 (1)
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ⁴	-2	-1	-1	-1		33 (b)
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (e), 41, 472 (7)
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (f), 42, 472 (8)
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (g), 44, 472 (9)
18	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79, 472 (10)
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79, 470, 472 (11)
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-	-				36 (1) (k)
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (i), 89 bis 91
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (iii), 379 (3)
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-	-				48 (1)
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	-				36 (1) (i), 48 (1) (b), 470, 472 (11)
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-	-				36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2 im Konzernanhang)

³Verzeichnis der EBA gemäß Art. 26 Abs. 3

⁴Darin enthalten sind auch gemäß Art. 33 c) CRR Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko der Postbank resultieren.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (a), 472 (3)
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (l)
26	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	-	-	-	-		
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468	-32	59	-	-		
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	-85	-32	-	-		
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Gewinne aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	-	-	-	-		
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	-	-	-	-		467
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Verluste aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	53	91	-	-		468
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-	-	-		481
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-	-30	-	-		36 (1) (j)
28	Gesamte regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1)	-1.096	-759	-	-		
29	Hartes Kernkapital (CET1)	5.716	5.458	-	-		
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente							
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	-	-	-	-		51, 52
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	-	-	-	-		
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	-	-	-	-		
33	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das zusätzliche Kernkapital ausläuft	852	991	-	-	i	486 (3)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	-	-	-		483 (3)
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	-	-	-	-		85, 86, 480
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	-	-	-	-		486 (3)
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	852	991	-	-		
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-	-	-		52 (1) (b), 56 (a), 57, 475 (2)
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-	-	-		56 (b), 58, 475 (3)
39	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		56 (c), 59, 60, 79, 475 (4)
40	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		56 (d), 59, 79, 475 (4)
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	-611	-1.021	-	-		
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-611	-1.021	-	-		472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: immaterielle Vermögensgegenstände	-574	-894	-	-		
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-37	-127	-	-		
	davon: eigene Instrumente	-	-	-	-		
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-	-	-		477, 477 (3), 477 (4) (a)
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-	-	-		467, 468, 481

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2 im Konzernanhang)

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €		
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	–	–				56 (e)
43	Gesamte regulatorische Anpassungen am zusätzlichen Kernkapital (AT1)	–611	–1.021				
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	241	–				
45	Kernkapital insgesamt (T1 = CET1 + AT1)	5.957	5.458				
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen							
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	992	1.000			h, i	62, 63
47	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das Ergänzungskapital ausläuft	126	111			h, i	486 (4)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	–	–				483 (4)
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	53	64	–15	–27	h	87, 88, 480
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	–	–				486 (4)
50	Kreditrisikoanpassungen	–	–				62 (c) und (d)
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	1.171	1.175				
Ergänzungskapital (T2): Regulatorische Anpassungen							
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	–	–				63 (b) (i), 66 (a), 67, 477 (2)
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	–	–				66 (b), 68, 477 (3)
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	–				66 (c), 69, 70, 79, 477 (4)
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	–	–				
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	–	–				
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	–				66 (d), 69, 79, 477 (4)
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	–37	–127				
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–37	–127				472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	–37	–127				
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–	–				475, 475 (2) (a), 475 (3), 475 (4) (a)
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	–	–				467, 468, 481
57	Gesamte regulatorische Anpassungen am Ergänzungskapital (T2)	–37	–127				
58	Ergänzungskapital (T2)	1.134	1.047				
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	7.091	6.505				
Risikogewichtete Aktiva							
59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	446	305				
	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, resultierend aus temporären Differenzen	446	305				472, 472 (5), 472 (8) (b), 472 (10) (b), 472 (11) (b)
	davon: Instrumente des harten Kernkapitals relevanter Entitäten, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	–				475, 475 (2) (b), 475 (2) (c), 475 (4) (b)
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	43.701	45.173				

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2 im Konzernanhang)

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €		
Eigenkapitalquoten und -puffer							
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,08 %	12,08 %				92 (2) (a), 465
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,63 %	12,08 %				92 (2) (b), 465
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	16,23 %	14,40 %				92 (2) (c)
64	Institutspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	5,13 %	4,50 %				CRD 128, 129, 130
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	0,63 %	–				
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	0,00 %	–				
67	davon: Systemrisikopuffer	–	–				
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	–	–				CRD 131
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	7,63 %	6,08 %				CRD 128
Abzüge vom harten Kernkapital							
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspeditionen)	18	5				36 (1) (h), 45, 46, 472 (10), 56 (c), 59, 60, 475 (4), 66 (c), 69, 70, 477 (4)
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspeditionen)	–	–				36 (1) (i), 45, 48, 470, 472 (11)
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind)	178	122				36 (1) (c), 38, 48, 470, 472 (5)
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital							
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikooanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikooanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	39	54				62
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikooanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikooanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	204	206				62
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2022)							
80	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des harten Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
81	Wegen Obergrenze aus hartem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
82	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	852	991				484 (4), 486 (3) und (5)
83	Wegen Obergrenze aus zusätzlichem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	214	161				484 (4), 486 (3) und (5)
84	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des Ergänzungskapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	126	111				484 (5), 486 (4) und (5)
85	Wegen Obergrenze aus Ergänzungskapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	88	50				484 (5), 486 (4) und (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2 im Konzernanhang)

Das harte Kernkapital (Zeile 29) besteht in erster Linie aus dem gezeichneten Kapital und der Kapitalrücklage (Zeile 1), den Gewinnrücklagen (Zeile 2), sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen (Zeile 3) sowie dem Konzerngewinn (Zeile 5a) und berücksichtigt die in den Zeilen 7 bis 27 aufgeführten regulatorischen Anpassungen.

Das zusätzliche Kernkapital besteht aus Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter und den Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-IV (Zeile 33). Die Anrechnung dieser Instrumente auf das zusätzliche Kernkapital unterliegt den Übergangsregelungen des Art. 486 Abs. 3 CRR. Die Anrechnung der Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-III läuft gemäß dieser Regelung bis zum 31. Dezember 2021 aus. Die Anrechnung der Trust Preferred Securities des Funding Trust IV endet aufgrund des wählbaren Kündigungstermins in Verbindung mit einer Step-up-Klausel bereits zum 29. Juni 2017. Die Anrechnung der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter endet aufgrund des Fälligkeitstermins bereits zum 31. Dezember 2018. Nach Berücksichtigung der regulatorischen Anpassungen in den Zeilen 37 bis 42 wird das zusätzliche Kernkapital in Zeile 44 ausgewiesen.

Das Ergänzungskapital (Zeile 58) umfasst Genussrechtskapital, nachrangige Verbindlichkeiten und anteilig die Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-III, soweit diese nicht im Rahmen der Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2021 dem zusätzlichen Kernkapital zuzurechnen sind (Zeile 46). Die Anrechnung der Trust Preferred Securities des Funding Trust IV und der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter auf das Ergänzungskapital unterliegt ebenso den Übergangsregelungen des Art. 486 Abs. 4 CRR (Zeile 47). Zum Ergänzungskapital zählende Eigenmittelinstrumente, die vom Tochterunternehmen BHW Bausparkasse AG begeben worden sind und von Dritten gehalten werden (Zeile 48), sowie die regulatorischen Anpassungen, die in den Zeilen 52 bis 56c aufgeführt werden, sind ebenfalls Bestandteile des Ergänzungskapitals. Die regulatorischen Anpassungen bestanden dabei zum Berichtsstichtag analog zum Vorjahresresultimo ausschließlich aus Abzugspositionen, welche aus den Übergangsbestimmungen (Zeile 56) resultieren.

Zu den einzelnen Referenzen werden folgende zusätzliche Erläuterungen gegeben:

- (a+b) Die harten Kernkapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio in Höhe von 2.738 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2015: 2.557 Mio €) entsprechen dem Gezeichneten Kapital in Höhe von 547 Mio € (per 31. Dezember 2015: 547 Mio €) zuzüglich der Kapitalrücklage in Höhe von 2.191 Mio € (per 31. Dezember 2015: 2.010 Mio €).
- (c) Der Unterschiedsbetrag in Höhe von –21 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2015: –21 Mio €) zwischen den einbehaltenen Gewinnen in Höhe von 3.982 Mio € (per 31. Dezember 2015: 3.763 Mio €) und den Gewinnrücklagen in Höhe von 4.004 Mio € (per 31. Dezember 2015: 3.783 Mio €) ergibt sich durch die Abzugspflicht des Fonds zur baupartechnischen Absicherung.
- (d) Das kumulierte sonstige Ergebnis in Höhe von –47 Mio € (per 31. Dezember 2015: –120 Mio €) entspricht zum Berichtsstichtag dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Wert in Höhe von –47 Mio € (per 31. Dezember 2015: –39 Mio €).
- (e) Der Konzerngewinn in Höhe von 139 Mio € wurde unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns in der Meldung angerechnet (per 31. Dezember 2015 war der Konzerngewinn in Höhe von 595 Mio € noch nicht in der Meldung angerechnet worden).
- (f) Der Unterschiedsbetrag in Höhe von –27 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2015: –699 Mio €) zwischen dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital in Höhe von 6.839 Mio € (per 31. Dezember 2015: 6.916 Mio €) und dem harten Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen in Höhe von 6.812 Mio € (per 31. Dezember 2015: 6.217 Mio €) setzt sich zusammen aus dem Abzug des Fonds zur baupartechnischen Absicherung (–21 Mio €, per 31. Dezember 2015: –21 Mio €) und der Nichtanrechenbarkeit der Anteile in Fremdbesitz (–6 Mio €, per 31. Dezember 2015: –6 Mio €).
- (g) Der Unterschied im Ausweis der immateriellen Vermögenswerte zwischen dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Betrag in Höhe von 1.500 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2015: 1.473 Mio €) und der Angabe in der Eigenmittelübersicht in Höhe von 1.436 Mio € (per 31. Dezember 2015: 1.490 Mio €) beträgt 64 Mio € (per 31. Dezember 2015: 17 Mio €) und ist im Abzug von latenten Steuerschulden begründet.
- (h) Von dem bilanziellen Nachrangkapital in Höhe von 2.634 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2015: 3.239 Mio €) sind insgesamt 1.171 Mio € (per 31. Dezember 2015: 1.175 Mio €) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.
- (i) Von den bilanziellen Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter in Höhe von 20 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2015: 20 Mio €) sind im Rahmen der Übergangsregelung 12 Mio € (per 31. Dezember 2015: 14 Mio €) im zusätzlichen Kernkapital (siehe Zeile 33) und 2 Mio € (per 31. Dezember 2015: 3 Mio €) im Ergänzungskapital (siehe Referenz (h) und Zeile 47) anrechenbar. Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 840 Mio € des in Zeile 33 ausgewiesenen zusätzlichen Kernkapitals bezieht sich auf die zum 30. Juni 2016 konsolidierten Trust Preferred Securities der Deutschen Postbank Funding Trusts I-IV (per 31. Dezember 2015: 977 Mio €).

Das regulatorisch anrechenbare Ergänzungskapital in Höhe von 1.171 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2015: 1.175 Mio €) setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 638 Mio € (per 31. Dezember 2015: 736 Mio €) anrechenbare Ergänzungskapitalinstrumente der Deutschen Postbank AG (Amortisation in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit) (siehe Zeile 46)
- 477 Mio € (per 31. Dezember 2015: 372 Mio €) im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Trust Preferred Securities der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV (siehe Zeile 46 und 47)
- 2 Mio € (per 31. Dezember 2015: 3 Mio €) im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter der Deutschen Postbank AG (siehe Referenz (i) und Zeile 47)
- 53 Mio € (per 31. Dezember 2015: 64 Mio €) zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende Instrumente der BHW Bausparkasse (siehe Zeile 48)

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Seit 2015 beläuft sich die geltende Mindestanforderung an das harte Kernkapital auf 4,5 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die vollständige Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,5 % zusätzliches Kernkapital und bis zu 2 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden. Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen müssen Institute die folgenden Kapitalpuffer in Form von hartem Kernkapital vorhalten: Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG wird sich 2019 auf 2,5 % der risikogewichteten Aktiva belaufen und wurde im Rahmen der Übergangsphase im laufenden Geschäftsjahr in Höhe von 0,625 % der risikogewichteten Aktiva eingeführt. Die institutsspezifische antizyklische Kapitalpufferquote gemäß § 10d KWG berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpufferquoten jener Länder, in denen die Postbank relevante kreditbezogene Positionswerte verzeichnet. Auch hier ist ein Übergangszeitraum von 2016 bis 2019 vorgesehen. Per 30. Juni 2016 beläuft sich die antizyklische Kapitalpufferquote für die Postbank auf 0,004 %. Ein Kapitalpuffer für systemische Risiken gemäß § 10e KWG wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bisher nicht angeordnet. Ebenso wenig wurde die Postbank von der BaFin als global systemrelevantes (§ 10f KWG) oder anderweitig systemrelevantes (§ 10g KWG) Institut eingestuft und unterliegt daher aktuell keinen weiteren Kapitalpufferanforderungen. Daher beläuft sich die aktuelle kombinierte Kapitalpufferanforderung gemäß § 10i KWG für die Postbank auf ein Quote von 0,629 %. Über diese Kapitalpufferanforderungen hinaus kann die zuständige Aufsichtsbehörde gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) Banken zusätzliche Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die über den gesetzlichen Mindestanforderungen liegen. An die Postbank wurden bisher von den Aufsichtsbehörden keine derartigen zusätzlichen Kapitalanforderungen gerichtet.

Eigenkapitalsteckbriefe sowie Verträge bzw. Prospekte der begebenen Eigenkapitalinstrumente

Gemäß Art. 437 Abs. 1 b) und c) CRR haben Institute im Anwendungsbereich der CRR eine Beschreibung der Hauptmerkmale sowie die vollständigen Bedingungen der von ihnen begebenen Instrumente des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals offenzulegen. Dieser Verpflichtung kommt die Postbank im Rahmen der Veröffentlichung auf ihrer Internetseite nach. Die entsprechenden Angaben werden vierteljährlich aktualisiert. Die Angaben sind unter folgendem Link abrufbar: https://www.postbank.de/postbank/ir_kapitalinstrumente_prospekte.html.

Eigenmittelanforderungen

Im Nachfolgenden wird die auf Basis regulatorischer Bemessungsgrundlagen ermittelte Eigenmittelunterlegung, getrennt nach Risikoarten und Ansatz, dargestellt, wobei die Eigenmittelunterlegung – unter Berücksichtigung der gültigen Übergangsbestimmungen der CRR und der SolvV – die jeweils mit 8 % multiplizierte Summe der anzurechnenden Risikopositionen darstellt. Die Gesamtsumme der Eigenmittelunterlegung betrug zum 30. Juni 2016 insgesamt 3.496 Mio € (per 31. Dezember 2015: 3.614 Mio €).

Eigenmittelunterlegungen nach Risikoarten und Ansatz		
	30.06.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert im Standardansatz¹		
Staaten und Zentralbanken	–	–
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	0	0
Öffentliche Stellen	4	5
Multilaterale Entwicklungsbanken	–	–
Internationale Organisationen	–	–
Institute	4	14
Unternehmen	56	68
Mengengeschäft	123	139
Durch Immobilien besicherte Positionen	36	70
Ausgefallene Positionen	11	24
Gedekte Schuldverschreibungen	–	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	–	0
Standardansatz insgesamt	234	320
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert auf Basis interner Einstufungen¹		
IRB-Basis-Ansatz		
Staaten und Zentralbanken	–	–
Institute	40	73
Unternehmen	291	287
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	331	360
Fortgeschrittener IRBA		
Staaten und Zentralbanken	1	1
Institute	100	107
Unternehmen	605	568
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, gegenüber KMU	0	0
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, nicht gegenüber KMU	1.097	1.067
Mengengeschäft, qualifiziert revolving	6	6
Mengengeschäft, Sonstige, gegenüber KMU	6	6
Mengengeschäft, Sonstige, nicht gegenüber KMU	378	358
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	2.193	2.113
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	191	149
IRB-Ansätze insgesamt	2.715	2.622
Gesamtrisikobetrag für Verbriefungspositionen		
Verbriefungspositionen (IRBA)	4	0
Verbriefungspositionen (Standardansatz)	–	7
Risiken aus Verbriefungspositionen insgesamt	4	7
Gesamtrisikobetrag für Beteiligungspositionen		
Beteiligungspositionen bei Methodenfortführung/Grandfathering	17	18
Beteiligungspositionen (einfacher Risikogewichtungsansatz im IRBA)	8	124
Börsengehandelt	–	–
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios	–	–
Sonstige Beteiligungspositionen	8	124
Beteiligungspositionen mit aufsichtsrechtlichem Risikogewicht gemäß Art. 48 CRR	0	0
Risiken aus Beteiligungspositionen insgesamt	25	142
Weitere Gesamtrisikobeträge		
Börsengehandelte Schuldtitel (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Fremdwährungspositionen (kalkuliert im Standardansatz)	8	3
Sonstige Marktrisikopositionen (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (kalkuliert im Standardansatz)	466	490
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (kalkuliert mit fortgeschrittenen Messansätzen)	–	–
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA, kalkuliert im Standardansatz)	35	30
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP)	9	0
Sonstige Gesamtrisikobeträge	–	–
Summe	3.496	3.614

¹Ohne Verbriefungen, Beteiligungen und Ausfallfonds einer ZGP

Verschuldungsquote

Mit der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht wurde die Verschuldungsquote als neue Beobachtungskennzahl definiert. Für 2015 erfolgte erstmals die Offenlegung gemäß Art. 451 CRR, und für 2018 wird die Einführung einer verbindlichen Mindestquote erwartet. Ziel der Festlegung einer Verschuldungsquote ist die Begrenzung der Verschuldung in der Bankenbranche und die Verringerung des Risikos eines ungeplanten, destabilisierenden Schuldenabbauprozesses in wirtschaftlichen Stresssituationen.

Die Verschuldungsquote ist der Quotient aus dem Kernkapital und der Gesamtrisikopositionsmessgröße. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen. Insbesondere bei Derivaten, Pensionsgeschäften und außerbilanziellen Geschäften werden spezifische Bewertungsvorgaben gemäß Art. 429 CRR angewendet.

Im Oktober 2014 wurden die Regelungen des Art. 429 CRR durch die Delegierte Verordnung (EU) 2015/62 neu gefasst. Die nachfolgenden Angaben zur Verschuldungsquote entsprechen diesen neuen fachlichen Anforderungen sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 für die Offenlegung der Verschuldungsquote vom 15. Februar 2016. In Übereinstimmung mit der Offenlegung der Eigenmittel wird das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen ausgewiesen.

In der nachstehenden Tabelle wird die Bilanzsumme der Postbank auf die Gesamtrisikopositionsmessgröße übergeleitet. Die Bewertung der Aktiva für die Verschuldungsquote und die in der Tabelle dargestellten Anpassungseffekte ergeben sich aus den Bestimmungen der CRR:

- Anpassung durch Konsolidierung: Für die Ermittlung der Gesamtrisikopositionsmessgröße ist der gleiche regulatorische Konsolidierungskreis einzubeziehen wie für die Berechnung der Eigenmittel.
- Anpassungen für derivative Finanzinstrumente: Derivatepositionen werden auf Basis der aktuellen Wiederbeschaffungskosten unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlich anerkannter Nettingvereinbarungen angesetzt; dieser Betrag kann um erhaltene Sicherheiten reduziert werden. Für einen möglichen Anstieg der Wiederbeschaffungskosten wird ein Aufschlag nach der Marktbewertungsmethode ermittelt.
- Anpassungen für Pensionsgeschäfte: Unter bestimmten Bedingungen dürfen Barforderungen mit Barverbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften aufgerechnet werden; es ist ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko zu ermitteln.
- Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte: Bei außerbilanziellen Positionen wird deren Nominalbetrag mit den Umrechnungsfaktoren des Kreditrisikostandardansatzes gewichtet. Dabei ist eine Untergrenze von mindestens 10 % zu beachten; gebildete Risikovorsorge darf diesen Anrechnungsbetrag nicht mindern.
- Sonstige Anpassungen: Aktiva, die in der Eigenmittelberechnung als Kapitalabzugsposten berücksichtigt werden, sind nicht Bestandteil der Gesamtrisikopositionsmessgröße.

Überleitung der Bilanzsumme zur Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote			
		30.06.2016	31.12.2015
		Mio €	Mio €
1	Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	147.927	150.597
2	Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	-247	-247
3	(Anpassung für Treuhandvermögen, das nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen in der Bilanz angesetzt wird, aber gemäß Art. 429 Abs. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleibt)	-	-
4	Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	249	369
5	Anpassungen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	146	49
6	Anpassung für außerbilanzielle Posten (d.h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	5.240	4.634
EU-6a	(Anpassung für gruppeninterne Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	-	-
EU-6b	(Anpassung für Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	-	-
7	Sonstige Anpassungen	-1.146	-1.414
davon: 7a	Anpassungen für EK-Abzugspostitionen	-1.625	-1.728
davon: 7b	Anpassungen für CTA-Pensionsfonds (bilanzielles Netting)	-	-
davon: 7c	Sonstige Anpassungen	479	314
8	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	152.168	153.988

Die folgende Tabelle zeigt Teilbeträge der Gesamtrisikopositionsmessgröße für alle Aktiva und außerbilanziellen Geschäfte sowie mögliche Ausnahmetatbestände gemäß Art. 429 CRR und das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen:

Berechnung der Verschuldungsquote		30.06.2016	31.12.2015 ¹
		Mio €	Mio €
Bilanzwirksame Risikopositionen (ohne Derivate und SFT)			
1	Bilanzwirksame Posten (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen, aber einschließlich Sicherheiten)	137.550	136.886
2	(Bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogene Aktivbeträge)	-1.625	-1.728
3	Summe der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen) (Summe der Zeilen 1 und 2)	135.925	135.158
Risikopositionen aus Derivaten			
4	Wiederbeschaffungswert aller Derivatgeschäfte (d. h. ohne anrechenbare, in bar erhaltene Nachschüsse)	514	387
5	Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	606	616
EU-5a	Risikoposition gemäß Ursprungsrisikomethode	-	-
6	Hinzurechnung des Betrags von im Zusammenhang mit Derivaten gestellten Sicherheiten, die nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen von den Bilanzaktiva abgezogen werden	-	-
7	(Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivatgeschäften)	-	-
8	(Ausgeschlossener ZGP-Teil kundengeclearter Handelsrisikopositionen)	-	-
9	Angepasster effektiver Nominalwert geschriebener Kreditderivate	-	-
10	(Aufrechnungen der angepassten effektiven Nominalwerte und Abzüge der Aufschläge für geschriebene Kreditderivate)	-	-
11	Summe der Risikopositionen aus Derivaten (Summe der Zeilen 4 bis 10)	1.121	1.003
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)			
12	Brutto-Aktiva aus SFT (ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	15.597	18.279
13	(Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brutto-Aktiva aus SFT)	-5.860	-5.135
14	Gegenparteausfallrisikoposition für SFT-Aktiva	146	49
EU-14a	Abweichende Regelung für SFT: Gegenparteausfallrisikoposition gemäß Art. 429b Abs. 4 und Art. 222 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-
15	Risikopositionen aus als Beauftragter getätigten Geschäften	-	-
EU-15a	(Ausgeschlossener ZGP-Teil von kundengeclearten SFT-Risikopositionen)	-	-
16	Summe der Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Summe der Zeilen 12 bis 15a)	9.883	13.193
Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen			
17	Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	23.905	22.089
18	(Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge)	-18.664	-17.455
19	Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen (Summe der Zeilen 17 und 18)	5.240	4.634
(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben			
EU-19a	(Gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 nicht einbezogene (bilanzielle und außerbilanzielle) gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis))	-	-
EU-19b	(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben dürfen	-	-
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionen			
20	Kernkapital	5.957	5.458
21	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Summe der Zeilen 3, 11, 16, 19, EU-19a und EU-19b)	152.168	153.988
Verschuldungsquote			
22	Verschuldungsquote	3,91 %	3,54 %
Gewählte Übergangsregelung und Betrag ausgebuchter Treuhandpositionen			
EU-23	Gewählte Übergangsregelung für die Definition der Kapitalmessgröße	transitional	transitional
EU-24	Betrag des gemäß Art. 429 Abs. 11 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgebuchten Treuhandvermögens	-	-

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 2 im Konzernanhang)

Im Berichtszeitraum hat sich die Verschuldungsquote der Postbank verbessert. Zugrunde liegen dabei die Kernkapitalgrößen aus den Meldungen zum 30. Juni 2016¹ und zum 31. Dezember 2015, wobei in der Meldung zum 31. Dezember 2015 der Konzerngewinn noch nicht berücksichtigt worden war.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über sämtliche bilanzielle Risikopositionen mit Ausnahme von Derivaten und Pensionsgeschäften, aufgeteilt nach aufsichtsrechtlichem Handelsbuch und Anlagebuch sowie den Forderungsklassen für das Adressenausfallrisiko.

Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und ausgenommene Risikopositionen)		
	30.06.2016	31.12.2015
	Mio €	Mio €
Gesamtsumme der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und ausgenommene Risikopositionen), davon:	137.550	136.886
Risikopositionen im Handelsbuch	–	–
Risikopositionen im Anlagebuch	137.550	136.886
davon:		
Gedechte Schuldverschreibungen	4.419	4.993
Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	26.489	24.641
Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die nicht wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	261	291
Institute	4.113	4.727
Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	73.687	73.146
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	10.295	11.113
Unternehmen	12.336	11.363
Ausgefallene Positionen	1.396	1.710
Sonstige Risikopositionen (z. B. Beteiligungen, Verbriefungen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	4.553	4.902

Die Verschuldungsquote stellt im Rahmen des internen Risikomanagementprozesses der Postbank einen wesentlichen Indikator für das Risiko einer übermäßigen Verschuldung des Instituts dar. Aus diesem Grund hat die Postbank die Steuerung der Verschuldungsquote fest in das Risikomanagement und ebenfalls in die Risikostrategie integriert. Der Fachbereich Meldewesen und Capital Management erstellt jährlich eine Mittelfristplanung (5-Jahres-Horizont) für das Kernkapital und die Gesamtrisikopositionsmessgröße sowie fortlaufend Forecast- und Szenarioberechnungen sowie Abweichungsanalysen. Aufbauend hierauf sind die Bilanzvolumen der Aktiv- und Passivprodukte limitiert und ein Frühwarnsystem implementiert. Die Verschuldungsquote (auch unter Stressszenarien) ist fester Bestandteil der vierteljährlichen internen Risikoberichterstattung. Die Ergebnisse zur Verschuldungsquote werden dem Bankrisikokomitee, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat zugeleitet.

¹Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns

FINANZKALENDER 2016

29. Juli 2016 Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

9. November 2016 Zwischenmitteilung zum 30. September 2016

Alle Angaben sind ohne Gewähr – kurzfristige Änderungen sind vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 - 18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations

Dieser Zwischenbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Zwischenberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Zwischenberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.